

KURDISTAN REPORT

Juni 1990
Nr. 31
Preis: 3,- DM

ORGAN DER EUROPAVERTRETUNG DER NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS

KURDISTAN REPORT

Kurdistan Report

★

Impressum:
V. I. S. d. P.: Agri Verlag
Vogelsangerstr. 286
5000 Köln 30

★

Kontakt Adresse:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

★

Zahlungen an:
Deutsche Bank - Köln
A. Engizek
Konto Nr.: 2 18 02 14
BLZ: 370 700 60

★

Belgien 52.00 bfr.
Dänemark 10.00 dkr.
Frankreich 7.50 £.
Großbritannien 0.75 ff.
Niederlande 3.50 hfl.
Norwegen 7.50 nkr.
Österreich 22.00 s.
Schweden 7.50 skr.
Schweiz 3.00 sfr.

★

Abonnementpreis:
jährlich 15.– DM

IN DIESEM HEFT: Seite

KURDISTAN REPORT
ABONNEMENT

Anschrift: Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

Name: ....
Anschrift: ....
....

Bankverbindung:
Deutsche Bank - Köln
A. Engizek
Konto Nr.: 2 18 02 14
BLZ: 370 700 60

PS: Schickt bitte den Einzahlungsbeleg und dieses ausgefüllte Formular an unsere Adresse:

31

DER VOLKSAUFSTAND UND GUERILLAKAMPF IN KURDISTAN UND EINIGE SCHLUßFOLGERUNGEN

Nordwest-Kurdistan wurde im Frühjahr 1990 zur Bühne großer Volksaufstände. An den Aufständen beteiligten sich Volksmassen von über einer Million Menschen. Der kurdische Serhildan (Volksaufstand) entwickelte sich schwerpunktmäßig in 17 Regierungsbezirken und Provinzen. Das unvorbereitet getroffene Regime, das sich die Methoden des Spezialkriegs in Kurdistan vor Augen führte, traf den Beschluß, die militärische Gewalt zu verstärken. Das kurdische Volk ist zum ersten Mal in seiner Geschichte mit der vorhandenen Lage sowohl im militärischen als auch im politischen Bereich zu einer bedeutenden Kraft geworden. Der türkische Staat kann trotz der von ihm ergriffenen Ausnahmegesetze und großer militärischen Kräftekonzentration die Guerillabewegung nicht aufhalten. Die ARGK-Guerillaeinheiten haben mit Hinterhalten, Angriffen und ähnlichen Aktionen auf dem Lande den türkischen Operations- und Okkupationseinheiten große Verluste beigebracht.

Der Charakter des kurdischen Serhildan (Aufstand)

Jede revolutionäre Bewegung zielt darauf ab, die bestehende Ordnung zu verändern und an die Macht zu gelangen. Genauso wie im Kampf um die Macht unterschiedliche Mittel und Methoden angewendet werden, so gestaltet sich dieser Kampf entsprechend der spezifischen Bedingungen eines jeden Landes und stellt sich unterschiedlich dar. Der allgemeine Aufstand ist eine Aktionsform des Kampfes um die Macht. In einigen Ländern waren kollektive Aufstände die Aktionen, die die Übernahme der Macht herbeigeführt haben.

In kolonisierten Ländern wie Kurdistan ist der Aufstand keine grundlegende Aktionsform. Der nationale Befreiungskampf Kurdistans entwickelt sich in der Form des langanhaltenden Volkskriegs. Die eigentliche Kampfform im Volkskrieg ist der Guerillakampf. Der einzige Weg, die in materieller, logistischer und technischer Hinsicht starke kolonialistische Okkupationsstruktur in Kurdistan niederzureißen, also der einzige Weg, die Stärke mit der Schwäche zu besiegen, ist der Guerillakrieg.

Bei uns ist der Serhildan in der Phase des Volkskriegs eine unausweichliche in dieser Phase anzuwendende Aktionsform. Das Volk in Kurdistan kann nicht in einem ständigen Zustand des Aufstands gehalten werden. Die Aufstände treten mit der Bewegung momentaner und konkreter Entwicklungen auf. Die militärisch-politische Avantgarde hält jedoch das Volk in einer den Bedingungen des Aufstandes entsprechenden Vorbereitung.



Schließlich setzten sich auch die in Kurdistan im März hintereinander geführten Aufstände von einem konkreten Ereignis aus in Bewegung und verbreiteten sich. Die Ermordung von 13 ARGK Guerilleros am 12. März in der Nähe der Provinz Savur wurde zum Anlaß des allgemeinen Serhildan (Aufstand) des Volkes von Nusaybin. Das Volk von Nusaybin, das die als Märtyrer gefallenen Guerilleros als ein Stück ihrer Seele betrachten, traten für sie ein und veranstalteten eine Demonstration.

Der Serhildan bei uns ist keine Reaktion, die sich spontan entwickelt hat. Denn in dem seit Jahrhunderten unter einem extremen Kolonisationsstatus gehaltenen und als Volk zersplitterten Kurdistan existieren keine Möglichkeiten der Spontanität. Stammesfehden, Familienwidersprüche und Konfessionsunterschiede sind als Folge der bewußt betriebenen Politik der Kolonialisten ständig am Leben gehalten worden.

Mit dem Kampf der PKK ist auf diese soziale Struktur in bedeutenden Bereichen eingewirkt und ein Wendepunkt herbeigeführt worden. Die PKK hat mit der 1985 gegründeten Nationalen Befreiungsfront Kurdistans und ihren verschiedenen Massenverbänden die politische Einheit des kurdischen Volkes in einem wichtigen Bereich geschaffen. Darüberhinaus hat sie in dem sich seit 6 Jahren zunehmend verbreiternden Guerillakampf diese Einheit noch mehr gefestigt. Der begonnene Serhildan in Kurdistan ist also sowohl vorbereitet als auch angeführt von der PKK. Das Volk hat dies im Verlauf der Aufstände bewiesen. Das Volk, das den Aufrufen der Bezirks- und Provinzkomitees der PKK und der ERNK gefolgt ist, hat sich an den Aufständen in breiter Form beteiligt. Die Aufrufe wurden in allen Bereichen beachet und befolgt. Das Volk hat während der ganzen Demonstrationen mit den Parolen "Es lebe die PKK"



und "Es lebe der Vorsitzende APO" seine Verbundenheit mit der PKK bewiesen.

Der kurdische Serhildan ist national-demokratischen Charakters. Seine Forderungen sind fortschrittlich. Im Volksaufstand wurde von der nationalen Identität Besitz ergriffen und der Abzug der kolonialistischen Armee aus Kurdistan gefordert.

In der vor uns liegenden Phase werden regionale Aufstände eine häufig angewendete Taktik sein. Die kleinste Aufregung des Volkes wird in Aktionen umgewandelt werden. Es werden Aufstände gegen die Folter, Unterdrückung und den Staatsterror entwickelt werden. Das Volk wird sich gegen Zwangs- und Massendeportationen erheben. Die PKK-ERNK und die ARGK haben die Bedingungen für jeden Moment und überall sich entwickelnde Aufstände geschaffen.

Die Vorbereitungen für die sich in diesem Frühjahr entwickelten Aufstände, haben zum Ende des vergangenen Jahres begonnen. Die Vorbereitungen während der gesamten Wintersaison waren daraufhin ausgerichtet. Die Taktik der PKK für das Jahr 1990 umfaßte die Entwicklung einer Ausweitung und Vertiefung des Guerillakampfes im ländlichen Bereich und die Entwicklung regionaler Volksaufstände. Schon in den Monaten August und September des Jahres 1989 erhoben sich die Bauern des Cudi Berges und das Volk der Kreisstadt Silopi gegen Massaker und Deportationen.

Die von den Frühjahrsaufständen hervorgebrachten Ergebnisse

Der Aufstand ist zum Beginn einer neuen Phase im nationalen Befreiungskampf Kurdistans geworden. Die Richtigkeit, der von der PKK bezüglich der Kurdistan-Frage definierten und umzusetzen versuchten Strategie und Taktik ist wieder einmal bewiesen worden. Es hat sich erwiesen, daß die PKK eine große Volksbewegung ist, die auf Volksmassen von Millionen von Menschen Einfluß hat und von Volksmassen von Millionen von Menschen unterstützt wird. Es hat sich herausgestellt, was für eine Lüge die Behauptungen sind, die als angebliche Kritik gegen die PKK und aus Europa ständig kommt, die PKK sei eine vom Volk abgeschnittene kleine Guerillabewegung, die auf dem Land Unterschlupf sucht.

Die Aufstände zeigen die Ergänzung des Kampfes in der Stadt und auf dem Land. Während die gebirgigen ländlichen Teile Kurdistans das Gebiet des intensiven militärischen Kampfes ist, sind die Städte der Bereich, in denen der politische Kampf überwiegt. Der Kampf dieser beiden Bereiche wird proportional zueinander und sich gegenseitig unterstützend entwickelt.

Die Taktik des türkischen Staates, die Bewegung in einer Region einzuschließen und sie zu isolieren, ist gescheitert. Die Spezialkriegsführung hat seit dem letzten Jahr bis heute spezielle Methoden entwickelt, um die Guerilla vom Volk abzuschneiden. Sie verfolgte die Taktik, einerseits die Guerilla ihrer sozialen Stütze durch Zwangsdeportationen zu berauben und andererseits die Guerillaeinheiten in einer Region zum Stehen zu bringen. Die verfolgte Taktik bestand darin, zum Beispiel die wichtige Guerillakraft in Botan und den Cudi Bergen zu halten und sie dort durch große Militärkonzentration zu zermürben. Diese Pläne der Kolonialisten sind jedoch mit dem letzten Aufstand zunichtegemacht worden.

Das kurdische Volk hat mit den letzten Aufständen gezeigt, daß es bereit ist, für seine nationalen-demokratischen Rechte zu kämpfen. Alle Schichten der Gesellschaft haben sich an dem Aufstand beteiligt. Daß die Handwerker trotz ökonomischer Verluste ihre Läden und Arbeitsstellen tagelang geschlossen ließen, zeigt, daß es diese Schicht auch vorzieht, auf der Seite des nationalen Befreiungskampfes zu stehen. Außerdem ist es von großer Bedeutung, daß die Frauen und Kinder beim Aufstand in den vordersten Reihen ihren Platz eingenommen haben.

In Kurdistan ist in den wichtigen Bereichen nichts mehr von der staatlichen Autorität übriggeblieben. Stattdessen ist die Autorität der PKK hervorgetreten. Der türkische Staat kann seine Existenz und Autorität in Kurdistan nur noch mit nackter militärischer Gewalt aufrechterhalten. Außer einer Gruppe von Knechten und Kollaborateure betrachtet das gesamte kurdische Volk die türkische Präsenz in Kurdistan als eine fremde und okkupatorische Präsenz. Es geht auf Distanz. Mit dem Aufstand sind die Fronten noch klarer geworden. Hayri Kozakcioglu, der den Status eines Kolonialgouverneurs Kurdistans innehat, hat auf der Konferenz des Presserates die Fronten folgendermaßen dargestellt: *"Entweder steht man auf der Seite der PKK oder auf der Seite des Staates. Einen Mittelweg gibt es nicht."*

Die letzten Appelle an die Öffentlichkeit haben gezeigt, daß der Einfluß der bürgerlichen Parteien, die einen Teil der staatlichen Autorität darstellen, in Kurdistan vollkommen ausgelöscht worden ist. Die offiziellen Mitgliederzahlen aller Par-

teien haben bei ein oder zwei Tausend ihre Grenze erreicht. Selbst die Führer dieser Parteien haben diese Tatsache in den verschiedenen von ihnen abgegebenen Erklärungen signalisiert. Süleyman Demirel (Vorsitzender der DYP) erklärte bei seiner im Mai durchgeführten Kurdistan-Reise folgendes: *"An den Orten, wo die PKK Einfluß hat, kann keine Politik gemacht werden. Das haben wir schließlich an den Beispielen Nusaybin und Cizre gesehen."* Ebenso erklärte der SHP Abgeordnete von Mugla, Musa Akbel, der nach den Aufständen mit einer Parlamentsdelegation nach Kurdistan gereist ist, folgendes: *"80% des Volkes unterstützen die PKK."* Yalcin Dogan, der Leitartikler der Milliyet Zeitung, schrieb schließlich in seinem Artikel vom 13. Mai folgendes: *"In Südost Anatolien fragt man nicht danach, ob du ANAP, SHP oder DYP Anhänger bist. Man fragt danach, ob du auf der Seite des Staates oder auf der Seite der PKK bist."*



1. Mai-Polizeiangriff gegen die Demonstranten in Istanbul

Die negative Haltung, der sich außerhalb Kurdistans befindenden kleinbürgerlichen reformistischen Kräfte, deren Gruppen und Vereine, die der kurdischen Frage keinen Dienst erweisen und unter der Maske der "kulturellen Autonomie und sprachlichen Autonomie" auftreten, ist durch den Aufstand wieder einmal verurteilt worden. Diese Gruppen sind seit Jahren in einigen europäischen Ländern ausschließlich damit beschäftigt, die PKK zu "isolieren". Sie werfen dem Guerillakampf in Kurdisan den "Terrorrismus" vor. An der Spitze dieser Gruppen steht Tevger, unter diesem Namen schließen sich Komkar, KKDK u.a. zusammen.

Trotzdem diese Kräfte, die gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans sind, keine wesentliche Mitwirkung an den Aufständen haben, versuchen sie sich einen Teil an den Aufständen zuzuschreiben, indem sie mit einer gewinnsüchtigen Haltung an diese herangehen. Mit jeder Grundlage entbehrenden Behauptungen, sagen einige, daß die Aufstände spontan zustande gekommen seien, andere, daß sie selbst einen Anteil daran haben würden und einige, daß die Aktionen wie der Streik der Geschäfte während des Aufstandes undemokratisch seien. Es hat jedoch keine dieser Behauptungen auch nur irgendeine Auswirkung auf den sich entwicklenden kurdischen Aufstand.

Die Gewaltzunahme und Genozid-Gesetze des türkischen Staates

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, daß die Kurdistan-Politik des türkischen Staates gänzlich gescheitert ist. Er hat außer extremen militärischen Terror und Gewalt nichts mehr in der Hand. Der türkische Staat kann seine Existenz in Kurdistan nur auf die Armee und die Gewalt der Armee gestützt aufrechterhalten.

Der türkische Spezialkriegsverwaltung wurde vom kurdischen Serhildan unvorbereitet getroffen. Denn sie erwartete in dieser Phase keinen so breiten umfassenden Aufstand in den Städten. In der Krise, die die Entwicklungen in Ankara hervorgerufen haben, kamen wieder die US- und die europäischen Verbündeten zur Hilfe. Mitte März trafen sich die NATO-Generäle wegen der Entwicklungen in Izmir. Als Ergebnis dieses Treffens versammelte sich der "Nationale Sicherheitsrat" des türkischen Generalstabs mit seinen NATO-Kollegen und unterbreitete ein Maßnahmenpaket. In der Türkei sind die Fäden des Regims in den Händen der Armee. In diesem Sinne sind die "Politiker" gezwungen, jeden von der Armee erteilten Befehl zu erfüllen.

Nach dem Treffen des Nationalen Sicherheitsrates am 28. März wurde Anfang April unter Beteiligung der Oppositionsparteien SHP, DYP und ebenso der Regierungspartei ANAP eine Gipfelkonferenz gegen die PKK durchgeführt. Auf diesem Gipfel nahmen sie die Beschlüsse der Armee ebenso sofort an, als sie es auch als notwendig erachteten, unter Unterlassung der politischen Reibereien zwischen den Parteien eine gegen die PKK gerichtete nationalen Konsenz zu erreichen und den Aufständischen keine Zugeständnisse zu machen und diese mit militärischer Gewalt zu erschlagen. In dieser Entwicklung zeigt sich, wie sehr abstarkt und vorgetäuscht die Differenzen der Opposition in der Türkei sind.

Anschließend rief der Staatspräsident T. Özal die verantwortlichen Chefredakteure der bürgerlichen Presse in der Türkei zusammen und übermittelte ihnen die Beschlüssen der Armee. Die offizielle türkische Presse ist nicht frei, sondern in den Händen der Armee und der Regierung. Nach der Versammlung kehrten die Zeitungsführer in ihre Büros zurück, sagten "wir haben unsere neuen Befehle erhalten, mein Kommandant" und halten sich seit den letzten paar Monaten wortwörtlich an diese Befehle. In der aktuellen Situation gibt die Presse im Zusammenhang mit dem Krieg in Kurdistan keinen anderen als den offiziellen Erklärungen des Spezialgouverneurs Raum, damit nichts veröffentlicht wird, wo die Worte "PKK, Kurdistan" vorkommen. Um gegen diese reaktionäre Haltung der türkischen Presse zu protestieren, haben die PKK und die ERNK eine "Boykottkampagne gegen die türkische Presse" vom 20. April bis zum 1. Mai begonnen. Ein großer Teil des Volkes ist diesem Aufruf gefolgt. In manchen Provinzen ist der Verkauf der Zeitungen um 60 bis 80 Prozent gesunken.

Am 9. April hat sich der Ministerrat im Staatsministerium versammelt. Bei der Versammlung wurden die Befehle der

Armee unverändert erfüllt. Das Gesetz Nummer 413 wurde als Regierungsbeschluß herausgegeben. Manche Minister erklärten, daß sie den Inhalt, der von ihnen unterzeichnete Gesetze nicht kannten und ein leeres Papier unterschrieben haben, was sich sogar in der Presse wiederspiegelt.

Die zuletzt herausgebrachten Beschlüsse fanden die Zustimmung des ständigen NATO-Vertreters der USA, William Taft. Denn nach der Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates kam Taft sofort nach Ankara und traf sich mit dem Staatspräsidenten und dem Präsidenten des Generalstabs. Taft erklärte die Unterstützung der Maßnahmen, die ergriffen werden und daß, falls die Türkei dies wünscht, das Thema auf Natoebene angegangen wird.

Der zur Anwendung gebrachte Beschluß Nummer 413 hebt sogar die geringsten bürgerlichen Gesetze auf. Da der Kern dieses Gesetzes die Deportation und Zensur beinhaltet, wird es in Kurdistan "SS-Gesetz" (Anm. SS steht im türkischen für Deportation und Zensur) genannt. Diese Gesetze sind mit den 1925 gegen die kurdischen Aufstände herausgebrachten "Takrir-i Sükun" (Sicherung der öffentlichen Ruhe) - Gesetze identisch. In der damaligen Epoche wurden infolge der Anwendung dieser Gesetze 20 kurdische Aufstände niedergeschlagen und zehntausende kurdische Menschen massakriert.

Der kolonialistische türkische Staat zielt darauf ab, die natürlichsten nationalen demokratischen Forderungen eines Volkes zu unterdrücken. Die Methoden haben zur Grundlage, daß die militärische Gewalt und der Terror zur Politik erhoben. Im Gegensatz dazu machte die politische Avantgardekraft des Aufstandes des kurdischen Volkes, die PKK, als Demonstration ihrer Stärke im Verlauf der Aufstände einen bedeutenden Aufruf. Der Generalsekretär der PKK gab in der Hürriyet Zeitung vom 2. April folgende Erklärung ab: *"Proklamieren wir einen Waffenstillstand und setzen wir uns an einen Tisch. Die von uns bis heute angewandten Methoden sind kein Terror. Die 90er Jahre enthalten viele Neuerungen, es wird viel Blut vergossen werden. Ich kann das, was geschehen wird, nicht verhindern. Aber wenn die Türkei ihre Gewaltpolitik in der Region ändert, dann werden wir auch auf Gewalt verzichten, so würde sinnloses Blutvergießen verhindert."* Öcalan hat auch in der Vergangenheit schon ähnliche Aufrufe gemacht. Denn die Politik des türkischen States, die kurdische Frage mit militärischen Methoden zu lösen, ist zum Scheitern gebracht und unsere Sache militärisch und politisch ständig gestärkt worden. Es sind also in einer Phase der Stärke dazu Erklärungen abgegeben worden und diese haben auf verschiedene Kreise in der Türkei positiv gewirkt. So hat Abdullah Öcalan auch in einer Reportage mit der Zeitschrift 2000'e Dogru im Oktober vergangenen Jahres erklärt, daß "er zu einem Referendum über die kurdische Frage bereit ist".

Reaktionen im Zusammenhang mit dem Serhildan

Der kurdische Serhildan hat die Aufmerksamkeit für die kurdische Frage im Vergleich zur Vergangenheit um ein Vielfaches erhöht. Verschiedene große Zeitungen und Zeitschriften Europas bewerteten ihn als eine "neue Periode im Kampf des kurdischen Volkes". Ebenso wurden in den Radios und Fernsehen interessante Programme gesendet. Sogar in der BRD, die im Düsseldorfer "PKK Prozeß" eine feindliche Haltung dem kurdischen Volk gegenüber zeigt, stiegen die positiven freundschaftlichen Stimmen gegen die Haltung der Regierung an. Die bundesdeutschen Presseorgane machten, ohne den Düsseldorfer Prozeß zur Sprache zu bringen "die PKK und ihren Kampf anerkennende Veröffentlichungen". Das ist natürlich eine widersprüchliche Situation.

In der Sitzung des Bundestages am 27. April wurde im Rahmen der "Aktuellen Stunde" auf die Entwicklungen in Kurdistan eingegangen. Die Koalitionsparteien erklärten in ihren Reden, daß die kurdische Frage ein innenpolitisches Problem der Türkei sei und begrüßten den Terror des türkischen Staates in Kurdistan. Auch die Haltung der SPD unterschied sich kaum von der Haltung der Koalitionsparteien. Den auf Willkürlichkeit und Lüge basierenden Erklärungen Günter Wallrafs, dem Freund der türkischen Staatsführung und der im Namen der Türkei Lobbytätigkeiten betreibt, wurden breitester Raum eingeräumt. Da brachte, die im Namen der Grünen sprechende Angelika Beer das Problem schon auf etwas realistischere Weise zur Sprache.

Vom 5. bis 11. Mai ist eine aus Parlamentariern, Menschenrechtsverteidigern und Juristen bestehende deutsche Delegation nach Kurdistan gereist. Nachdem die Delegation, die die Aufstandsgebiete bereist hat, dort Zeugin der Bewegung geworden ist, hat sie zu einem Türkeiboykott aufgerufen.

Der österreichische Innenminster warnte die Firmen, die an die Türkei Waffen im Wert von 600 Milionen Dollar verkaufen wollen. Seine Forderungen gingen dahin, den Export an die Türkei zu stoppen, da diese Waffen gegen das kurdische Volk eingesetzt werden. Wenn auch das Gesetz noch nicht entschieden ist, unterstützen wir die im Zusammenhang mit diesem Thema gezeigte Sensibilität.

Das Europaparlament hat wegen den Entwicklungen in Kurdistan Beschlüsse gegen die Türkei gefaßt. Außerdem wurden die Entwicklungen in den Parlamenten Belgiens, der Schweiz und anderer Länder diskutiert. Aber im allgemeinen besteht die bevorzugte Haltung Europas aus Schweigen. Während Europa über Tumulte um ein Stück Land in den baltischen Republiken in einen Sturm der Entrüstung ausbricht, begegnet es dem Vernichtungskrieg gegen das über 25 Millionen zählende kurdische Volk mit Schweigen. Darüberhinaus schürt es auf der anderen Seite dieses Schweigens durch seine den türkischen Regime entgegengebrachte militärische, politische, ökonomische und diplomatische Unterstützung das an. Diese Haltung ist sowohl eine Doppelmoral als auch Mittäterschaft.

Gleichzeitig mit der teilweisen positiven Haltung der BRD-Linken überwiegt jedoch das Schweigen und Zusehen den Entwicklungen gegenüber. Abgesehen von den positiven Bemühungen einiger weniger Personen der Grünen, ist die Parteipolitik im allgemeinen Schweigen. Objektiv betrachtet, bedeutet aber Schweigen Mittäterschaft.

Die sich zunehmend zu einem kollektiven Volksaufstand wandelnden Entwicklungen im Kurdistan, stärken die Bedeutung der PKK in der internationalen Politik. Die Führungs- und politischen Kräfte, die die Entwicklungen früher mehr mit Angst und Zaudern betrachteten, sind jetzt gezwungen, etwas offener zu reden.

Der nationale Befreiungskampf Kurdistans ist mitten in unserer heutigen Welt eine Bewegung, die bedeutende Werte in sich trägt. In einer Epoche, in der behauptet wird, die Kämpfe um nationale Befreiung und Sozialismus seien zu ende und Bewegungen in Lateinamerika und anderen Kontinenten eine große Krise und

Regression erleben, ist die von der PKK entwickelte Bewegung eine dynamische und ständig anwachsende Bewegung. In diesem Sinne ist sie eine im Mittleren Osten sowohl in ideologischer als auch in politisch-praktischer Hinsicht führende Bewegung.

Der Guerillakampf in Kurdistan intensiviert sich

In den vergangenen zwei Monate erlebten die städtischen Gebiete den Serhildan, an dem sich Millionen von Menschen beteiligten und auf der anderen Seite fügten die mit der ARGK verbundenen Guerillaeinheiten der kolonialistischen Besatzungsarmee große militärische Schläge zu. In fast allen ländlichen Gebieten Nordwest-Kurdistans können sich die Guerillaeinheiten bewegen. Die Initiative im militärischen und politischen Bereich befindet sich in den Händen der Guerillaeinheiten.

Aufgrund des Platzmangels ist es uns hier nicht möglich, alle Aktionen und bewaffneten Auseianandersetzungen, die sich in den letzten zwei Monaten ereignet haben, aufzuzählen. In den letzten Monaten erreichten uns Nachrichten von über 200 Guerillaaktionen. Bei diesen sich entwickelnden Aktionen in der Art wie Hinterhalte, Gefechte, Straßensperren wurden etwa 150 Soldaten der Okkupationsarmee, Agenten und Milizen getötet. In den offiziellen Erklärungen werden neben den letzten Beschlüssen die Verluste als reichlich gering angegeben. Außerdem fielen bei den Gefechten und den Operationen über 50 Guerilleros und kurdische Patrioten als Märtyrer. In den Aufstandsgebieten schlossen sich über 500 männliche und weibliche Jugendliche und andere Altersgruppen den Guerillaeinheiten an.

Es gab verschiedene Angriffsaktionen gegen ökonomische Ziele. Anfang Mai wurden die beiden in Kurdistan verkehrenden wichtigen Transportzüge vollkommen zerstört und die Straße außerdem in einen unbefahrbaren Zustand gebracht. Alle beiden Züge haben das logistische Gepäck der Militäreinheiten transportiert.

In der Region Botan, wo der Kampf noch stärker geworden ist, befinden sich große Bereiche einschließlich der Hauptstraßen unter Kontrolle der ARGK-Einheiten, wovon auch ausländische Beobachter Zeuge geworden sind. Die türkischen Militäreinheiten können mit zahlenmäßig kleinen Militäreinheiten diese Wege nicht mehr benutzen. Sie können diese Wege nur noch tagsüber mit Luftunterstützung und großen Militäreinheiten passieren.





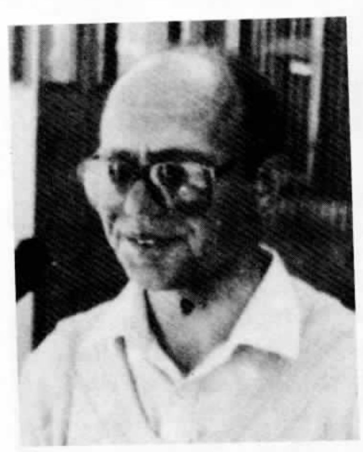
Die PKK hat in ihren offiziellen Erklärungen erklärt, daß sie im Jahre 1990 einerseits den Guerillakampf intensivieren und stärken, und auf der anderen Seite die regionalen Aufstände noch mehr entwickeln wird.

* * *

Liebe Leser,

nachdem wir in unserer letzten Ausgabe eine Erklärung zur Verhaftung von Dr. Ismail Besikci und einen Aufruf für seine Freilassung veröffentlicht haben, möchten wir diesen großen Mann der Wissenschaft unseren Lesern noch näher bringen. In diesem Zusammenhang veröffentlichen wir exklusiv und zum ersten Mal ein Interviev mit Dr. Ismail Besikci, das Anfang Mai dieses Jahres gemacht wurde und bisher in deutscher Sprache noch nirgendwo veröffentlicht worden ist. Es handelt sich hierbei auch gleichzeitig um das erste Interview, daß Dr. Besikci nach seiner Verhaftung gegeben hat.
Dieses Interview ist unter sehr schwierigen Bedingungen zustandegekommen und kann in Zusammenhang mit der mutigen, unerschrockenen, ungebrochenen und bewundernswert konsequenten Persönlichkeit von Dr. Ismail Besikci gewürdigt werden. Gleichzeitig stellt dieses Interview die Gedanken des Dr. Ismail Besikci vor, für die er heute wieder im Gefängnis sitzt, aus seinen eigenem Munde vor. Der Inhalt dieses Interviews rückt auch einige Positionen zurecht, die unter dem Deckmantel der Solidarität mit Dr. Besikci ein politisches bzw. materielles Geschäft zu machen versuchen. Doch hören wir Dr. Besikci besser selber zu.

Die Redaktion



Der 1939 in Corum/Iskilip geborene Ismail Besikci schloß 1962 sein Studium an der Fakultät für politische Wissenschaften ab und nahm 1964 seine Tätigkeit als Soziologieassistent an der Atatürk-Universität in Erzurum auf. Besikci, der in dieser Zeit seine Thesen bezüglich der Nomadenstämme im Osten entwickelte, hat seine Arbeit auf den Nomadenstamm der Alikan in Elazig konzentriert; seine wissenschaftliche Arbeit im Bezug auf die Kurden, mit denen er damals zum ersten Mal konfrontiert wurde, hat er ununterbrochen bis heute fortgesetzt. Besikci, der 1967 seine Promotion abschloß, wurde auf Grund seiner Lehrtätigkeit 1969 an der Universität und wegen seines Buches "Die Ordnung in Ost-Anatolien, sozio-ökonomische und ethnische Grundlagen" von seiner Tätigkeit an der Atatürk-Universität entbunden. Wegen dieses Buches und wegen seiner Vorlesungen wurde Besikci zu einer Haftstrafe von 12 Jahren und 3 Monaten verurteilt, er kam am 25. Juni 1971 ins Gefängnis, das er im Mai 1974 auf Grund einer Generalamnestie wieder verließ. Besikci, dem untersagt wurde, erneut an der Universität zu lehren, setzte seine Arbeit bezüglich wissenschaftlicher Methoden und der Anwendung dieser Methoden in der Türkei, sowie seine Arbeiten zur "Kurdenproblematik" fort und wurde diesmal auf Grund seines Buches "Sonnen-Sprachentheorie und die kurdische Frage" zu einer Strafe von 2 Jahren und 4 Monaten verurteilt; er war vom 1. September 1979 bis zum 11. April 1981 inhaftiert. Wegen eines Briefes, den er 1980 aus dem Toptasi-Gefängnis an die Vorsitzende der Schriftstellevereinigung der Schweiz, Madame Borlinger schrieb, wurde er in der Zeit des 12. Septembers erneut angeklagt und zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt; in der Zeit vom 25. Juni 1981 bis zum 27. Mai 1987 war er im Gefängnis inhaftiert.

Besikci, der bis zum heutigen Tag die "Kurdenfrage" in bisher ungekannter Weise anging, dadurch, daß er sich dieses Themas in wissenschaftlicher Form und gestützt auf konkrete Ereignisse annahm, wurde jüngst wegen des im Februar 1990 erschienenen Buches **"Eine internationale Kolonie: Kurdistan"**, gleichzeitig wegen seines im März 1990 erschienenen Buches **"Wissenschaft - Offizielle Ideologie, Staat-Demokratie und die Kurdenfrage"** und wegen seines ebenfalls im März 1990 erschienenen Buches **"Ein intellektueller, eine Organisation und die Kurdenfrage"** angeklagt.

Wegen seines Buches "Eine internationale Kolonie: Kurdistan", über das Besikci selbst folgendes sagt: *"Die Themen, die dieses Buch behandelt, sind nicht auf eine Propaganda ausgerichtet. Es ist der Versuch, ein gesellschaftliches Ereignis wissenschaftlich zu erfassen. Dies kann in Kürze zu diesem Buch gesagt werden. Es verfolgt nicht das Ziel, Propaganda zu betreiben, sondern es ist eine wissenschaftliche Abhandlung"*. Und wegen dieser Aussage wurde gegen Besikci am 12.3.1990 durch den diensthabenden Senat des Staatssicherheitsgerichts in Istanbul ein Haftbefehl erlassen und zwar, weil *"es den dringenden Tatverdacht gibt, daß er mittels Veröffentlichungen Kurden- und separatistische Propaganda betreibt und weil der Straftatbestand und das Vergehen, sowie die gegenwärtige Beweislage eine Inhaftierung gemäß Artikel 104 der Strafprozeßordnung vorsieht"*.

Die Staatsanwaltschaft der Republik beim Staatssicherheitsgericht in Istanbul erhebt am 13.3.1990 Anklage, weil *"ersichtlich ist, daß der Beschuldigte Ismail Besikci mit diesem Buch Kurden- und separatistische Propaganda betreibt; dementsprechend wird im Namen der Öffentlichkeit beantragt, ihn wegen Verstoßes gegen den Paragraph 142/3-6 des Türkischen Strafgesetzes, der auf seine Tat Anwendung findet, zu bestrafen"*.

Frage: *Würden Sie kurz die letzten Entwicklungen in Kurdistan, die Praktiken der ANAP-Regierung und die Verfügung mit Gesetzeskraft bewerten?*

Dr. Besikci: Die Türkei hat Kurdistan schon immer mit Befehlen und Erlassen regiert. Egal ob es Gesetz genannt wird oder ob es Verfügung mit Gesetzeskraft genannt wird, das Grundprinzip, das bei der Verwaltung Kurdistans verfolgt wurde, ist niemals rechtsstaatlich gewesen. Kurdistan ist immer mit Verwaltungsverordnungen, Befehlen und Erlassen regiert worden.

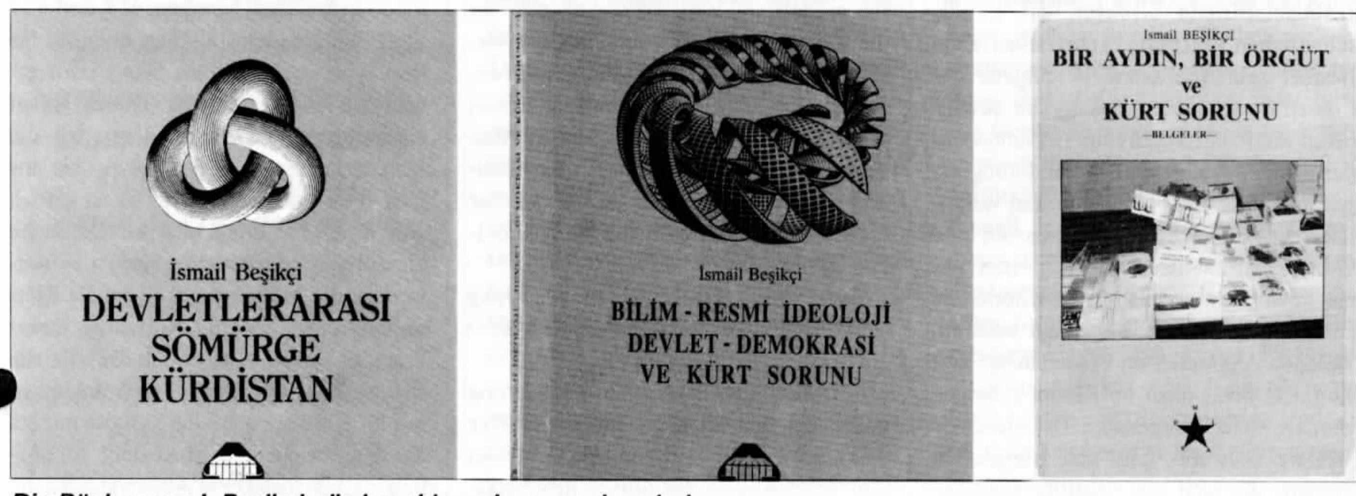
Bei einer solchen Regierungsform gibt es nicht einmal Fragmente eines Verständnisses von Menschenrechten. Um den Gehorsam und die Loyalität dem Staat gegenüber herzustellen, werden die Menschen gezwungen Kot zu essen. Um das Volk, das die kurdischen Guerilleros unterstützt einzuschüchtern, werden willkürlich unschuldige Menschen ermordet und ihre Leichen in die Flüsse und auf die Berggipfel geworfen. Wiederum um das Volk einzuschüchtern, werden die Leichen der Guerilleros von Hubschraubern auf die Dorfplätze abgeworfen. Das Volk wird gezwungen, die zerstückelten, in Stücke gerissenen Leichen anzusehen.

Um das Volk zu erniedrigen, seine Würde zu brechen, werden Väter vor den Augen ihrer Kinder gefoltert. Vor den Augen gefolterter Männer werden Frauen der Folter unterworfen. Die Frauen werden an den Haaren weggeschleift. Frauen werden mit Vergewaltigung bedroht. Es wird versucht, Kinder mit Gewehrkolbenschlägen zum Schweigen zu bringen.

Unter dem Vorwand Durchsuchungen durchzuführen, werden Dörfer und Häuser häufig überfallen. Um die armen Menschen, die patriotischen Bauern noch mehr zu schädigen, wird alles haarklein auseinandergenommen und durcheinandergeworfen. Ihre Matratzen, Bettdecken, Kissen, Wolle, Baumwolle werden überall verstreut. Ihr Mehl, Weizengrütze, Salz, Öl, Zucker, Reinigungsmittel, alles wird miteinander vermischt. Ein heilloses Durcheinander wird angerichtet. Es wird in die Siruptöpfe gespuckt. Wasser-, Essig- und Ölbehälter werden mit Messern traktiert. Es wird alles unternommen, um das Volk zu schädigen. Das Ziel ist, die Bauern zum Verlassen ihrer Dörfer zu zwingen... Man denkt, daß die Guerilleros mit der Entvölkerung der Dörfer auf diese Weise ohne Unterstützung zurückbleiben würden.

"Beim Thema Kurdistan gibt es nur eine einzige Politik des Staates in der Türkei: Anwendung des Staatsterrors..."

Trotz alledem zeigen die Ereignisse von Nusaybin, Cizre und den anderen kurdischen Städten, daß der nationale Befreiungskampf Kurdistans sehr große Fortschritte erzielt hat. Die Beteiligung der Frauen am nationalen Befreiungskampf, daß sie im bewaffneten Kampf, bei den Guerillaaktivitäten eine aktive Rolle spielen, zeigt, daß der Prozeß der nationalen Befreiung auf einer sehr bedeutenden Stufe steht. Daß die Familien, die Verwandten, die Dörfer, die Stadtteile sich der Leichname der Guerilleros annehmen, um ihre Leichname bekommen zu können, an die Verantwortlichen der Einheiten der Sicherheitskräfte heranzutreten versuchen, mit ihnen diskutieren und all das trotz des ins Gefahr von Schwierigkeiten aller Art fortsetzen, sind sehr bedeutende Ereignisse. Daß die im Guerillakampf durch die Sicherheitskräfte getöteten Jugendlichen Märtyrer genannt werden, daß für die Märtyrer Massenbeerdigungsgebete gebetet werden, den Familien der Märtyrer tagelang, wochenlang Beileidsbesuche abgestattet werden, in der Umgebung einer jeden Kreisstadt Märtyrerdenkmäler errichtet werden, sind sehr bedeutende Entwicklungen. Bedenken wir, daß Beileidsbekundungen von Gremien aus verschiedenen Orten Kurdistans übermittelt werden. Die Familien der Märtyrer benutzen Bekundungen wie "dank sei unserem Volk, dank sei den Guerilleros, dank sei der PKK" entgegengebracht. All das sind sehr bedeutsame Prozesse.

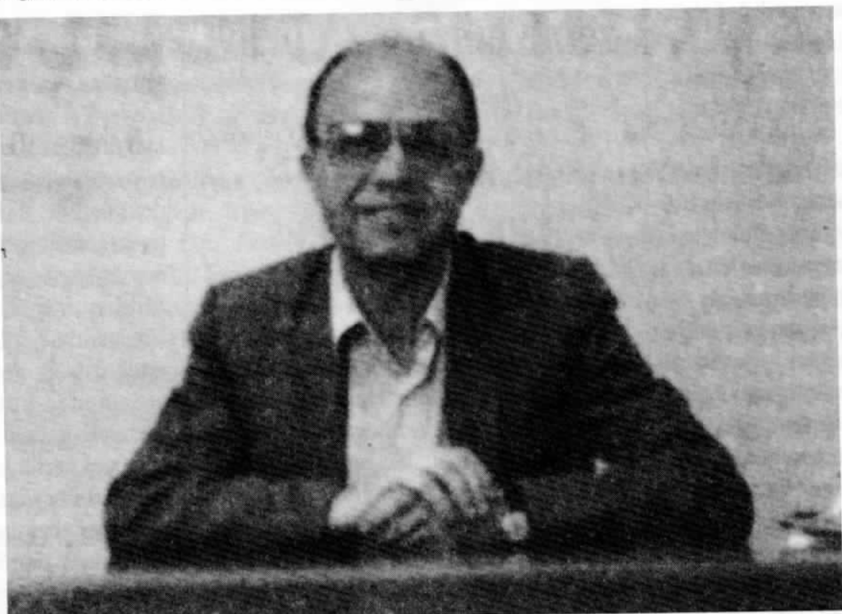


Die Bücher von I. Besikci, die beschlagnahmt worden sind

Ich denke, daß das ein außerordentlich revolutionärer Prozeß ist, wenn heute in Kurdistan in dieser Phase für die Guerilleros gebetet wird, für die als Märtyrer gefallenen Guerilleros Gebete verrichtet werden, für sie der Koran und die Messe gelesen werden, und noch dazu die Messe in kurdisch gelesen wird.

Außerdem ist es bestimmt ein bedeutender Prozeß, daß Massendemonstrationen gegen die Unterdrückung und die Folter gemacht werden können, also, daß das kurdische Volk sich gegen die von Kopf bis Fuß bewaffneten Sicherheitskräfte erheben kann. Es ist zweifelsohne eine bedeutsame Entwicklung, daß aus Protest gegen die Unterdrückung und Folter die Rolladenschließ-Aktionen begonnen wur-

den, diese Aktionen in kurzer Zeit und in einer bestimmten disziplinierten und organisierten Weise auf die anderen kurdischen Städte übergesprungen sind. Die Analyse, der auf den Demonstrationen getragenen Transparente und gerufenen Parolen geben sehr wichtige Auskunft über den Inhalt der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Diese Transparente und diese Parolen erzählen von den zunehmend stärker werdenden demokratischen Sehnsüchten und Forderungen der Massen.



Außerdem ist es auch notwendig festzustellen, daß die Guerillaaktivitäten die kurdische Gesellschaft schnell verändert, die gesellschaftliche Struktur, die gesellschaftlichen Werte umgekehrt haben. Zum Bespiel zeigt die aktive Beteiligung der Frauen im Guerillakampf, in den bewaffneten Aktivitäten eine sehr viel umfassendere und tiefgehendere Veränderung als gedacht. Was mit gefangenen und verhafteten Frauen in den Polizeiwachen und Gendarmariezentren in Kurdistan gemacht wird, mit welchen Aggressionen sie konfrontiert sind, ist allgemein bekannt. Welchen Aggressionen Frauen ausgesetzt sind, die noch dazu im Kampf gefangen werden, weiß man genau... Trotzdem vergrößert sich die Zahl der kurdischen Frauen, die sich der Guerilla anschließen, lawinenartig. Und die anders als man glaubte, mit Wissen oder sogar Ermunterung ihrer Familien. Dabei gingen wir doch davon aus, daß die kurdische Gesellschaft eine traditionelle Gesellschaft sei.

Der traditionelle Ehrbegriff unterliegt einer Erosion. Ehre erscheint nicht nur im Zusammenhang mit dem Schutz und der Unantastbarkeit der Familie, des Stammes der Frau. Das Verständnis, daß der Kampf für die Nation, für das Volk, für das Vaterland auch Ehre erfordert hat sich zu entwickeln, zu verankern begonnen. Es entwickelt sich das Verständnis, daß die größte geschuldete Ehre einer unter Okkupation stehenden Heimat, deren Würde gebrochen, herabgewürdigt, erniedrigt ist, darin besteht, den gleichberechtigten Kampf eines Volkes, den Überlebenskampf zu führen.

Die Guerilla verändert die traditionellen Werte schnell und schafft das Entstehen moderner Werte. Während sich die Stämme schnell auflösen, entwickelt sich ein die Kurden als ganzes, umfassendes Verständnis der Nation. Institutionen wie das Scheichtum, das Großgrundbesitzertum erleben ebenso eine starke Erosion. Man versucht diese traditionellen und reaktionären Institutionen nur noch mit der Gewalt der offiziellen Ideologie aufrechtzuerhalten.

Frage: *Was tut die türkische Regierung gegenüber diesen Entwicklungen, was denkt sie, welche Vorkehrungen ergreift sie?*

Dr. Besikci: Der Staat und die Regierung kann gegenüber den zunehmend stärker werdenden demokratischen Sehnsüchten und Forderungen der kurdischen Volksmassen nur mit Terror antworten. Beim Thema Kurdistan gibt es nur eine einzige Politik des Staates in der Türkei: Anwendung des Staatsterrors... Durch Anwendung des Staatsterrors die Massen in Angst und Schrecken zu versetzen, einzuschüchtern. Es wird ein solcher Terror ausgeübt, daß niemand sich über dieses Problem Gedanken machen soll, keinerlei Vorschläge im Zusammenhang mit dieser Frage bringen soll. Er soll angesichts des Staatsterrors Angst haben, zurückweichen, erschrecken. Er soll daran denken, daß die Unterdrückung, die Gewalt nicht auf ihn begrenzt bleibt, sondern auch seine Familie, Verwandte mit umfassen wird, Angst haben, zurückweichen. Das ist kurzgesagt das Ziel des Staatsterrors. Aber die Menschen versuchen auch in Erwägung aller Gefahren ihre Forderungen und Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Sie versuchen, die vom Staat aufgebauten Mauern der Angst zu überschreiten, die Mauern der Angst niederzureißen. Und genau an diesem Punkt ist von der wichtigen Funktion des Staatsterrors nichts mehr übriggeblieben. Der Staatsterror wird nutzlos. Denn seine angsteinflösenden und einschüchternden Charakteristika sind nutzlos geworden.

Die Politik des Staatsterrors ist nunmehr gescheitert. Trotz alledem produziert der türkische Staat bezüglich der Kurdistan-Frage keine andere Politik als die des Terrors. Die letzten Verfügungen mit Gesetzeskraft Nummer 413 und 421 sind nichts anderes als den ohnehin bis jetzt schon praktizierten Staatsterror erneut in Gang zu setzten, genauer gesagt ein weiteres Mal darzustellen, daß die Unterdrückung und der Terror bis ins Extremste praktiziert wird. Es ist jedoch von Vorteil hier noch eine weitere Sache klarzustellen. Genauer gesagt ist es notwendig, die Aufmerksamkeit auf die Klarstellung eines anderen Ausmaßes dieser Frage zu lenken. Auch wenn die offizielle Ideologie verschiedene Beschränkungen nur für Kurdenmacht, die Verbote nur auf Kurden abzielen, so ist es doch unmöglich, daß all dies keine Auswirkungen auf die Türkei, auf die türkische Demokratie hat. Die letzten Verordnungen machen das deutlich... Solange die kurdische Frage existiert, ist es nicht möglich die Demokratie in der Türkei zu errichten, sie zu entwickeln und zu verankern. Die in den Verfügung definierten Maßnahmen zielen darauf ab, die sich zunehmend entwickelnden und verstärkenden demokratischen Sehnsüchte und Forderungen der Kurden zu unterdrücken. Im Grunde ist es jedoch auch klar, welchen schweren Schlag sie der Pressefreiheit, der Freiheit des Denkens und der Wissenschaft in der Türkei versetzten.

Zu dieser Sache muß hier noch folgendes erklärt werden: Man soll bloß nicht glauben, daß die Anwendung dieser Verfügung den nationalen Befreiungskampf

Kurdistans und den revolutionären Kampf aufhalten werden. Zum Beispiel veröffentlichen jetzt die Zeitungen über den sich in Kurdistan entwickelnden Kampf, über die Guerillaaktivitäten überhaupt keine Nachrichten mehr. Alle Nachrichten werden den Erklärungen des Gouverneurs für die Gebiete im Ausnahmezustand entsprechend herausgebracht. Die türkische Presse hat sowieso schon wie ein Büro der Nationalen Nachrichtendienstorganisation (MIT- türk. Geheimdienst, d.Red.) gearbeitet, jetzt wird dieses seinen Charakter schließlich noch mehr achten. Gegen diese Haltung der türkischen Presse entwickelte sich vom 20. April bis zum 1. Mai 1990 eine sehr wichtige Protestaktion in Kurdistan. Diese trat in verschiedenen Städten Kurdistans in der Form eines Kauf- und Leseboykotts der Zeitungen auf. Der tägliche Verkauf der Zeitungen ist um 30% bis 60% zurückgegangen... Ich denke, daß diese Protestaktion sehr bedeutsam ist. Mit dieser Protestaktion haben die Kurden der türkischen Presse folgendes erklärt: Was habt ihr denn überhaupt schon im Zusammenhang mit Kurdistan geschrieben; nichts als die vor Lügen strotzenden Regierungsnachrichten... Nimm das, alles soll dir gehören... Schreibe deine eigene Verfügung selbst und lese sie selbst...

Es entwickelt sich das Verständnis, daß die größte geschuldete Ehre einer unter Okkupation stehenden Heimat, deren Würde gebrochen, herabgewürdigt, erniedrigt ist, darin besteht, den gleichberechtigten Kampf eines Volkes, den Überlebenskampf zu führen.

Frage: *Was kann noch im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Verordnungen gesagt werden?*

Dr. Besikci: Die Nachrichten, die aus der Region kommen, weisen darauf hin, daß sich die Ereignisse in keinster Weise so entwickelt haben, wie es vom staatlichen Fernsehen TRT und den Zeitungen darzustellen versucht wird. Ein großer Teil der bei Gefechten als "tot gefangen" bezeichneten Personen waren keine Guerilleros, sondern arme, patriotische Bauern. Der Staat gibt sich große Mühe, seine eigenen Verluste zu verbergen. Die Zeitungen schreiben überhaupt nichts über Erfolge der Guerilleros.

Frage: *Wie und in welchen verfassungsmäßigen Gremien sind die Verfügungen mit Gesetzeskraft vorher beraten worden? Was ist die Rolle der Regierung, der Opposition, der politischen Parteien, der Großen Nationalversammlung (türk. Parlament, d. Red.) der Türkei bei der Entstehung dieser Vorverkehrsmaßnahmen?*

Dr. Besikci: Die politischen Parteien, die Große Nationalversammlung der Türkei und die Regierung sind im türkischen politischen Leben sehr viel schwächer als angenommen wird. Wer stark ist, wer bestimmend ist, das ist der Staat. Der Staat wird vom Nationalen Sicherheitsrat repräsentiert. Es ist eine sehr wichtige Sache, die Aufmerksamkeit auf die Trennung von Staat und Regierung zu lenken. Zum Beispiel wird in der Türkei die Politik im Zusammenhang mit der Kurdenfrage nicht von den politischen Parteien, der Regierung oder der Großen Nationalversammlung der Türkei, sondern nur vom Nationalen Sicherheitsrat entwickelt. Lassen wir mal das Produzieren eigener Gedanken zur Kurdenfrage durch die politischen Parteien, die Regierung und der Großen Nationalversammlung der Türkei beiseite, sie haben nicht einmal die Befugnis, die vom Staat, also dem Nationalen Sicherheitsrat entwickelte Politik zu diskutieren. Die Regierung hat nur eine einzige Aufgabe. Und die besteht darin zu versuchen, die vom Nationalen Sicherheitsrat entwickelte und empfohlene Politik in die Praxis umzusetzen. Der Große Nationalversammlung der Türkei kann diese Politik nicht diskutieren, nicht kritisieren. Natürlich ist sie dazu verurteilt, zuzustimmen und zu unterstützen. Institutionen wie die politischen Parteien, die Regierung, die Große Nationalversammlung der Türkei, sehen bei sich selbst keine Befugnis, eine Politik zu entwickeln oder die entwickelte Politik zu kritisieren... Verfassungsmäßig, rechtlich heißt es jedoch, daß zum Beispiel, die Große Nationalversammlung der Türkei das "höchste" ist, es keine Institution gibt, die ihre Autorität übersteigt usw. De facto ist das aber überhaupt nicht so. Es ist ganz offenkundig, daß de facto der Staat, der nationale Sicherheitsrat das Schwergewicht über das türkische politische Leben ausübt. Der Nationale Sicherheitsrat wiederum ist eine Institution, die vor allem entsprechend der Auffassungen der Armee und der Nationalen Nachrichtendienstorganisation gebildet worden ist. Daher liegt hier auch eine illegale Lage vor. Wenn die Große Nationalversammlung der Türkei, die Regierung, die politischen Parteien ihre gesetzlichen und verfassungsmäßigen Kompetenzen nicht ausüben, diese Institutionen de facto unter der Kontrolle einer anderen Institution gehalten werden, dann heißt das, daß im politischen türkischen Leben ein illegaler Prozeß stattfindet. Das Vorhandensein dieses illegalen Prozesses steht im engen Zusammenhang mit offiziellen ideologischen Institutionen. Das steht im Zusammenhang damit, daß in der Türkei die illegalen Aspekte und Aktivitäten des Staates nicht aufgedeckt worden sind, die offizielle ideologische Institution nicht so begriffen worden ist -wie es erforderlich ist-, daß die hierfür wichtigen Anstrengung nicht unternommen worden sind. Durch Vorkommnisse, wie Menschenkot zu essen zu geben, Menschen willkürlich zu töten, um unschuldige Menschen einzuschüchtern, zu terrorisieren, die Tatsache, daß keine Untersuchung eröffnet werden kann, gegen diejenigen, die diese Befehle erteilen, die Anwendung von jeder Art von Terror, um Menschen aus ihren Dörfern zu vertreiben, können wir nur in dem Rahmen der illegalen Staatsaktivitäten verstehen.

Die Politik des Staatsterrors ist nunmehr gescheitert. Trotz alledem produziert der türkische Staat bezüglich der Kurdistan-Frage keine andere Politik als die des Terrors.

Frage: *Würden Sie Initiativen wie die Neue Entstehung* (Neue Entstehung: Yeni Olusum nennt sich die Initiative für die Gründung einer neuen Partei, deren Träger vor allem, die aus der Sozialdemokratischen Volkspartei ausgeschlossen und aus-

getretenen Abgeordneten sind.), *die neue Sozialistische Partei analysieren? Was ist die Haltung des kurdischen Volkes diesen Gründungen gegenüber?*

Dr. Besikci: Ich versuche die Entwicklungen, die mit der neuen Entstehung der Gründung der neuen Sozialistischen Partei im Zusammenhang stehen zu verfolgen. Ich bin der Meinung, daß man die eigentliche treibende Kraft für diese Initiative genau erfassen muß.

a) Wie bekannt, haben 7 SHP-Abgeordnete kurdischer Herkunft am 14./15. Oktober 1989 an einer in Paris veranstalteten Konferenz teilgenommen. Diese Veranstaltung ist aus der gemeinsamen Initiative der Kurdischen Institut Paris und der Stiftung "France Liberté" veranstaltet worden. Es war eine internationale Veranstaltung. Sie hatte den Namen: "Kurden: Menschenrechte und kulturelle Identität". Die 7 kurdischen SHP Parlamentsabgeordneten haben an dieser Versammlung teilgenommen und die Reden angehört. Wegen dieser Aktion wurde der Fall vom Zentral Exekutivrat der Partei mit der Forderung nach endgültigen Ausschluß an den zentralen Disziplinarausschuß übergeben. Eine zeitlang vor dem angesprochenen Vorfall ist ebenfalls ein anderer SHP Parlamentsabgeordneter kurdischer Herkunft, der die kurdische Frage auf einer Versammlung der gemischten Parlamentskommission der EG und der Türkei angesprochen hatte, endgültig aus der Partei ausgeschlossen worden. Die 7 Parlamentsabgeordneten sind auch ausgeschlossen worden.

b) Nach diesen Vorfällen von Ausschlüssen sind Kreisorganisationen der SHP im Osten und Südosten, also in Kurdistan, um gegen die Haltung und das Verhalten der Partei zu protestieren, einzeln und gemeinsam aus der SHP ausgetreten, innerhalb sehr kurzer Zeit sind alle Provinzorganisationen der SHP in Kurdistan zusammengebrochen. Die SHP konnte später keine 2-3 Leute zusammenbringen, um Provinzorganisationen bilden zu können. Auf die gleiche Weise sind die Kreisorganisationen zusammengebrochen. Denn in den kurdischen Volksmassen entwickelte sich eine heftige Reaktion und ein starker Protest gegen die rassistische und kolonialistische Denkweise, Haltung und Verhaltensweise der Partei.

c) Meiner Meinung nach ist die Fahrt der Abgeordneten nach Paris, um an einer Versammlung über die Kurden teilzunehmen, ihr Anhören der Reden kein sehr bedeutsames Ereignis. Sie haben nicht das Wort ergriffen und Reden können, nicht einmal ihre Gedanken kundgetan. Aber ich denke, daß die Aktionen, die Austritte, die die kurdischen Volksmassen entwickelt haben, um gegen die rassistische

---

In der Kolonie Kurdistan umherzureißen, wird nun nicht mehr so einfach wie früher sein. Denn Kurdistan ist nicht mehr das alte Kurdistan.

---

und kolonialistische Haltung der SHP zu protestieren, sich für ihre Abgeordneten einzusetzen, für sehr bedeutend. Und genau das ist eben der Prozeß, der genau begriffen und untersucht werden muß.

d) Von wem, wann und wo auch immer die neue Entstehung, die neue Sozialistische Partei begonnen haben möge, sie hat ein solches Ereignis. Ich denke, daß Protestinitiative der kurdischen Volksmassen sehr stark gewesen sind. Trotzdem sind die Gedanken, Haltungen und Verhaltensweisen der Initiativen, die versucht haben, diese starke und dynamische Opposition zu organisieren, sehr schwach geblieben. Wie auch immer diese Neuversuche heißen mögen, ich bin nicht der Meinung, daß sie in der Lage sind, auf diese starke und dynamische Opposition zu antworten. Die beabsichtigten neuen Organisierungen passen nicht in diesen erlebten dynamischen Prozeß.

e) Beachten Sie, an der Wurzel des Ereignisses sind die Abgeordneten kurdischer Herkunft, ist die kurdische Frage. Trotzdem sind diese Abgeordneten wie Komprasen dieser Neugründungen, Neuversuche. Es zeigt sich zum Beispiel bei diesen Abgeordneten nicht, daß sie einen Neuversuch starten, die Avantgarde einer neuen Organisierung sind, Verantwortung übernehmen würden. Das hängt mit der kolonialistischen Struktur Kurdistans zusammen. Das ist eine Sache, die damit zusammenhängt, wie die kolonialistischen Beziehungen die psychische Struktur der kurdischen Menschen geformt haben. Denn die Kurden sind immer nur verwaltet worden. In dieser Zeit sind alle möglichen Vorkehrungen getroffen worden, um die innere Dynamik Kurdistans zu zerstückeln, die lebendigen Kräfte zu erdrücken und die Entwicklung von Führungsfunktionen in den Menschen, den Massen zu behindern. Die Menschen sind in einen Zustand gebracht worden, in dem sie das Vertrauen in sich selbst, in ihre Familie, in ihre Nation verloren haben. Heute ist die wichtigste Kraft in Kurdistan, die Selbstvertrauen besitzt, Vertrauen in das Volk hat, ein unabhängiges Programm hat, politische Forderungen hat, den grundlegenden Widerspruch zu türkischen politischen System definiert, die Kräfte bestimmt, die eine Lösung dieses Widerspruches erreichen können und diese hervorzubringen versucht, die PKK. Der türkische Staat leugnet die Realität der PKK genauso, wie er bis heute das über 30 Millionen Menschen zählende Volk der Kurden im Mittleren Osten leugnet. Das kommt daher, daß er sich der PKK, dem nationalen Befreiungskampf Kurdistans und seiner eigenem Status als Kolonialisten gegenüber dumm stellt. Die PKK hat sich jedoch mittlerweile sehr stark entgegengestellt.

An diesem Punkt kommt genau heraus, daß diese beiden Prozesse gemeinsam aufgegriffen werden müssen. Was können wir zum gemeinsamen Aufgreifen dieser beiden Prozesse sagen? Àlso, auf der einen Seite gibt es einen bewaffneten Kampf, der seine Aktionen intensiviert, sich tiefergehend fortsetzt, einen nationalen Befreiungskampf, auf der anderen Seite gibt es die Initiative der neuen Enstehung, der neuen Sozialistischen Partei. Wie wirken sich diese beiden Prozesse gegenseitig aus?

Folgendes ist schon mal ganz klar: Jede Initiative einer politischen Partei, -wie immer sie auch heißen mag-, die versucht, die Entwicklung des Guerillakampfes zu behindern, die versucht, ihn auf eine bestimmte Region zu begrenzen, kann in Kurdistan nicht erfolgreich sein. Zweitens; die Versuche der neuen Sozialistischen Partei können keine Antwort auf die sich zunehmend entwickelnden und verstärkenden demokratischen Sehnsüchte und Forderungen der kurdischen Volksmassen sein. Denn dieser praktisch erlebte Prozeß ist ein sehr dynamischer Prozeß. Die geplanten Organisierungen entsprechen diesem Prozeß nicht. Das ist eine Frage, die mit der offiziellen Ideolo-

gie zusammenhängt. Die türkischen politischen Parteien empfinden die Notwendigkeit der Kritik der offiziellen Ideologie nicht. Dieses Bewußtsein haben sie noch nicht erreicht. Sie haben noch nicht einmal die illegalen Aspekte des Staates aufgedeckt. Es ist zweifelhaft, ob der Neuversuch der neuen Sozialistischen Partei dies tun wird. Drittens, kann folgendes gesagt werden: In Kurdistan besteht auch die Notwendigkeit manche Aktivitäten auf der legalen Ebene, im Rahmen der türkischen politischen Ordnung auszuüben. Wie das organisiert wird, wie das praktiziert wird, ist ebenfalls eine wichtige Frage.

Frage: *Der SHP Generalsekretär Erdal Inönü und der DYP Generalsekretär Süleyman Demirel haben in den Gegenden, in denen der Prozeß der Guerillakämpfe, der nationalen Befreiung sehr intensiv ist, Reisen durchgeführt. Was können Sie über diese Reisen sagen?*

Dr. Besikci: Die in Cizre und Nusaybin begonnenen und dann in sehr kurzer Zeit auf andere kurdischen Städte übergesprungenen Protest- und Widerstandsereignisse haben bei den türkischen Regierenden einen sehr großen Schock ausgelöst. Die Opposition hat diesen Schock genauso wie die Regierung durchgemacht. Die Basis der türkischen politischen Parteien hat begonnen dahinzuschmilzen. Bei den kurdischen Volksmassen hat sich gegenüber den türkischen politischen Parteien ein Mißtrauen und ein Zweifel entwickelt. Die Auswirkung der Guerilla hat zugenommen. Der Graben zwischen dem Staat und den kurdischen Volksmassen hat sich ständig zu vergrößern begonnen... Die Reisen der beiden Führer der Oppositionsparteien hat eben zum Ziel, die weitere Vertiefung und das noch stärkere Aufreißen dieses Grabens zu verhindern. Das ist eine vom Staat veranstaltete Reise. Meiner Meinung nach, ist sie auf Wunsch des Gouverneurs für die Gebiete im Ausnahmezustandes durchgeführt worden.

Frage: *Hat die Reise den erwarteten Nutzen gebracht?*

Dr. Besikci: Zweifellos konnten sie den von ihnen erwarteten Nutzen nicht erzielen. Denn die Führer haben ihre Kolonien bereist. Sie haben heftige Gegegenreaktionen erlebt. In manchen Orten sind sie mit Steinen beworfen, schlecht behandelt worden. In der Kolonie Kurdistan umherzureißen wird nun nicht mehr so einfach wie früher sein. Denn Kurdistan ist nicht mehr das alte Kurdistan. Vielleicht haben die Führer auf ihren Reisen verstanden, daß Kurdistan nicht mehr das alte Kurdistan ist.

Man kann auf zweierlei Weise an die kurdische Frage herangehen. Die erste kann als der Versuch bezeichnet werden, die Frage wirkungslos zu machen, ihr zunehmend die Wurzeln ausreißen. Dabei wird auch die Existenz der Kurden anerkannt und versucht, auf dem Weg winziger Verbesserungen sie hinzuhalten und abzulenken. Das ist eine den Interessen des kolonialistischen Staates entprechende Lösung. Und man kann unter Berücksichtigung der Interessen des kurdischen Volkes die Menschenrechte der Kurden ausweiten, vermehren, eine Lösung für die Kurden entwickeln. Das kurdische Volk weiß, daß die Führer der türkischen politischen Parteien der ersten Lösung entsprechend Anstrengungen unternehmen. Es hat dieses Bewußtsein erreicht. In diesem Sinne haben während der Reisen verschiedene Formen der Reaktionen hervorgebracht.

„Heute ist die wichtigste Kraft in Kurdistan, die Selbstvertrauen besitzt, Vertrauen in das Volk hat, ein unabhängiges Programm hat, politische Forderungen hat, den grundlegenden Widerspruch zum türkischen politischen System definiert, die Kräfte bestimmt, die eine Lösung dieses Widerspruches erreichen können und diese hervorzubringen versucht, die PKK"

Frage: *Was ist Ihrer Meinung nach die Substanz der kurdischen Frage? Könnten Sie uns Informationen über die Themen, die Sie in Ihren letzten Arbeiten behandelt haben, geben?*

Dr. Besikci: Es gibt zwei wichtige Aspekte der kurdischen Frage. Erstens die Lage, die die Teilung, Zersplitterung und Verteilung Kurdistans hervorgebracht hat. Die "teile und herrsche" Politik, ist natürlich die Politik des Imperialismus und des Kolonialismus. Was hingegen geteilt, zersplittert und verteilt ist, ist Kurdistan. Ist die kurdische Nation. Wie diese Politik geplant ist, wie sie praktiziert wird, was für Folgen sie mit sich bringt, kennen wir aus der Nähe. Es ist aber notwendig zum Ausdruck zu bringen, daß dies eine sehr ungerechte Politik ist.

Die kurdische Frage ist keine Minderheitenfrage. Die kurdische Frage ist eine Frage, die mit der Teilung, Zersplitterung, Verteilung Kurdistans und des kurdischen Volkes als Folge, der vom englischen und französischen Imperialismus mit den Kemalisten, den arabischen und persischen Monarchien betriebenen Zusammenarbeit und damit, daß das kurdische Volk dem Recht beraubt wird, einen unabhängigen Staat zu gründen, im Zusammenhang steht. Das ist die Seite dieser Frage, die mit dem Imperialismus und dem Kolonialismus zusammenhängt. Während des Verfahrens gegen die PKK in der Bundesrepublik Deutschland erfahren wir auch folgendes: Es existiert ein geheim entwickeltes Abkommen zwischen dem NATO-Bündnis und der Türkei bezüglich Kurdistan. Der PKK-Prozeß hat dieses geheime Abkommen aufgedeckt. Das war der Grund dafür, daß die demokratische deutsche Öffentlichkeit, die europäische und die Weltöffentlichkeit beginnt, die PKK und damit die Kurden ernsthafter zu betrachten. Die türkische Propaganda über die PKK ist durcheinandergeraten. Es hat sich klar erwiesen, daß die PKK keine terroristische, sondern eine Organisation ist, die einen nationalen Befreiungskampf führt. Die demokratisch-revolutionäre Weltöffentlichkeit verspürt das Bedürfnis genauere Informationen über Kurdistan zu bekommen.

Die zweite Front der Frage hängt mit Kurdistan, der kurdischen Nation zusammen; hängt mit den von der Teilung, Zerstückelung und Verteilung hervorgebrachten Konsequenzen zusammen. Daß in einer bestimmten Epoche der Geschichte eine Nation zum Ziel der teile- und- herrsche- Politik geworden ist, heißt, daß sie einen sehr großen Schlag erlitten hat. Die teile - und - herrsche Politik löst das Gehirn der Nation auf, zerstückelt sein Skelett. Eine Nation, die einen sol-

chen Schlag erlitten hat, würde sich nicht noch einmal aufraffen können. Sie bleibt, wie eine Leiche am Boden liegen.
Die kurdische Nation ist jedoch eine Nation im Mittleren Osten, deren Bevölkerung mehr als 30 Millionen Menschen zählt. Kurdistan ist ein Land, das fast 600 Tausend Quadratkilometer Boden umfaßt. Daß ein so großes Land, eine so viele Einwohner zählende Nation, überhaupt keinen politischen Status besitzt, nicht einmal Kolonie ist, seine Existenz, wie in der Türkei, geleugnet wird, ist eine Frage, die aufmerksam betrachtet werden muß. Schließlich gibt es Staaten auf der Welt, die 300-400 Tausend und die 40-50 Tausend Einwohner haben. Zum Beispiel haben Staaten wie die nahe der australischen Küste gelegenen Staaten Tavulu, Vanuata nicht einmal 10 Tausend Einwohner. Obwohl die Kurden ein großes Land und eine hohe Einwohnerzahl besitzen, sind sie eine Nation, die in unendlichem Maße herabgewürdigt, verächtlich gemacht, verachtet und dazu gebracht worden sind, sich selbst zu verraten. Die Gleichstellung der Kurden in der Türkei ist an die Bedingung der Verleugnung der nationalen Identität, also der wahren Identität, der kurdischen Identität geknüpft. Die kurdische Sprache, die kurdische Kultur wird außergewöhnlichen Ausmaß herabgewürdigt, verachtet. Seine Menschen sind, wie der PKK Generalsekretär Abdullah Öcalan oft bei verschiedenen Gelegenheiten betont, erniedrigtes Menschen, ist das kurdische Volk ein erniedrigtes Volk. Aber in Kurdistan, besonders in Nord-Kurdistan sehen wir auch, daß die Kurden in diesem auf sich selbst gestützten, sich ihnen als würdig erweisenden Prozeß, die ihnen zueigen gemachte Herabwürdigung, Würdelosigkeit überwinden. Genau das ist der Aspekt, der im Zusammenhang mit dem Thema der Kurdistanseite klargestellt werden muß. Die Vernichtung und Auflösung des Widerstands- und Aufstandsgeistes... Die Überwindung des unwürdigen Lebens... Die Einschüchterung einer Gesellschaft in einer herabgewürdigten, erniedrigten Lage... In den letzten Büchern habe ich versucht, einige Fragen zu stellen, die dazu dienen, eben diese Beziehungen zu erklären. Ich habe mich bemüht, die Beziehungen zwischen der Wissenschaft und der offiziellen Ideologie zu studieren. Ich habe versucht, die Gedanken, Einstellungen und Verhaltensweisen türkischer Universitätsprofessoren, der türkischen Presse, Schriftsteller, verfassungsmäßiger Institutionen im Zusammenhang mit der kurdischen Frage zu kritisieren. Ich habe mir auch Mühe gegeben, die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Kurdistan nach dem 15. August 1984 darzustellen.

* * *

EUROPÄISCHES PARLAMENT

16. Mai 1990

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht von
Herrn METTEN, Frau DURY und Herrn ROMEOS im Namen der Sozialistischen Fraktion
Herrn NEWTON DUNN im Namen der Fraktion der Europäischen Demokraten
Herrn VECCHI im Namen der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken
Herrn EPHREMIDIS im Namen der Fraktion der Koalition der Linken

anstelle der Entschliessungsanträge von:
- Frau DURY im Namen der Sozialistischen Fraktion (Dok. B3-963/90)
- Herrn ROMEOS und Herrn PAGOROPOULOS im Namen der Sozialistischen Fraktion (Dok. B3-964/90)
- Herrn ROMEOS im Namen der Sozialistischen Fraktion (Dok. B3-965/90)
- Herrn METTEN im Namen der Sozialistischen Fraktion (Dok. B3-967/90)
- Herrn VECCHI und Herrn PAPAYANAKIS im Namen der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken (B3-1020/90)
- Herrn EPHREMIDIS u.a. im Namen der Fraktion der Koalition der Linken (Dok. B3-1035/90)

zur Türkei

Das Europäische Parlament,

A. in der Erwägung, daß die Situation der Menschenrechte und der Minderheiten in der Türkei für die EG-Kommission ein maßgeblicher Grund dafür war, daß der EG-Beitrittsantrag der Türkei vorerst negativ beschieden wurde,

B. in der Erwägung, daß die größten Probleme mit den Menschenrechten in der Türkei dadurch bedingt sind, daß die Artikel des türkischen Strafgesetzbuchs, welche die Versammlungs- und Meinungsfreiheit einschränken, d.h. die Artikel 141, 142 und 163, angewendet werden,

C. in der Erwägung, daß in unzähligen aktuellen Berichten, wie z.B. von Amnesty International und Helsinki Watch, festgestellt wird, daß die Folterung von Häftlingen zur Erpressung von Geständnissen immer noch weit verbreitet ist,

D. in der Erwägung, daß die türkische Regierung zwar Anweisung gegeben hat, die Zeit der Isolierhaft in Polizeidienststellen, in der häufig Folterungen vorkommen, zu begrenzen, daß jedoch nicht alle Beamte des Justizvollzugs sich an diese Anweisung halten,

E. in der Erwägung, daß die türkische Regierung schon seit langen die Änderung oder Abschaffung der Artikel 141, 142 und 163 des Strafgesetzbuchs erwägt, daß sie dem türkischen Parlament bisher jedoch noch keinen formellen Vorschlag dafür vorgelegt hat,

F. in der Erwägung, daß das türkische Parlament offensichtlich auf die internationale Kritik an der Situation der Menschenrechte in der Türkei reagiert hat, indem es einen Parlamentsausschuß eingerichtet hat, der sich ausschließlich mit der Verbesserung der Menschenrechtssituation beschäftigen soll,

G. in der Erwägung, daß die türkische Regierung am 9. April 1990 einen Beschluß mit Gesetzeskraft verkündet hat, demzufolge unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus die Pressefreiheit erheblich eingeschränkt wurde und weiterhin Menschenrechtsverletzungen, wie das Verbot des Streikrechts, begangen und Ausweisungsmaßnahmen getroffen werden können,

H. in der Erwägung, daß der türkische Soziologe Ismail Besikci am 12. März 1990 wegen seines Buches verhaftet wurde, das den Titel trägt "Kurdistan: Eine zwischen Staaten geteilte Kolonie" und das wegen "separatistischer Propaganda" beschlagnahmt wurde,

I. beunruhigt darüber, daß bei den Kundgebungen am 1. Mai in Istanbul über 300 Demonstranten verhaftet wurden und die Ordnungskräfte die Arbeitnehmer, die überall in der Türkei demonstrierten, belästigt haben,

1. fordert die Aufhebung von Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches;

2. vertritt die Auffassung, daß eine Abschaffung der Isolierhaft von festgenommenen Personen der wichtigste Beitrag zur Beendigung der Folterpraxis in türkischen Polzeidienststellen sein und das Ansehen der Türkei in der Gemeinschaft und in der ganzen Welt beträchtlich verbessern kann;

3. verurteilt entschieden die blutigen Repressionen gegenüber den Demonstranten am 1. Mai und fordert die türkischen Behörden auf, das Verbot der Feier des Tags der Arbeit aufzuheben und die verhafteten Demonstranten freizulassen;

4. begrüßt die Freilassung von Kutlu und Sargin und hofft, daß dem türkischen Volk die Möglichkeit gegeben wird, bei den nächsten Wahlen selbst über das Schicksal der von ihnen geführten Kommunistischen Partei zu entscheiden;

5. hofft auf die baldige Freilassung von Ismail Besikci und all derjenigen, die friedlich von ihrer Meinungs- oder Versammlungsfreiheit Gebrauch gemacht haben ("Gewissensgefangene");

6. vertritt die Auffassung, daß nur die Anerkennung der politischen, sozialen und kulturellen Rechte der kurdischen Minderheit in der Türkei das Miteinander in den südöstlichen Provinzen ermöglicht; appelliert an die türkische Regierung, die Repression einzustellen und die friedliche Demonstration der kurdischen Identität nicht länger als strafbare Handlung anzusehen;

7. ist der Auffassung, daß der Regierungsbeschluß vom 9. April 1990, der den Menschenrechten widerspricht, unverzüglich aufgehoben werden muß;

8. verurteilt die Terrorakte

9. wünscht mit Nachdruck Fortschritte im Verhältnis der betroffenen Parteien, damit diese auf Gewalt verzichten und eine friedliche und demokratische Lösung des Problems der kurdischen Minderheit anstreben;

10. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der türkischen Regierung und dem türkischen Parlament zu übermitteln.

Sehr geehrte Abgeordnetinnen und Abgeordnete

Das kurdische Volk ist mit seinen 30 Millionen Menschen das größte Volk der Erde ohne eigenen Staat. Kurdistan ist zwischen vier Staaten aufgeteilt und nirgendwo werden die grundlegensten Rechte des kurdischen Volkes anerkannt. Im Gegenteil ist dieses leidgeprüfte Volk einer ständigen Vernichtungspolitik, durch Massaker, Deportationen und Assimilationen ausgesetzt.

In dem türkisch besetzten Teil unseres Landes führt der kolonialistische türkische Staat einen verbrecherischen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk. Mit den Beschlüssen des Ministerrates vom 9. April 1990 ist dieser Vernichtungsfeldzug weiter systematisiert worden. Während Kurdistan zur verbotenen Zone erklärt wurde, ist eine strikte Pressezensur eingeführt worden. Gleichzeitig ist die rechtliche Grundlage geschaffen worden, um hunderttausende von Menschen von ihren Wohngebieten zu deportieren. Uns haben gerade Nachrichten erreicht, wonach seit wenigen Tagen die Deportationen schon begonnen wurden. Ebenfalls verdichten sich die Hinweise, wonach die türkische Armee in begrenztem Ausmaß Giftgas eingesetzt habe.

Der Kampf des kurdischen Volkes ist ein gerechter und legitimer Kampf, der auf dem Boden der Prinzipien der Vereinten Nationen steht. Der Kampf des kurdischen Volkes ist ein Verteidigungskampf eines Volkes, daß einer blutigen, giftigen und weißen (durch Verleugnung und Assimilation) Vernichtung ausgesetzt ist. Der türkische Staat betreibt mit allen Mitteln eine üble Verleumdungskampagne, in dem es die führenden Kräfte dieses Kampfes, die PKK-ERNK-ARGK als "terrosistisch" und "gewaltsam" diskrediert. Wer terroristisch und gewaltorientiert ist, wird am besten deutlich, an der Tatsache, daß die letzten Beschlüsse unter der Lösung "Waffen gegen Waffen" stehen.

Die führenden Kräfte des kurdischen Widerstandes haben bewiesen, daß sie bestrebt sind eine politische Lösung zu finden. Der Führer des kurdischen Widerstandes, **der Generalsekretär der PKK Abdullah ÖCALAN** hat in einer Initiative **eine politische Lösung der kurdischen Frage durch die Schaffung von Bedingungen für eine freie politische Betätigung und Vertretung der Kurden und ihrer Organisationen vorgeschlagen, was die Voraussetzung für einen Waffenstillstand sein könne.** Desweiteren hat er **von der Möglichkeit und Bereitschaft zu politischen Gesprächen** gesprochen.

Wir, die unterzeichnenden kurdischen Organisationen unterstützen diesen konstruktiven Vorschlag und erklären, daß jedwede direkte oder indirekte Unterstützung des türkischen Staates, etwa durch die Übernahme von denselben Bezeichnungen für den kurdischen Widerstand, oder die Gleichsetzung des Kampfes des kurdischen Volkes mit dem barbarischen Staatsterror des türkischen Staates, die Türkei in ihrer gefährlichen und illegetimen Haltung bestärkt und die Basis eine Fortsetzung des Vernichtungskrieges gegen das kurdische Volk ist.

In diesem Sinne rufen wir Sie noch einmal mit Nachdruck dazu auf, Ihrer Rolle gerecht zu werden und den Terror des türkischen Staates zu verurteilen und die gerechte Sache des kurdischen Volkes zu unterstützen.

ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans), **YKWK-YXK-YJWK** (Union der patriotischen Arbeiter, Jugend und Frauen aus Kurdistan), **YRWK** (Union der patriotischen Intellektuellen aus Kurdistan), **Kurdistan-Komitees in Europa, Feyka-Kurdistan** (Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan), **HUNERKOM** (Verein der patriotischen Künstler aus Kurdistan)

17. Mai 1990

Schlußbericht der bundesdeutschen Delegation über die Reise nach Kurdistan (5-11. Mai 1990)

Wir sind trotz einer Warnung der bundesdeutschen Botschaft in Ankara nach Kurdistan gefahren.

Die Warnungen der deutschen Botschaft waren insofern berechtigt, als wir auf Schritt und Tritt von Polizei und Geheimdienst verfolgt und durch ständige Militärkontrollen belästigt wurden. Offene und freie Gespräche unserer Delegation mit Kandidaten der Kommunalwahl, mit Bürgermeistern, Gewerkschaftern und Rechtsanwälten waren kaum möglich. Sie wurden dadurch verhindert, daß die Polizei trotz unserer energischen Proteste darauf bestand, mit laufendem Tonband und bewaffnet anwesend zu sein.

Deshalb stellen wir fest:

Die Türkei ist ein Polizeistaat, Türkisch-Kurdistan ist ein besetztes Land.

Wir haben es selbst erfahren an der Art und Weise, wie Polizei und Geheimdienst mit uns umgegangen sind.

Betroffene und Augenzeugen haben uns berichtet von alltäglichem Terror, von systematischen Mißhandlungen. Folter und Mord durch Militär und Polizei. Weit über 1000 Dörfer wurden zerstört, ihre BewohnerInnen vertrieben. Gegen all das findet zur Zeit in den kurdischen Gebieten ein Volksaufstand statt.

Unmittelbarer Anlaß unserer Reise waren die Vorgänge in Nusaybin und Cizre und das daraufhin ergangene Dekret Nr. 413.

Wir mußten feststellen, daß die Freiheit der türkischen Presse bei der Berichterstattung über Vorgänge in Türkisch-Kurdistan im Würgegriff der staatlichen Zensur zu Grunde gegangen ist.

Das Aufrechterhalten der unumschränkten, unkontrollierten Terrorherrschaft der Militär- und Spezialeinheiten über das kurdische Volk steht weit außerhalb jedweder Verfassungsgrundsätze westlicher Demokratien.

Dort, wo das Dekret Nr. 413 gilt, ist eine gerichtliche Kontrolle von Maßnahmen der Armee. Polizei oder anderer Behörden vollkommen ausgeschlossen.

Wir anerkennen und unterstützen die mühsame Arbeit der kurdischen und türkischen Rechtsanwälte, die trotz dieser Bedingungen immer noch und immer wieder versuchen, Rechtsschutz für ihre Mandanten in einer Wüste von Willkür und Rechtlosigkeit zu finden.

Wir werden uns einsetzen für:

- den Stop jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die türkische Regierung
- die selbsverständliche Anerkennung der Existenz des kurdischen Volkes
- das Recht der Kurden auf eigene Kultur und Sprache, auf gesichertes Leben nach rechtsstaatlichen Prinzipien
- das Recht, in ihrem Land so zu leben, wie sie wollen, in nationaler Identität, mit dem Recht, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen

Gemeinsam mit kurdischen und türkischen Freunden erwägen wir einen Tourismusboykott

Istanbul, den 11.5.1990

Jutta Oesterle-Schwerin,
MdB, DIE GRÜNEN
Angelika Beer,
MdB, DIE GRÜNEN
Ilona Hepp,
Vorstand, AL Berlin
Alisa Fuss,
Vizepräsidentin, INTERNATIONALE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE
Eberhard Schultz,
RA, VERTEIDIGER IM DÜSSELDORFER PKK-VERFAHREN
Rainer Ahues,
RA, Vorstand, REPUBLIKANISCHER ANWÄLTINNEN- UND ANWÄLTE VEREIN

Antrag der Abgeordneten Frau Beer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Verbot der Lieferung von Kriegswaffen und Rüstungsgütern an die Türkei

Der Bundestag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

- jegliche NATO-Verteidigungshilfe und Rüstungshilfe an die Türkei einzustellen;
- jegliche allgemeine und besondere polizeiliche Ausstattungs- und Ausbildungshilfe für die türkische Polizei einzustellen;

Keine Aus- und Fortbildungs türkischer Polizeiangehöriger mehr bei Behörden des Bundes nicht mehr zuzulassen und der Innenministerkonferenz zu empfehlen, eine solche auch bei Behören der Länder nicht mehr zuzulassen;

Bundesdeutschen Firmen die Lieferung von Kriegswaffen und Rüstungsgütern jeder Art in die Türkei zu untersagen und die Firmen aufzufordern, kein Personal zu Ausbildungszwecken in die Türkei zu entsenden.

- Lieferungen von zivil und militärisch nutzbaren Gütern nur noch dann zuzulassen, wenn von türkischer Seite eindeutig nachgewiesen werden kann, daß diese Güter aussschließlich zivile Verwendung finden und nicht in andere Staaten weiter exportiert werden.

Begründung:

Die türkische Regierung und die türkischen Streitkräfte führen im eigenen Land Krieg gegen Teile der eigenen Bevölkerung, insbesondere gegen die KurdInnen und andere Minderheiten. Türkische Polizei und türkische Streitkräfte machen sich permanent schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig. Die Möglichkeit, daß aus der Bundesrepublik gelieferte Waffen, Rüstungsgüter und Ausstattungen und von bundesdeutscher Seite ausgebildetes Personal dabei eingesetzt werden, ist nicht auszuschließen.

Desgleichen hat sich herausgestellt, daß aus der Türkei militärisch verwendbare Güter bundesdeutscher Herkunft in den Irak und nach Südafrika weiter exportiert wurden, so daß auf diese Weise bundesdeutsche Exportbeschränkungen umgangen wurden. Mit den o.g. Maßnahmen würde die Bundesregierung die begrüßenswerte Initiative der österreichischen Regierung, die österreichischen Firmen die Lieferung von Kriegsgerät in die Türkei verboten hat, aufgreifen.

Frau Beer, ... und Fraktion Bonn, den 15.5.90

Ein Interview mit dem 42-jährigen Patriot Osman AKGÜN, der an unserem Volksaufstand von NUSAYBIN vom 15. bis 17. März teilnahm.

"Wir riefen Parolen für Kurdistan, für unsere Gefallenen, für unsere Fahne und für die Partei"

Kurdistan-Report: *Wie begann Ihr Aufstand? Wie kam das Volk zusammen? Wie entwickelten sich die Ereignisse?*

O. Akgün (42 Jahre alt, wohnt in Nusaybin) : Erst versammelten wir uns auf dem Friedhof Menzele Hacaca. Dieser Friedhof liegt auf der Seite der Stadt in Richtung Mardin in der Nähe des Grenzzauns. Er gilt als ein eigener Stadtteil.

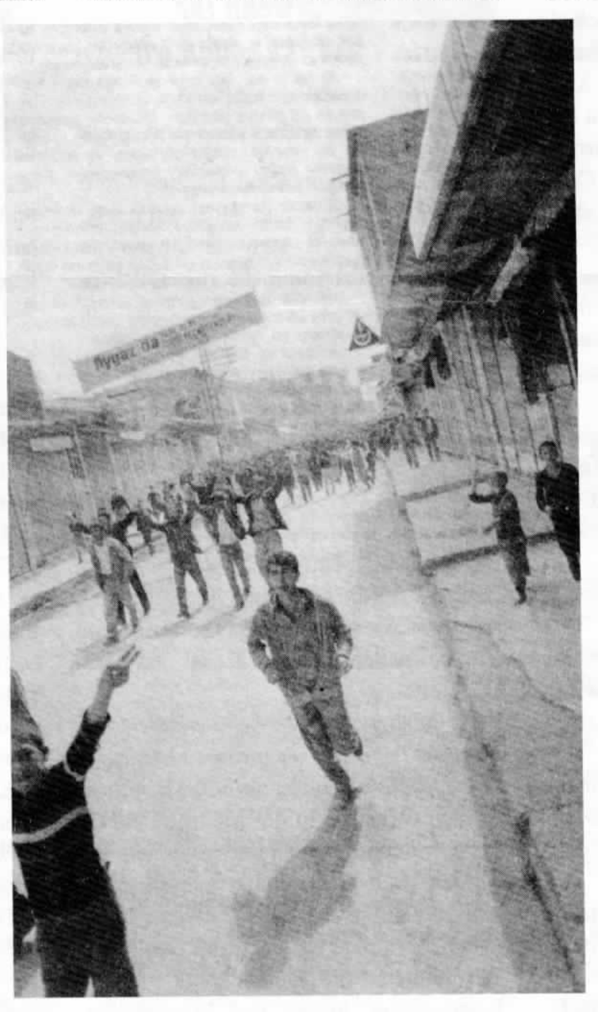
Als wir noch auf dem Friedhof ankamen, sahen wir, daß er von Soldaten und Panzern umstellt war. Die Soldaten waren voll ausgerüstet und schießbereit.

Als wir noch auf dem Friedhof waren, wollten die jungen Leute sofort mit dem Rufen von Parolen und mit der Demonstration anfangen, aber wir, die etwas älteren und die Alten, sagten: "Habt Geduld."

Nach dem Begräbnis kehrten wir in großen Gruppen zurück. Nun riefen wir Parolen. Wir waren tausende von Menschen. Die Sondereinheiten und die Soldaten begannen uns anzugreifen. Wir gingen dagegen an. Wir waren alle sehr wütend. Die Frauen legten uns Steine zurecht und wir warfen sie dann. Eine zeitlang hatten wir die Soldaten zurückgetrieben. Die Kämpfe hatten sich ohnehin nach Yeni Turan, Kehnika, Kisla usw., also in alle Stadtteile ausgebreitet. Die Stadt hat 70.000 Einwohner. Es gab niemanden, der sich nicht an den Kämpfen beteiligte.

Zwischendurch wurde vorgeschlagen, die Waffen herauszuholen und damit gegen die Soldaten zu kämpfen. Es wurde darüber diskutiert und einigte sich dann, es nicht zu tun. Denn wir dachten, noch steht Nusaybin allein. Wenn geschossen wird, geht es für uns schlecht aus. Nusaybin allein können sie noch zum Schweigen bringen.

K. Report: *Wer brachte den Vorschlag ein, und wer war dagegen? Wie habt ihr eure Entscheidungen getroffen?*



Volksaufstand in Nusaybin

O. Akgün: Alle zusammen. Jeder diskutierte mit. Es gab keine Möglichkeit Chaos zu stiften oder jemanden aufzuwiegeln. Wir haben überlegt, diskutiert und entschieden dann so schnell und solide, daß sich die Kämpfe eine zeitlang sehr verschärften. Die Frauen warfen mit Dachziegeln. Wenn wir keine Steine fanden, zogen wir uns die Schuhe aus und schlugen damit. Es war ein stundenlanges ineinander verflochtenes Kampfgetümmel. Es war eine richtige Schlacht.

K. Report: *Waren es viele Soldaten? Was taten die Panzer, die Hubschrauber, die Polizisten und die Sondereinheiten?*

O. Akgün: Es waren viele Soldaten. Anfangs ungefähr so viele wie wir. Die Polizisten von den Sondereinheiten waren mehr als 1500. Es gab drei Arten von Panzern. Die einen wurden "Panzer" (auch im Türkischen "Panzer", Anm. d. Ü.) genannt. Einige hatten lange Geschützrohre. Fünf Hubschrauber waren im Einsatz.

Die Hubschrauber machten Tiefflüge und leiteten die Einheiten und die Soldaten unten an. Die von den Sondereinheiten waren sehr schlimm. Sie liefen vorwärts und feuerten dabei diejenigen, die zwischen ihnen niedergefallen waren, ließen sie blutend liegen.

Ein Kommissar fiel uns in die Hände. Wir schlugen ihn mit unseren Fäusten zu Boden. Zwei Polizisten kamen ihm zu Hilfe. Auch sie wurden zu Boden geschlagen und ihr Blut floß in Strömen.

Es gab Soldaten und Offiziere, die sich in die Fahrzeuge flüchteten und vor Angst weinten.

K. Report: *Nun gut, und Tote von uns ..?*

O. Akgün: Sicher weiß ich einen der unseren, der gefallen ist: Semsettin CIFTCI. Erst verwundeten sie ihn am Fuß. Dann gingen sie zu ihm, nahmen ihn in ihre Mitte und schossen ihm in den Kopf. Es gab viele Schußverletzungen, bei mindestens 15 Personen.

K. Report: *Welche Parolen habt ihr gerufen?*

O. Akgün: Alle; wir riefen Parolen für Kurdistan, für unsere Gefallenen, für unsere Fahne, für die Partei, alles. Zum Beispiel: **"Es lebe Kurdistan!"**, **"Es lebe die PKK!"**, **"Es lebe die Unabhängigkeit!"**, **"Nieder mit der Türkei!"**, und so. Wir verfluchten den türkischen Staat, seine Armee, die Sondereinheiten, die Folter.

K. Report: *Beteiligten sich Leute von außerhalb Nusaybin's am Aufstand? Z.B. Bauern?*

O. Akgün: Aus den umliegenden Dörfern strömten die Menschen mit Minibussen, PKW's und Traktoren nach Nusaybin. Ganz Kurdistan war in Nusaybin. Es kamen sogar viele aus den Dörfern von Cizre. Aus Cizre kamen drei Busse voll mit unseren Leuten.

K. Report: *Kamen die Bauern, als ob sie in den Krieg zögen, oder als ob sie zu einem Fest gingen?*

O. Akgün: Beides. Als ob in Nusaybin Kurdistan befreit würde. Niemand hielt sich zurück.

K. Report: *Wurden denn die Straßen nicht abgesperrt?*

O. Akgün: Ja, aber es gelang den Soldaten nicht. Die eigentliche Blockade machten sie, als in Cizre der Aufstand begann. Da zogen sie ihre gesamten Kräfte zusammen, um die Straßen frei zu halten und die Städte voneinander zu isolieren. Denn wir hatten einen Bus nach Cizre zur Unterstützung geschickt. Schon als er die Stadt verließ, hielten sie ihn auf.

K. Report: *Ist während des Aufstandes überhaupt kein Angriff auf die Einrichtungen des kolonialistischen Staates verübt worden? Habt ihr nicht daran gedacht, diese anzugreifen?*

O. Akgün: Doch, wir haben daran gedacht. Wir marschierten zum Regierungsgebäude. Sie hatten sich darauf vorbereitet und das Gebäude mit Panzern und Soldaten abgesperrt.

K. Report: *Was war mit den Agenten und Spitzeln?*

O. Akgün: Die waren wie vom Erdboden verschluckt. Es gab für sie sowieso nichts zu tun. Das Volk stand der Armee gegenüber.

K. Report: *Gab es während der Zeit, als die Läden geschlossen waren, Vorkommnisse wie Diebstähle, Plünderungen, Schwarzmarkt usw?*

O. Akgün: Auf keinen Fall. Sie drohten uns, damit wir die Läden wieder öffneten. Niemand nahm das ernst. Es gab Brotknappheit. Die Stadtverwaltung brachte von Mardin Brot. Am Ende des vierten Tages des Aufstandes öffneten wir "auf Anweisung der Freunde" die Läden.

K. Report: *Wer waren die "Freunde"? Gab es eine Führung?*

O. Akgün: Wir sahen sie nicht, aber es gab sie. Und alle Beschlüsse wurden, wenn es hieß, sie kämen von den "Freunden", sofort akzeptiert. D.h., es gab die Freunde von der PKK. Sie waren die Führung des Aufstandes, und wir hatten uns erhoben für die Gefallenen der PKK.

K. Report: *Wieviele Tage dauerte der Aufstand an?*

O. Akgün: Am 15. und 16. März wurde ständig gekämpft. Am 17. März waren nur Kinder auf der Bildfläche. Sie hörten nicht auf. Wir konnten sie nicht aufhalten. Die Läden blieben vier Tage geschlossen. Aber die Demonstrationen hörten nicht auf. Als Cizre sich erhob, demonstrierten die Kinder und Jugendlichen wieder.

K. Report: *Können wir sagen, daß da die Kinder die Kommandanten des Aufstandes waren?*

"Auch wenn ihr uns tötet, kämpfen wir für unsere Rechte."

O. Akgün: Vom Kind bis zum Greis war jeder beim Aufstand. Jeder war mutig. Aber die Aktiven waren die Kinder von 10 bis 15 Jahren und die Jugendlichen. Insbesondere der 17. März war der Tag der Kinder.

K. Report: *Und die Frauen? Haben Sie die nicht vergessen?*

O. Akgün: Natürlich, die Frauen. Insbesondere die jungen Mädchen. "Heute ist unser Tag", "heute ist unser Ehrentag", "erhebe sich jeder", "schlagt den Feind nicht nur, vernichtet ihn" "seid ihr etwas Besseres, als die gefallenen Jugendlichen" riefen sie. Sie schmetterten ihre Trillerrufe. Sie ließen keinen Ziegel auf den Dächern.

K. Report: *Wurden viele verhaftet? Bei welchem Teil gab es die meisten Verfafteten?*

O. Akgün: Mindestens 500 Menschen wurden verhaftet. In der Mehrheit waren es Jugendliche, Jungen und Mädchen. Es wurden auch viele Kinder zwischen 10 und 13 Jahren verhaftet. Die Verhafteten teilten sie in zwei Gruppen auf. Den einen Teil bildeten die Kinder und Frauen, Jugendliche, Jungen und Männer den anderen Teil.

Sondereinheiten kamen in die Schulen und spritzten den Kindern Farbe auf die Hände. Auf diese Art versuchten sie festzustellen, ob sie Steine geworfen hatten oder nicht. Das führte zur Verhaftung von vielen Jugendlichen.

Die Verhafteten waren sehr mutig. Alle sagten: "Auch wenn ihr uns tötet, kämpfen wir für unsere Rechte." Es gab keine Angst. Sie waren sehr, sehr mutig.

K. Report: *Wie war die Haltung des Volkes zu den Verhafteten?*

O. Akgün: Wir haben gesagt, wir leisten Widerstand, solange unsere Verhafteten nicht freigelassen werden. Auch nachdem die Läden wieder geöffnet waren, behielten wir diese Haltung bei.

K. Report: *Habt ihr den Lärm der Solidaritätsdemonstration in Kamisli gehört?*

O. Akgün: Wir haben den Lärm und die gewaltige Kraft der Demonstration gehört. Die gehören auch zu uns. Wir haben mitbekommen, daß sie sich dem Grenzübergang genähert und dort eine halbe Stunde verweilt haben. Aber in den letzten Jahren ist der Grenzstreifen sehr verbreitert worden. Dazwischen waren die syrischen Soldaten und in großer Anzahl türkische Soldaten.

K. Report: *Was taten die Journalisten?*

O. Akgün: Sechs Fahrzeuge mit Journalisten waren gekommen. Ihnen allen wurden die Fotoapparate abgenommen und die Filme vernichtet. Wenn alle Aufnahmen, die gemacht worden sind, veröffentlicht worden wären, hätte die ganze Welt Abscheu empfunden.

Einem deutschen Journalisten wollten sie den Apparat wegnehmen. Er wehrte sich. Ein Typ von der Sondereinheit packte ihn bei den Haaren und zerrte ihn. Er schlug dem von der Sondereinheit so eine richtige Ohrfeige.

K. Report: *Wer alles kam in das Gebiet?*

O. Akgün: Es kamen fünf Abgeordnete. Ahmet Türk, Adnan Ekmen, der aus Bingöl ... sie wollten die Familien der gefallenen Kämpfer besuchen. Die Sondereinheiten gestatteten das nicht. Wir wollten wieder demonstrieren. Die Abgeordneten scheuten sich.

K. Report: *Kritisierte das Volk seine Fehler? Wie veränderten sich eure Gefühle nach dem Aufstand? Was waren die Forderungen des Volkes?*

O. Akgün: Wir alle hatten uns für die Gefallenen und für Kurdistan erhoben. Ob der Sohn von diesem oder jenem gefallen war, das war nicht wichtig. Jeder Gefallene war ein Kind Kurdistans.

Das war die Meinung von uns allen; wir müssen alle zusammenhalten, alle vorwärts gehen, alle aufrecht stehen und keinen Schritt zurückweichen. Außerdem wollten wir, daß die Guerilla aus den Bergen auch in den Städten aktiv wird.

Bis jetzt haben wir uns gefürchtet. Wir haben gezittert, wenn ein Soldat kam. Die Angst vor den Soldaten gibt es jetzt nicht mehr. Wir alle haben erlebt, daß wir alle uns erheben mußten. So war das Gefühl bei uns allen.

"Mit dem Feuer meines Körpers soll die NEWROZ-Fackel noch stärker brennen!"



Der nationale Befreiungskampf Kurdistans ist ein Kampf, der vom kurdischen Volk viele Opfer fordert. Und der Ausgang dieses Kampfes wird davon entschieden werden in wieweit es bereit ist, die Opfer zu geben. Die PKK hat vom ersten Tag ihres Wirkens an, nicht einen Moment gezögert, dieser Realität gerecht zu werden. Weit über 1000 Märtyrer säumen den Weg ihrer Entwicklung und ihres Kampfes und jedes dieses Opfer ist ein Meilenstein auf dem Weg in eine freie und glückliche Zukunft.

Diese Erkenntnis ist der Grund dafür, warum wir die Märtyrer in unserem Kampf nicht einfach als Verluste betrachten. Das Andenken der Märtyrer nimmt in unserer Geschichte, in unserem Kampf, in jedem Augenblick unseres Lebens einen wichtigen Platz ein. Der Generalsekretär der PKK, Genosse Abdullah Öcalan formuliert eben diese Tatsache, wenn er sagt: "Wir müssen die Märtyrer leben". In diesem Sinne möchten wir von Zeit zu Zeit einige unserer Märtyrer auch unseren Lesern näher bringen, da wir glauben, daß ein Verständnis für die Entwicklungen in Kurdistan nur dadurch möglich ist, daß auch sie, die wichtigsten Säulen unseres Kampfes, kennengelernt werden.

In dieser Ausgabe möchten wir eine unserer jüngsten Mätryrerinnen, das Symbol des Volkaufstandes im März dieses Jahres, Zekiye ALKAN, vorstellen.

Das Feuer spielt in der Geschichte des kurdischen Volkes, in allen Ebenen seiner Entwicklung eine wichtige, teilweise sogar zentrale Rolle. Schon in der Entstehungsphase des kurdischen Volkes, ist das Feuer ein zentraler Bestandteil der Mystik, der Religion und damit der Kultur. Feuer auf den Bergen, das ist das Symbol des kurdischen NEWROZ-Festes. Mit dem Feuer auf den Bergen wurde die frohe Botschaft von der ersten Befreiung der Kurden, im Jahre 612 v.u.Z. verkündet. Zu dieser Symbolik gehört noch heute, daß man zu Newroz Feuer in den Bergen anzündet und von dieser Feuerstelle aus brennende Räder in die Täler rollen läßt. Diese brennenden Räder tragen aus den Orten der Freiheit, den Bergen, das Symbol unserer Freiheit, das Feuer in die Täler.

"Man muß den Widerstand in Nusaybin begrüßen. Newroz braucht große Feuer, große Flammen! Das Newroz-Feuer muß mutig sein"

Auch in der modernen nationalen Befreiungsbewegung spielt diese Symbolik eine wichtige Rolle. Mazlum DOGAN zündete am 21.März 1982 drei selbstgemachte Streichhölzer an, und hielt seine historische Rede aus dem Fenster seiner Zelle, wofür er am selben Tage bestialisch ermordet wurde. Am 17. Mai 1982 sind es Ferhat KURTAY, Esref AYNAK, Mahmut ZENGIN und Necmi ÖNER, die im Kerker von Diyarbakir das Feuer anzünden und aus Protest gegen die Barbarei und als Zeichen des Widerstandes dagegen, sich selbst verbrennen. Die Namen und Daten der Kämpfer, die sich selbst

verbrannten, als ihre Munition zu Ende ging, sind nicht dokumentiert.

Mit den drei Streichhölzern **MAZLUMs** wird das Feuer des Widerstandes entzündet, die Flammen der VIER sind der Freudenbotschaft gleich, die einst in den Bergen von Medya den Sieg verkündeten über Despotie und Barbarei. Und die brennenden Kämpfer sind die Räder, die die Botschaft in die Täler tragen.

Gibt es genug Worte, um die Bedeutung dieser Aktionen zugenüge würdigen zu können?

Der Morgen des Newroz, der 21. März 1990 ist ein schöner, sonniger Tag in Diyarbakir, der Stadt am Tigris. Nahe den historischen schwarzen Stadtmauern breitet ein junges Mädchen ein Spruchband aus. Mit Benzin aus dem Kanister, den sie bei sich trägt, zieht sie einen Kreis, den Rest schüttet sie über ihren ganzen Körper.

Am Morgen des **21. März 1990** verbrennt sich die Medizinstudentin aus der Tigris-Universität, **ZEKIYE ALKAN**. Wir haben bisher wenig authentisches über Zekiye ALKAN. Was man weiß, ist, daß sie eine Sympathisantin der nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans unter der Führung der PKK gewesen ist. Sie hat den Volksaufstand in Kurdistan mit großer Sympathie verfolgt. Freunden gegenüber hat sie geäußert, daß man "den Widerstand in Nusaybin begrüßen muß".

Ihre Selbstverbrennungsaktion war eine Botschaft. Während der Aktion rief sie: *"Newroz braucht große Feuer, große Flammen! Das Newroz-Feuer muß mutig sein! Mit dem Feuer meines Körpers soll die Newroz-Fackel noch stärker brennen!"* Kurz vorher hatte sie an einer Kundgebung in der Tigris-Universität teilgenommen und die Aktion mit ihren Reden und Parolen geleitet.

Welche Bedeutung hat diese Aktion in unserem Kampf?

Eine politische Gefangene schreibt dazu: *"Eines unserer lieben Mädchen. Ihr Name ist es wert, sie der ganzen Welt bekannt zu machen. Aber sie wird keinen eigenen Namen haben. Sie ist nicht Zekiye ALKAN. Sie ist von nun an, das Feuer der kurdischen Herzen, das geliebte Mädchen Kurdistans. Sie trug das Feuer der Kerker, der Berge zum Tigris. Und der Tigris wird von nun ab in Flammen fließen bis nach Basra, und von dort die Ozeane erreichen. Von nun ab wird man an allen Küsten, aller Kontinente, wo die Wellen schlagen, die Wärme des Tigris spüren.*

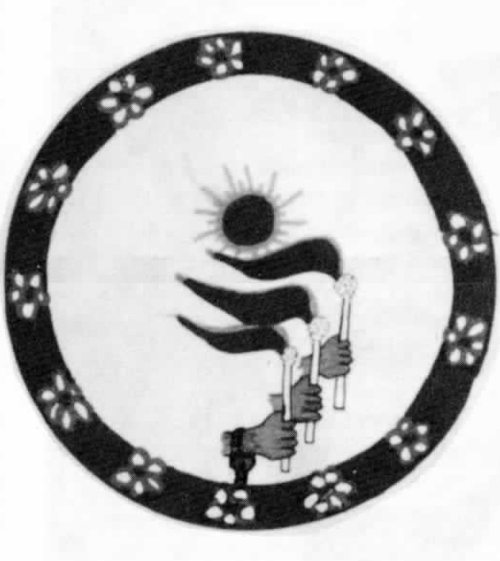
Eine schöne Begegnung mit Mazlum. Mazlum hat mit drei Streichhölzern aus dem Kerker die Berge in Brand gesteckt. Die Flammen der drei Streichhölzer haben die Guerilla geschaffen. Das war 1982. Es herrschte peschschwarze Dunkelheit. Der faschistische Kolonialismus hatte sich mit aller seiner Grausamkeit auf die Herzen geworfen. Die Herzen waren unterdrückt. Man versuchte die Menschen selbst dem Gefühl zu berauben, einen Hoffnungsschimmer zu finden. In der Dunkelheit reichte ein Licht, ein klitzekleiner Funken. Das erwartete man. Mazlum wurde die Fackel einer solchen Zeit.

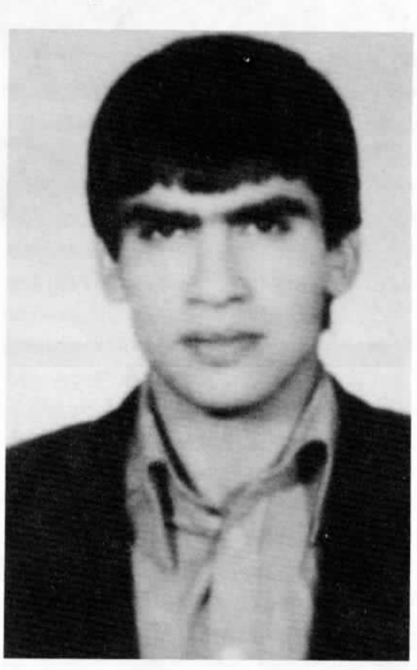
Das Jahr 1990! Die Berge gehören der Guerilla. Die Guerilla hat die Fackel von Mazlum bis in die Städte getragen. Das Licht ist keine Sehnsucht mehr. Das Licht ist in unseren Augen, in unseren Händen. Die Massen sind auf den Beinen. Die Kinder, Frauen, Alten, Jungen, Arbeiter, Arbeitslosen, Bauern, Händler, Schüler alle zusammen nun singen sie das Lied von Mazlum. Und ein Mädchen hat alle diese Stimmen mit ihrem Körper zur Fackel gemacht.

Das ist eine Liebe. Oder man muß besser sagen: Das ist die Liebe!



Zekiye ALKAN





Mazlum DOGAN

Jetzt sind sie Hand in Hand mit Mazlum. Und mit der Fackel in ihren Händen lächeln sie allen Jungen und Mädchen in Kurdistan zu.

Wie schreibt man Legenden?

...

Wenn in den Bergen eines Landes Freiheitslieder gesungen werden, wenn die Steppen eines Landes brennen, wenn in einem Land junge Mädchen die Parolen der Freiheit und Unabhängigkeit mit ihren Körpern in Brand stecken, dann bedeutet dies, daß dieses Land FREI ist!"

Zekiye ALKAN ist ein Symbol. Das Symbol des Volksaufstandes vom Frühjahr dieses Jahres!

Zekiye ALKAN erlag am 31. März d.J. ihren schweren Brandverletzungen und reihte sich damit in die Karawane der Unsterblichen ein. Wir verneigen uns in tiefer Ehrfurcht vor ihrem Andenken und verstehen ihre Botschaft als Direktive das Feuer weiter anzufachen!

Zusammenfassung aus dem Gespräch des Generalsekretärs der PKK, Abdullah ÖCALAN, mit einigen Verteidigern des "PKK - Prozesses" in Düsseldorf

Das Leben unseres Volkes wurde durch die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem türkischen Staat sehr negativ beeinflußt. Diese negativen Auswirkungen spüren wir auch heute noch.

Der Prozeß, der gegen uns in der BRD eröffnet wurde, legt diese Auswirkungen offen dar. In diesem Prozeß wird nicht nur der Versuch gemacht, einige Freunde zu verurteilen, sondern es geht darüber hinaus, unsere Bewegung und stellvertretend für sie unseren Kampf zu verurteilen. Es muß aber betont werden, daß wir dieses Vorgehen des bundesdeutschen Staates deutlich verurteilen. In dem genannten Prozeß geht es um eine Auseinandersetzung über die Hoffnungen und Interessen der Nationen, der Völker. Das ist der wahre Hindergrund dieses Prozesses.

Wir müssen wissen, daß das kurdische Volk in der Geschichte seit jeher als ein "Volk ohne Rechtsanwalt" bezeichnet wird. Dieser PKK-Prozeß wird Sie mit einer großen Anstrengung konfrontieren. Diese Entwicklung ist abzusehen. Und so werden auch Sie sich mit der Realität unseres Volkes, nämlich ein "Volk ohne Rechtsanwalt" zu sein, auseinandersetzen müssen. Vielleicht wird dies in Ihrem Leben nach Beendigung des Prozesses tiefe Spuren hinterlassen. Nun, heute entwickeln Sie eine Verteidigung gegen die Behauptungen und Anschuldigungen des Generalbundesanwalts. Welche Logik aber steht hinter diesem vom Generalbundesanwalt eröffneten Prozeß? Er versucht, den Prozeß als eine gewöhnliche "Aburteilung von Terroristen" darzustellen. Aber dieser Prozeß hat rein politischen Charakter, und dieses Merkmal soll beharrlich verdeckt werden. Wir wollen betonen, daß dieser Prozeß nichts mit den in der Anklage dargestellten Anschuldigungen zu tun hat, sondern eine reine Inszenierung ist. Der Prozeß selbst ist die schrittweise Umsetzung dieser Inszenierung. Aber solche Inszenierungen sind uns nicht fremd, wir kennen das schon aus dem Militärgericht von Diyarbakir. Die Entwicklungen führten uns zu diesem wahren Schluß.

Je mehr Sie sich in diese Sache einarbeiten, desto mehr werden Sie auch mit unserer Realität konfrontiert werden und Ihr Interesse wird sich sicherlich steigern. Unser Volk und unsere Partei haben eine äußerst interessante Vergangenheit. Liebe Freunde, es ist selbstverständlich, daß Sie als berufsmäßige Rechtsanwälte sich vor allem mit der juristischen Seite dieses



Prozesses beschäftigen. Dort sehen Sie den Bundesanwalt vor sich, und Ihre Mandaten stehen hinter Ihnen. Aber dieser Prozeß wurde weder von einem Bundesanwalt eröffnet, noch werden einige Personen verurteilt. Nein, das ist nur die äußere Fassade der ganzen Sache. Es handelt sich keineswegs um eine Initiative des Generalbundesanwalts; möglicherweise ist er sich dessen gar nicht einmal so bewußt; vielleicht glaubt er wirklich daran, daß er die Initiative in der Hand hat?! Es steckt aber Politik auf höchster Ebene dahinter. Diese Politik auf höchster Ebene verursacht Wellen, die die einfachen Menschen im täglichen Leben unbemerkt mit sich ziehen. Auch wenn das für Sie nicht zutreffen mag, wollen wir doch betonen, daß diese angebliche Initiative des Generalbundesanwalts tatsächlich Teil dieser Politik auf höchster Ebene ist. Geht es aber um Politik auf höchster Ebene, so wird die Frage, ob die deutsche Justiz Einfluß hat, natürlich überflüssig. Denn das Problem spielt sich nicht im Rahmen der deutschen Justiz ab. Dieser Prozeß sprengt nicht nur den Rahmen der deutschen Justiz, sondern wirkt weit über den deutschen Staat hinaus! Es ist Realität, daß der deutsche Staat eine wichtige Funktion darin hat, aber er handelt nicht selbständig. Wir sind mit einem gemeinsamen Angriff des Westens konfrontiert, noch deutlicher gesagt: wir sind mit einem Angriff der NATO konfrontiert. Der Staat, gegen den wir heute um unsere nationalen Rechte kämpfen, ist Mitglied der NATO. Die NATO betrachtet diesen Kampf als eine innere Angelegenheit und darüber hinaus als einen gegen sie gerichteten Angriff. In dieser Art setzt die Türkei das Thema auf die Tagesordnung. Sie sagt: *"Das Problem ist nicht nur mein Problem, es ist ein Problem der ganzen westlichen Welt. Da ich Teil des Westens bin, muß der Westen mich auch beschützen!"*

So versucht die TR den Befreiungskampf eines leidgeprüften Volkes, unseres Volkes, seitens der westlichen Allianz niederzumetzeln. Die Lage ist äußerst klar. Die TR zwingt all ihre Grausamkeit, Folter und Despotismus dem Westen auf. Andererseits aber kann sie ohne die Unterstützung des Westens sowieso nichts machen, weil sie dazu nicht die Kraft hat. Es scheint, daß der Westen diesbezüglich sehr wohlgesonnen ist. Denn es gibt gemeinsame Interessen. Was kann man da anderes erwarten? Liebe Freunde, lassen Sie mich betonen, daß angesichts solcher Interessen und einer Politik, die sich auf so miteinander verflochtene Interessen

stützt, die Menschenrechte und nationalen Rechte zu leeren Worten werden. Weder Justiz noch Recht existieren da. Darüber hinaus handelt es sich nicht um eine Frage der inneren Justiz, sondern es betrifft die internationale Justiz. Es geht

"In dem genannten Prozeß geht es um eine Auseinandersetzung über die Hoffnungen und Interessen der Nationen, der Völker. Das ist der wahre Hintergrund dieses Prozesses."

um das Selbstbestimmungsrecht einer Nation. Angeblich ist dies etwas, worüber die gesamte Menschheit eine einheitliche Meinung und gemeinsame Prinzipien entwickelt hat.

Ich möchte folgendes betonen: Die aktuellen Entwicklungen und Geschehnisse sind nur deshalb möglich, weil sich die TR maßgeblich auf die BRD stützen kann. Der Krieg, den die TR in Kurdistan führt, wird von der BRD unterstützt. In diesem Land werden die Menschen durch den Spezialkrieg unvorstellbaren Folterungen, Unterdrückung und Armut ausgesetzt. In den Dörfern werden sie willkürlich erschossen. Die Leichen werden nicht einmal mehr begraben, sondern zerstückelt auf Müllhalden geschmissen. Früher gab es Folterzentren in unserem Land, heute existieren sie nicht mehr: die Spezialeinheiten führen mit Hilfe von Foltermaschinen Operationen durch, die der Folter gleichkommen.

54 % unseres Volkes wurde in diesem Zeitraum sein Boden entrissen. Die Deportation wurde - so als reiche die Unterdrückung und Folter im Lande nicht aus - derart forciert, daß unsere Menschen jetzt nach Europa deportiert werden. In Europa wurden sie unterschiedlichen unterdrückenden Maßnahmen ausgesetzt. Früher wurden die Menschen zwangsweise deportiert. Das Mittel hierzu waren Massaker. Jetzt kommt die wirtschaftliche Unterdrückung hinzu. Unsere Menschen werden erst dem Hunger ausgesetzt, dann nach Europa transportiert und so von ihrem Boden entwurzelt. Schauen Sie sich die Statistiken an, die Zahl derjenigen Menschen, die aus Kurdistan nach Europa und vor allem in die BRD transportiert wurden, ist in erschreckendem Maße rapide gestiegen. All dies entwickelt sich mit der hundertprozentigen Zustimmung des bundesdeutschen Staates. Nehmen Sie die Behauptung der BRD, wir seien "terroristisch". Das ist die Sprache der TR. Nicht umsonst eignet sich die BRD dieselbe Sprache an. Damit verbunden macht sie sich auch den Vernichtungskrieg gegen unseren nationalen Befreiungskampf zu eigen. Der Imperialismus hat einen einfachen Weg gefunden, seine Haltung gegen nationale Befreiungsbewegungen in der Welt duchzusetzen: er stempelt sie als Terroristen ab. Das hat Tradition. Mit dieser Vorgehensweise wird versucht, internationales Recht auszuhebeln und Prinzipien, die auf der Grundlage des gemeinsamen Willens der Nationen entstanden sind, zu beschmutzen. Der Vorreiter dieser Methode ist die USA. Die gegen uns gerichtete Politik der BRD kann nicht losgelöst von der Politik der USA gesehen werden.

Die in Europa erstellten Vernichtungspläne gegen uns sind allerdings nicht neu. Wie gesagt, die USA war die führende Kraft! Was steckt denn hinter dem Mordfall Olof Palme? Die USA, und zwar Reagen'sche Politik. In erster Linie wollten sie Schweden gegen uns mobilisieren. Der Platz Schwedens auf internationaler Ebene ist bekannt. Man verfolgte das Ziel, uns mit Hilfe eines führenden Politikers,

"Die PKK ist in Europa, weil ein sehr bedeutender Teil ihres Volkes dort ist. Und das ist unser Recht, wo unser Volk ist, da werden auch wir sein. Wir sind eine Volksbewegung."

wie Olof Palme, der die Menschenrechte verteidigte, als Terroristen abzustempeln. Nicht umsonst wurden das versucht, denn es wäre ein geeigneter Ausgangspunkt für den Imperialismus gewesen, um einen Anti-PKK-Angriff zu starten. Palme aber widersetzte sich dieser Politik und war dabei auch erfolgreich. Das war der Grund, warum der Mord an Olof Palme geplant wurde. Es war nicht nur ein politischer Mord, der uns allen angelastet wurde. Auch andere Widersprüche spielten hierbei eine äußerst wichtige Rolle. Aber die Tatsache, daß die PKK beharrlich im Zusammenhang mit diesem Mordfall erwähnt wird, zeigt, daß ein schwerwiegendes Ziel gegen uns verfolgt wurde. Mit dem Versuch, uns für den Mordfall verantwortlich zu machen, verfolgen sie zwei wichtige Ziele: Zum einen wollten sie die Haltung gegen die PKK, die sie Olof Palme hatten aufzwingen wollen, durch den Mord an Palme sowohl dem schwedischen Staat, der schwedischen Öffentlichkeit als auch der ganzen Welt aufzwingen. Was für ein abschreckender Plan!

Liebe Freunde, ist es nicht so, daß der Imperialismus sich auf solch eine erschreckende Politik stützt, die sich durch politische Morde und Skandale ausdrückt?! Das geschieht alltäglich. Es ist bekannt, daß hinter den täglich hier und dort stattfindenden politischen Morden Geheimdienstorganisationen stecken. Ex-Mitglieder dieser Organisationen erzählen oft darüber, wie sie diese oder jene Anschläge durchgeführt haben. Die Weltliteratur bezeichnet dies dann als "Erinnerungen". Wir sind uns sicher, daß auch der Mordfall Olof Palme eines Tages ans Tageslicht gedrückt werden wird. Politisch gesehen sind die Drahtzieher schon heute aus dem Dunkel getreten. Und wie sie ebenfalls wissen, wurde trotz aller Bemühungen der schwedischen Polizei klar, daß wir nichts mit diesem Mordfall zu tun haben, sondern ihm mit Abscheu begegneten. Wir haben offen unsere Meinung dazu gesagt. Es gibt Erklärungen von uns, die sie nachlesen können.

Werte Freunde, was macht die PKK in Europa? Darüber braucht sich niemand den Kopf zu zerbrechen; die PKK ist in Europa, weil ein sehr bedeutender Teil ihres Volkes dort ist, und das ist unser Recht, wo unser Volk ist, da werden auch wir sein. Wir sind eine Volksbewegung. Wir haben keine Absicht, in irgendjemandes Land zu bleiben; im Gegenteil, wir versuchen, unser Volk dazu zu bewegen, in sein Land zurückzukehren. Wir haben uns in den Kampf geworfen, unserer Vaterlandslosigkeit, die der Grund dafür ist, daß wir als Flüchtlinge in anderen Ländern leben, ein Ende zu setzen. Was tun wir dem deutschen Recht, der deutschen Justiz für einen Abbruch? Bleibt noch, daß unsere Kampffront in unserem Lande ist, wir führen dort den Kampf; es gibt keinen Sinn, unseren Kampf auf Europa übergreifen zu lassen. Das ist etwas, das sich nicht mit unseren Zielen deckt. Das ist entschieden unsere Parteipolitik, und nichts anderes. Unsere Aktivitäten in Europa sind eine Reflexion dieser Politik unserer Partei.

Was sind unsere Aktivitäten in Deutschland? Uns vollkommen unserer Menschen anzunehmen, ihre kulturellen Be-

dürfnisse zu decken, sie zu organisieren, eine Gesamtheit als Volk herzustellen und zu bewahren. Das ist eine Volksverteidigung, die auf völlig demokratischen Bemühungen beruht. Es ist bekannt, was für einem kulturellen Angriff die schwachen Völker gegenüberstehen. Haben wir als Volk nicht das Recht, uns auf dieser Basis zu verteidigen? Natürlich haben wir es. Das ist es, was wir in Europa tun.

Ebenfalls versuchen wir, die Widersprüche in unserem Volke selbst, dem ziemlich übel mitgespielt worden ist und das durch Feindschaft auseinandergerissen ist, aufzuheben, die Streitsituationen zu beenden und in unserer Bewegung die Einheit unseres Volkes zu erreichen.

ziemlich. Wer das nicht weiß, wird den Herrn Staatsanwalt für jemanden halten, der die Demokratie inbrünstig liebt!

Werte Freunde, unsere Partei, unsere Parteibewegung ist die demokratischste Bewegung unter den bestehenden Bedingungen auf der Welt, die einzige demokratische Bewegung. Stellen Sie sich vor, wir sind eine Bewegung, die den Kampf eines Volkes, das tausend Jahre versklavt war und dessen jegliche Rechte, nationale und menschliche Werte unterdrückt worden sind, für Unabhängigkeit und Demokratie führt. Wir Kämpfen nicht für die Rechte einer Gruppe, für die Rechte von ein paar Menschen; wir kämpfen für die Rechte einer Volksgemeinschaft von zwanzig Millionen



Langer Protestmarsch gegen Kurdenprozess

Die Anklageschrift des Staatsanwaltes ist nicht auf der Logik aufgebaut, ein paar unserer Freunde zu bestrafen. Man will insgesamt unsere Partei, unser Volk verurteilen und abstempeln. Schauen Sie sich die Anklageschrift des Staatsanwaltes an, die PKK sei eine orthodoxe Organisation, sei nicht demokratisch, die Parteiführung praktiziere eine Diktatur! Ist die Absicht zu erkennen? Sie ist sehr wohl zu erkennen. Man geht mit dem Verständnis vor, sich auf jeden Fall in die Angelegenheiten der PKK einzumischen. "In der Partei wird keine Opposition erlaubt!" Warum interessiert sich der Herr Staatsanwalt so sehr für das Recht auf Opposition in unserer Partei? Will er auf jeden Fall aus unserer Partei heraus eine oppositionelle Gruppe bilden? Ganz zweifelslos beunruhigen den Staatsanwalt das beharrliche Bewahren der Existenz unserer Partei, das Bewahren ihrer Einheit,

Menschen. Stellen Sie sich vor, dieses Volk hat noch nicht einmal das Recht, sich seiner selbst anzunehmen, nicht das Recht, seine Sprache zu sprechen. Stellen Sie sich das Verbot der Sprache, des einzigen und notwendigen Mittels eines Menschen, sich selbst auszudrücken, vor! Wir führen den Befreiungskampf eines solchen Volkes. Können Sie sich auf der Welt einen demokratischeren Kampf vorstellen? Worauf beruht es, daß heute darüber diskutiert wird, ob man die Idendität unseres Volkes anerkennen und ihm verschiedene kulturelle Rechte geben soll oder nicht? Jedermann weiß, daß es ohne unseren Befreiungskampf eine solche Situation nicht gäbe. Das ist nicht das Ergebnis davon, daß sehr nette Staaten zusammengekommen sind und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Menschenrechte, wofür sie angeblich Garantie übernommen haben, in die Praxis umzusetzen. Nein, es ist eine Situation, in der vollkommen unser Kampf die ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Wir stürzen den Despotismus und entwickeln die Demokratie.

Die Partei zeigt unseren Menschen das Bewußtsein und den Weg, für ihre Rechte einzutreten. Es ist bekannt, daß Demokratie das Bewußtsein ist, für die Rechte einzutreten, und was wir tun ist nichts anderes, als

"Wenn der Staatsanwalt so sehr die Demokratie liebt, soll er doch auch gegen die Republik Türkei einen Prozeß eröffnen... Oder haben die das Privileg, daß sie einen Staat haben? Besteht die Schuld unseres Volkes darin, keinen Staat zu haben?"

die opferbereiteste Bemühung darum. Wir geben unseren Menschen das Wissen darüber, wie das Recht auf Verteidigung praktiziert wird.

Schauen und vergleichen Sie, wo begegnet Ihnen eine derart freie Frauenbewegung? In der Realität unserer Nation ist der Platz der Frau bestimmt, sie zählt noch nicht einmal als Mensch. Was tun wir? Wir sorgen dafür, daß sie sich selbst frei ausdrücken kann, wir lehren sie, für die Menschlichkeit einzutreten, und wir begnügen uns nicht damit; wir lehren sie, sich für die Gesellschft einuzusetzen und die Gesellschaft zu leiten, darum bemühen wir uns.

Wir verstehen die Demokratie so. Das ist auch das Richtige. Das Demokratieverständnis des Staatsanwaltes ist wohl, unserer Demokratiebewegung Schläge zu versetzen. Wenn der Staatsanwalt so sehr die Demokratie liebt, soll er doch auch gegen die Republik Türkei einen Prozeß eröffnen. Die Republik Türkei hat vom 12. September an bis jetzt hunderte von Menschen durch Folter ermordet, etliche Menschen aufhängen lassen, tausende von Menschen auf offener Straße erschossen. Sie erlaubt überhaupt keine Oppositionspartei. Die Republik Türkei hat heute die anti-demokratischsten Gesetze. Es gibt noch nicht einmal Meinungsfreiheit. Für unser fünfzehn Millionen starkes Volk besteht das Verbot der Sprache, das Verbot der Organisierung und das Verbot, für die eigene Identität einzutreten. Die Republik Türkei steht ganz vorn unter denen, die

das internationale Recht verletzen. Mißachtet sie nicht die gemeinsamen Erklärungen über die Menschenrechte, mißachtet sie nicht die Beschlüsse der Vereinten Nationen? Gibt es einen ungesetzlicheren, despotischeren, demokratiefeindlicheren Staat als die Republik Türkei? Der Herr Staatsanwalt möge um der Demokratie willen auch gegen die Republik Türkei einen Prozeß eröffnen, diese hat ihre Botschaften und ihre geheimen Beauftragten in Deutschland, welche in Deutschland das gleiche Verhalten fortführen,

"Wir kämpfen nicht für die Rechte einer Gruppe, für die Rechte von ein paar Menschen; wir kämpfen für die Rechte einer Volksgemeinschaft von 20 Millionen."

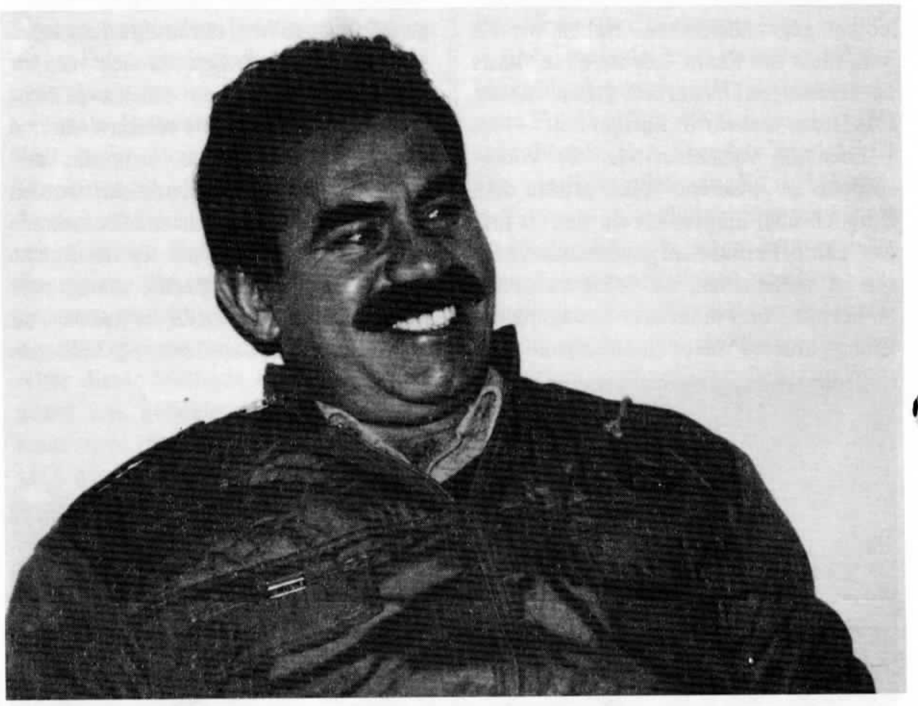
auch die mögen verurteilt werden. Oder haben die das Privileg, daß sie einen Staat haben? Besteht die Schuld unseres Volkes darin, keinen Staat zu haben?

Nein, das Ziel ist klar. Weder ist der Herr Staatsanwalt so sehr demokratieliebend, noch hat unsere Partei gegen das deutsche Recht verstoßen. Es handelt sich vollkommen um einen Angriff gegen die Existenz unseres Volkes, gegen die Existenz unserer Partei, die dafür kämpft, daß unser Volk als Volk Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie erlangt, und wir können diesen Angriff nicht ignorieren oder schweigend über uns ergehen lassen. Wir treffen uns gemäß unsere demokratischen Maßnahmen, das versteht sich, wir müssen sie treffen.

Sie sehen, werte Freunde, wir befinden uns einem extremen Angriff gegenüber. Es gibt einen einzigen Grund dafür: daß wir uns unseres Volkes annehmen, daß wir als Menschen unser Schicksal in die Hand nehmen. Das ist unsere Schuld.

Die Welt kann gegenüber den Befreiungsbemühungen, gegenüber dem Hilferuf eines unterdrückten Volkes nicht derart blind und taub sein und darf es nicht sein, glauben wir.

Schauen Sie sich die Verteidiger der Menschenrechte an, schauen Sie sich die Umweltbewegung an. Ist die Verhaftungsbewegung in Deutschland kein Verstoß gegen die Menschenrechte? Ist es nicht die Unterjochung eines Volkes? Wo ist denn der deutsche Demokrat? Warum schweigt die Umweltbewegung, die wegen eines Umweltverschmutzungsvorkommnisses oder wegen des Aussterbens irgendeiner Tierart derartige Anstrengungen unternimmt, gegenüber der Beschmutzung der menschlichen Werte, gegenüber dem Versuch, einen demokratischen Volkskampf aufzureiben direkt in ihrer Nähe?



Gegenüber dieser blinden, tauben Welt befindet sich unser Volk in einem Kampf auf Leben und Tod. Jetzt sagt auch die BRD, noch ein Schlag von mir! Nein, die Haltung der BRD dürfte nicht so sein. Geben Sie acht, wir erleben jetzt, daß über die Vereinigung von West- und Ostdeutschland sehr offen geredet wird. Die Deutschen sagen, als Volk haben wir sehr unter der Trennung gelitten. Ihr, die Ihr als Volk den Schmerz der Teilung so sehr erlebt habt, könnt und dürft gegenüber den Befreiungsbemühungen, dem Kampf unseres ebenso geteilten und versklavten Volkes nicht eine solche Haltung einnehmen.

Möge man wohl wissen, daß unsere

"Unser Wunsch ist Friede, Freundschaft und Solidarität zwischen den Völkern... die BRD sollte versuchen, die Freundschaft des kurdischen Volkes zu gewinnen."

Partei entschlossen ist, unser Volk zu einem Mitglied der Familie der unabhängigen Nationen zu machen und schließlich und endlich dieses Ziel erreichen wird. Das Volk Kurdistans, das auf die Unabhängigkeit zugeht, möchte jetzt schon mit den Völkern der ganzen Welt brüderliche Beziehungen anknüpfen. Wir glauben, daß Feindschaft zwischen den Völkern eine Haltung gegen Menschlichkeit ist. Niemand kann davon langfristig profitieren. Diese Tatsache gilt auch für die BRD. Wir glauben nicht, daß die Deutschen einen Vorteil davon haben, sich das kurdische Volk zum Feind zu machen; sie können keinen Vorteil davon haben. Im Gegenteil, die BRD sollte versuchen, die Freundschaft des kurdischen Volkes zu gewinnen. Denn das Gewicht der Rolle des Volkes eines unabhängigen Kurdistans in der Politik des zukünftigen Mittleren Ostens ist begreiflich.

Unser Wunsch ist Friede, Freundschaft und Solidarität zwischen den Völkern. Sagen wir es offen, unser Volk, das sein Schicksal durch die Kraft der Partei in die Hand genommen hat, hat die Kraft, jegliche Angriffe und politische Behinderungen zu vereiteln und zeigt das täglich. Wir erkennen nichts an, was die Unabhängigkeit dieses Volkes verhindern könnte. Solche Rechnungen werden keinerlei aufgehen.

Aber was wichtig ist, daß solche Dinge nicht geschehen, daß die Wege der Brüderlichkeit, der Solidarität, der Freundschaft zwischen den Völkern nicht auf diese Art verschlossen werden. Wir müssen verstehen, mit gesundem Menschenverstand zu handeln.

* * *

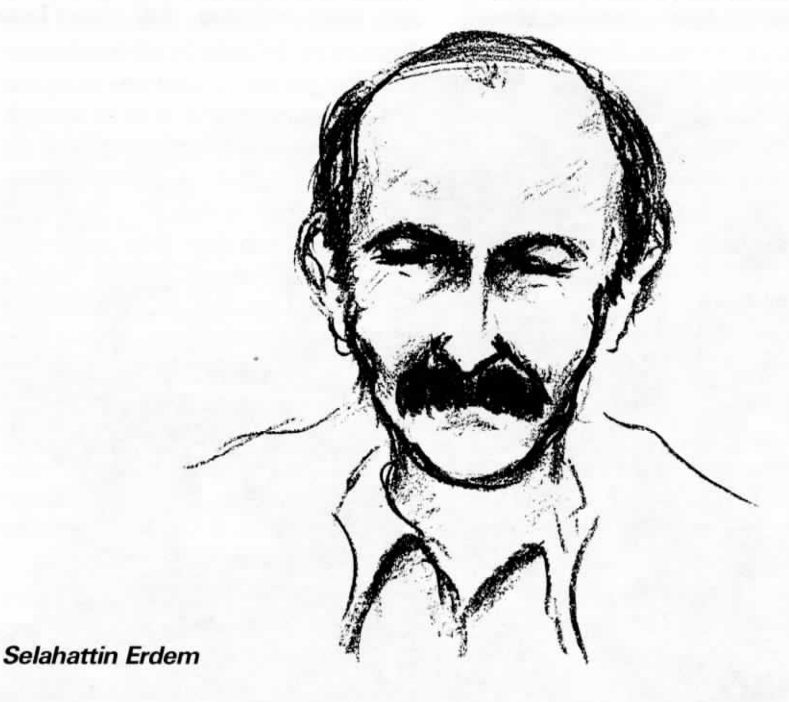
Hier veröffentlichen wir auszugsweise den Artikel von Selahattin Erdem über:

Ein Demokrat und Intellektueller in der BRD zu sein!

Im Mittelpunkt der Diskussionen der Öffentlichkeit in der Türkei befindet sich heute Kurdistan. Auch wenn die "deutschen Intellektuellen" die kemalistische Literatur bestens kennengelernt haben und gutheißen, so spricht die Öffentlichkeit der Türkei heute vom "kurdischen Volk" und von "Kurdistan" und diskutiert die Angelegenheit, indem sie die Dinge beim Namen nennt. Das Verhalten gegenüber dem Streben des Volkes von Kurdistan nach Freiheit und Gleichheit ist in der Türkei Maßstab dafür, ob man ein Intellektueller und Demokrat ist. Angesichts dieser Tatsache stellt sich die Frage, was die "Intellektuellen und Vertreter der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland", die noch nicht einmal in der Lage sind vom kurdischen Volk und von Kurdistan zu sprechen und die in ihrem Verhalten es vorziehen, diese Situation nur anzudeuten, was sie der Öffentlichkeit der Türkei geben können? Ist es nicht offensichtlich, daß dieses Verhalten nicht nur hinter dem Verhalten der Intellektuellen in der Türkei zurückbleibt, sondern auch dem der Führer kapitalistischer Staaten? Kann man mit solch einem Verhalten in Westdeutschland ein Intellektueller und Demokrat sein? Einige internationale Organisationen, die für sich in Anspruch nehmen die Menschenrechte zu verteidigen, schätzen die PKK negativ ein, weil diese mit allen Mitteln, einschließlich der Methode des bewaffneten Kampfes, Widerstand gegen den Völkermord des faschistischen türkischen Kolonialismus leistet, bewerten die PKK als eine Kraft, die angeblich die Menschenrechte verletzt. Der logische Rückkehrschluß ergibt, daß man den Völkermord gezwungen sei zu akzeptieren. Es wird deutlich, daß die "Intellektuellen und Vertreter der Öffenlichkeit der Bundesrepublik Deutschland" hiervon reichlich beeinflußt worden sind. Nun stellt sich die Frage, ob man ein Verteidiger der Menschenrechte sein kann, ohne sich gegen den Völkermord zu wenden und hiergegen Widerstand zu leisten? Es wird deutlich, daß in der Frage Kurdistans und des kurdischen Volkes man akzeptiert, daß diese kein Existenzrecht haben und auch nicht das Recht einen politischen Kampf zu führen. Hingegen gibt es selbst im Recht die Begriffe "Selbstverteidigung und gerechtfertigte Verteidigung". Und? Kann das kurdische Volk keines dieser Rechte für sich in Anspruch nehmen?

Heute ist davon die Rede, daß die Menschenrechte in der Türkei verletzt werden und daß es keine Demokratie gibt. Wer nun sind die wahren Verantwortlichen hierfür? Wer hat diese Struktur in der Türkei geschaffen? Von wem wurde die Diktatur des 12. September initiiert und woher nimmt sie ihre Kraft? Es ist nicht erforderlich allzu viel zu diesem Thema zu schreiben, denn jedem ist die diesbezügliche Rolle der NATO bestens bekannt. Z.B. erklärt Evren, der Chef des Faschismus vom 12. September, in der Zeitung Cumhuriyet vom 6. März 1990: "Nach der Intervention wurden wir von den USA, England und Deutschland unterstützt. Ihre Botschafter sind zu mir gekommen. Sie erklärten: "Wir sind Länder, die gegen militärische Interventionen und gegen Militärregime sind. Aber dieses Mal finden wir kein Wort, das wir sagen könnten. Es gab nichts (mehr; Ergänzung d. Übers.), was hätte getan werden können." So offensichtlich sind die Realitäten. Wenn dies schon geagt wird, dann ist es nicht schwierig sich vorzustellen, wie die Realitäten sind, die nicht zur Sprache gebracht werden.

Die Öffentlichkeit in der Türkei ihrerseits kennt die Realitäten viel weitergehender und bringt diese zur Sprache, führt einen breiten Massenkampf. Es ist nicht richtig sie als so sehr rückschrittlich anzusehen. Die Öffentlichkeit in der Türkei erwartet von den Intellektuellen und den Vertreter der Öffentlichkeit in der BRD auf keinen Fall das, was diese in ihrer kurzen Erklärung zu sagen hatten. Im Gegenteil: Sie erwartet, daß erklärt wird, wie stark man gegen die westlichen Staaten (vor allem den bundesdeutschen Staat) kämpft, die den türkischen und kurdischen Völkern die faschistische Diktatur übergestülpt haben und die eine aktive Unterstützung dabei leisten, daß diese faschistische Diktatur überlebt. Sie erwartet, daß erklärt wird wie weit man diese Staaten gezwungen hat bei der Unterstützung der faschistischen Diktatur Zugeständnisse zu machen, sie möchte hören,



Selahattin Erdem

wie weit man diese Staaten entlarvt hat, die unter dem Deckmantel westlicher Demokratien faschistisch-militärische Regime überall in die Welt exportieren. Solidarität zwischen den Völkern, den Intellektuellen, den demokratischen Kräften kann nur dieser Art gestaltet sein und verwirklicht werden, wenn sie wahrhaftig sein soll. Alles andere wird nicht mehr sein können als Geschwätz.

"Die deutschen Intellektuellen und Vertreter der Öffentlichkeit" fordern zu Recht die Aufhebung der Artikel 141 und 142. Diese Forderungen sind gut, sie reichen aber für eine Demokratie nicht aus. Auch wenn diese (Artikel; Ergänzung durch den Übersetzer) abgeschafft sind, so gibt es in der Türkei Dutzende von Gesetzartikeln, die deren Funktion erfüllen. Die demokratische Öffentlichkeit der Türkei stellt viel weitergehende Forderungen, ihr Demokratieverständnis unterscheidet sich erheblich und ist weitergehend. Aus diesem Grund ist diese Forderung ziemlich unzureichend und bleibt zurück, auch wenn sie richtig ist. Hinzu kommt, daß nicht Worte sondern das praktische Verhalten und der Kampf beweisen können, wie weit man in seinen Forderungen konsequent ist. Nun gut, mögen die Artikeln 141 und 142 aufgehoben werden, was ist mit dem Artikel 129a des deutschen Strafgesetzes! Welchen Unterschied gibt es hier? Werden Menschen auf Grund des 129a nicht wegen ihrer Überzeugungen bestraft? Hinzu kommt, daß man versucht diesen Artikel auch gegenüber politischen Flüchtlingen und Organisationen in Ländern außerhalb Deutschlands anzuwenden. Da gibt es das Düsseldorfer PKK-Verfahren, das man der ganzen Welt gegenüber als "Verfahren des Jahrhunderts" vorstellt. Nun gut, was ist nun das Verhalten "der deutschen Intellektuellen und Vertreter der Öffentlichkeit" gegenüber diesem Verfahren? Inwieweit wenden sie sich gegen ein solches Verfahren und in welchem Maße kämpfen sie hiergegen an? Man möge nicht den Unsinn des Regimes über "Terrorismus" ins Feld führen. Hier zielt man darauf ab, den nationalen Befreiungskampf eines Volkes zu verurteilen und zu ersticken, Menschen werden auf Grund ihrer Aussagen und Schriften, auf Grund ihrer Geschichten und Gedichte jahrelang im Gefängnis festgehalten. Die Tatsache, daß man im Rahmen einer solchen Erklärung auf all das nicht mit einem einzigen Wort eingeht, ist in der Tat ein unverständliches Verhalten. Welchen Wert hat es, daß jene, die sich gegenüber konkreten und auf eigenem Gebiet stattfindenden Ereignissen nicht verhalten, daß diese Leute Stellung beziehen zu Ereignissen, die sich in viel weiter entfernten Regionen abspielen? Kann so Seriosität und Glaubwürdigkeit erreicht werden?



Internationalistischer Block auf einer Demo in Köln

Ein Intellektueller und Demokrat zu sein bedeutet, daß man innerhalb der Ordnung, in der man lebt, politische Risiken auf sich nimmt. Ein Intellektueller ist jemand, der die gesellschaftliche und politische Ordnung, in der er lebt, kritisiert und weitergehende, neue Gedanken entwickelt. Diese Entwicklung berührt die Interessen der Herrschenden, und aus diesem Grund bedingt sie die Inkaufnahme von Risiken. Ein Demokrat ist jemand, der den Mut hat die gesellschaftliche und politische Ordnung, in der er lebt, im fortschrittlichen Sinne zu verändern, und der sich in diesem Sinne einsetzt. Auch dies bedeutet gegenüber der herrschenden Ordnung politische Risiken in Kauf zu nehmen. Nur so kann man ein Intellektueller und ein Demokrat sein. Ein Verhalten, das die bestehenden Verhältnisse, in denen man lebt, so akzeptiert wie sie sind, und diese nicht tangiert, ein solches Verhalten kann nicht als intellektuell und demokratisch bezeichnet werden.

Wir sind eine Kraft, die am meisten diesbezüglich Kritik übt und in diesem Sinne einen Kampf führt, insofern kann es nicht Thema sein, daß wir hier abseits stehen bleiben, solange wir keine Ergebnisse erzielt haben. Aber es sind Deutschland und die westlichen Staaten, die an diesen Maßnahmen und im allgemeinen am Faschismus teilhaben und sie unterstützen. Die Verantwortung, die die westlichen Staaten für die aktuelle Situation in der Türkei und in Kurdistan tragen, ist ziemlich groß. Damit die antidemokratischen Maßnahmen in der Türkei und der Faschismus ein Ende nehmen, ist es erforderlich und unausweichlich gegen dieses Verhalten der westlichen Staaten und gegen ihre Politik zu kämpfen. Und dies ist vor allem eine Aufgabe der intellektuellen und demokratischen Kräfte in Deutschland und im Westen. Solidarität mit den Volksmassen und der demokratischen Öffentlichkeit in der Türkei kann nur auf Grundlage eines solchen Kampfes erreicht werden. Nur wenn man den Kampf derart umfassend entwickelt und verwirklicht, ist es möglich Ergebnisse im gewollten Sinne zu erreichen.

Solidarität zwischen den Völkern, den Intellektuellen und demokratischen Kräften bedeutet jene reaktionäre Front, die von Brüssel-Washington-Bonn bis zum Regime des 12. Septembers und von dort bis zu den "Dorfschützern" in Kurdistan reicht, zu bekämpfen, und innerhalb dieses Kampfes Partnerschaften im Kampf zu schaffen. Laßt uns in diesem Sinne unsere Solidarität schaffen! Laßt uns in diesem Sinne unsere Kraft vereinigen!

12. März 1990

DIE KURDISCHE SPRACHE UND EINIGE IHRER BESONDERHEITEN

Fortsetzung der letzten Ausgabe

Sprache, Erziehung und Kultur

Die herrschende Erziehung und Kultur in Kurdistan dient den kolonialistischen herrschenden Nationen und ist auch eine solche. Diese auf der Grundlage des türkischen, arabischen oder persischen Nationalismus entwickelte kolonialistische Erziehungs- und Kulturpolitik ist gegen die nationalen kurdischen Realitäten gerichtet und versucht, diese zu vernichten und das Individuum von seiner Arbeit, seinem Volk und seinem Land durch eine chauvinistische Politik zu entfremden. Diese auf der Grundlage des Nationalismus entwickelte kolonialistische Erziehungs- und Kulturpolitik besitzt in Kurdistan große finanzielle und institutionelle Möglichkeiten und hat über die denkenden Teile des kurdischen Volkes eine große Macht errichtet. Mit dieser Politik wird versucht, den im sozialen, ökonomischen und politischen Bereich ohnehin bestehenden Kolonialismus dahingehend zu vervollständigen, daß er auch in die Gehirne und Verhaltensweisen der Kurden eindringen soll.

Da die kurdische Kultur und Sprache nicht auf politischer, ökonomischer oder institutioneller Ebene gestützt wurde, konnte sie sich nicht entwickeln, obwohl sie in einem langen geschichtlichen Zeitraum aus den Werten vieler Völker entstanden ist. In den Schulen versucht man von Anfang an, die kurdischen Menschen mit der Geschichte, der Sprache, der Literatur und der Kunst der jeweils herrschenden Nation zu infiltrieren und damit im chauvinistischen Rahmen das Ideal "einer einzigen Nation mit einer einzigen Sprache" zu verwirklichen. Die mit der Erziehung befaßten Institutionen haben mit dem Ziel der Identitätsvernichtung ihre Netze ausgelegt. Ihre Aufgabe besteht ausschließlich darin, die Assimilation umzusetzen. Der durch die Sprache der herrschenden Nation betriebene Erziehungs- und Kulturkolonialismus hat über der kurdischen Sprache und Kultur einen gnadenlosen Unterdrückungsmechanismus errichtet. Die Lektüre und das Schreiben der kurdischen Sprache, die Untersuchung der kurdischen Geschichte sowie die Verbreitung kurdischer Kunst und Literatur ist insbesondere im Norden absolut verboten. Unsere reichhaltige in der tausendjährigen Geschichte unseres Volkes als kultureller Wert entstandene Musik und die Vielfalt unserer Folklore, die die Anerkennung der Völker der Welt findet, wird von den Kolonialisten als ihre eigene ausgegeben, während bereits die kleinste Sendung kurdischer Musik verboten ist. Es gibt in allen Sprachen Musiksendungen, aber den zwanzig Millionen Kurden wird nicht erlaubt, ihre eigene Sprache und ihre eigene Kunst zu entfalten. Diejenigen, die die Auffassung vertreten, daß Sprache und Kultur ohne nationale Befreiung befreit werden können und analog dazu die "Erziehung auf Kurdisch" unter der kolonialistischen Hegemonie fordern, sind Reaktionäre , denn es besteht noch nicht einmal die Möglichkeit, eine Grundschule zu errichten, in der die kurdische Sprache zu einer Schriftsprache entwickelt werden könnte. Trotzdem muß kurdisch gelernt und der Kampf darum geführt werden, es zu einer Schriftsprache zu entwickeln, auch wenn dies nur im individuellen Rahmen geschehen kann, und überall wo die Bedingungen es zulassen, muß kurdisch gesprochen werden. Es ist nicht falsch, kurdisch zu lernen und es in eine Schriftsprache umzusetzen, sondern falsch ist es, die Ansicht zu vertreten, man könne unter den Bedingungen des kolonialistischen Systems einen "Schulunterricht auf Kurdisch" fordern.

Wenn die nationale Unabhängigkeit erreicht ist, wird man die finanziellen, institutionellen und personellen Möglichkeiten besitzen, kurdisch rasch zu entwickeln. Die kurdische Sprache wird als Mittel der Kommunikation und Kultur ihren Platz unter den Sprachen der Welt einnehmen. Die unter den heute herrschenden Grenzen im Land mit ihrem chaotischen und anachronistischen Strukturen bestehenden Aktivitäten hinsichtlich von Weltöffentlichkeit werden dadurch, daß sie ohne Berücksichtigung der gesamten nationalen Werte und konkreten Problemen des kurdischen Volkes durchgeführt werden, unvollständig bleiben müssen. Aber es reicht nicht aus, diese Unvollständigkeit mit den Auswirkungen der rassistischen und repressiven Politik, die die Grundlage der herrschenden Klasse ausmacht, erklären zu wollen. Neben diesem maßgeblichen Einfluß muß man einen weiteren Faktor, nämlich die Gleichgültigkeit gegenüber den kurdischen Problemen, in Betracht ziehen. Natürlich ist der Zwang, der von der herrschenden Klasse ausgeübt wird, ihre Verbote und Tabus schlimm, aber noch schlimmer ist es, diese oktroyierten Bedingungen zu akzeptieren. In unserem heutigen Zeitalter versuchen die herrschenden Klassen der herrschenden Nationen eine große Nation mit ihrer Sprache, Kultur und Geschichte zu verleugnen und zu vernichten. Da alle Aktivitäten, die kurdische Sprache und Kultur zu entwickeln, von den Behörden gewaltsam verboten wurden, blieben die diesbezüglichen Aktivitäten bisher im Rahmen individueller Anstrengungen und Aktivitäten. Im Gegensatz zu dem, was die kolonialistische herrschende Klasse behauptet, wird das Ergebnis unserer Arbeit beweisen, daß die kurdische Sprache ein ausdrucksvolle Schriftsprache mit einem reichhaltigen und lyrischen Stil ist.

Bekanntlich wird die kurdische Sprache in der heutigen Zeit gnadenlos unterdrückt. Wegen dieser seit alters her andauernden Unterdrückung gibt es in der Struktur der kurdischen Sprache einige fremde Wörter und Ausdrücke. Dies kann jedoch nicht die Eigenständigkeit der kurdische Sprache in Abrede stellen. Aufgrund der technischen Entwicklungen beeinflussen sich heute alle Sprachen gegenseitig. Abgesehen von einigen Wörtern, die von anderen Völkern in die kurdischen Sprache eingeflossen sind, hat der Umstand, daß Kurdistan nicht frei und unabhängig ist, dazu geführt, daß die kurdische Sprache in den verschiedenen Landsteilen Unterschiede aufweist. Besonders dort, wo die Assimilation weit vorangeschritten ist, ist eine kosmopolitische Sprache entstanden. In Ost - Kurdistan wird propagiert, daß Kurdisch ein Dialekt des Persischen (Farsi) sei, und andauernd wird der Versuch unternommen, die Kurden zu assimilieren. Die

kurdische Sprache wurde ständig verboten. Auch die Umsetzung der kurdischen Sprache in eine Schriftsprache wird verhindert. Nord-Kurdistan reichen die Assimilierungsversuche bis in die Zeit der Seldschuken zurück und dauern bis heute an. Seit Bestehen der Türkischen Republik wurde die Assimilationspolitik verschärft vorangetrieben. Die Existenz des kurdischen Volkes wurde restlos verleugnet. Abgesehen davon, daß die kurdische Sprache als Schriftsprache verboten wurde, wurde sie auch als Umgangssprache verboten, und diejenigen, die sie sprachen, bestraft. Diese Situation dauert bis heute an und verschärft sich zunehmend.

In Süd-Kurdistan sind die Kurden bis auf den heutigen Tag durch den Einfluß der Religion der Gefahr der Arabisierung ausgesetzt, wobei die Araber ebenfalls den Gebrauch der kurdischen Sprache verbieten. Diese Politik konnte sich zwar nicht durchsetzen, aber man kann auch nicht behaupten, daß sie erfolglos gewesen wäre. Insbesondere unter den Kurden, die in bestimmten Bereichen der Grenzregionen leben und türkisch, arabisch oder persich gelernt haben, gibt es solche, die sogar ihre Identität als Kurden verleugnen.

Die kolonialistischen Staaten, die bei ihren Bemühungen, die kurdische Sprache zu vernichten, alle internationalen Abkommen mit Füßen treten, setzen ihre diesbezügliche Bestrebungen mit aller Macht fort. Trotz alledem konnten sie die kurdische Sprache weder zerstören noch konnten sie verhindern, daß sie eine unabhängige Sprache geblieben ist.

In der letzten Zeit, wurde die Arbeit in der Weise entwickelt, daß die kurdische Sprache von den kurdischen Intellektuellen als Schriftsprache entwickelt wird. Diese Entwicklung ist für den Zustand der kurdischen Sprache eine positive Entwicklung.

Wie wird die kurdische Sprache geschrieben?

In der vorislamischen Zeit hatten die Kurden ein eigenes spezielles Alphabet. Dies können heute noch einige Intellektuelle, die Anhänger der kurdischen Yezidi - Religion sind, lesen und schreiben. Abgesehen von der historischen Bedeutung gibt es heute keinen Grund mehr, an diesem einfachen Alphabet festzuhalten. Das Nord - Kurmanci wird heutzutage in lateinischen Buchstaben geschrieben. Dabei dienen die Systeme des Alphabets der Slawen, Deutschen und Armenier als Grundlage.

Nach der Oktoberrevolution wurde Kurdisch in der Sowjetunion etwa zehn Jahre lang in lateinischen Buchstaben geschrieben und gelesen. Später wurde dies aufgegeben und statt dessen die kiryllische Schreibweise übertragen. Heutzutage wird dort unter Führung Prof. Qanade Kurdos und anderer Kurdologen das lateinische Alphabet wieder eingeführt. Die Kurden aus dem irakisch und iranisch besetzten Teil Kurdistans benutzen das arabische Alphabet. Für die Einführung des lateinischen Alphabets war Celadet Bedirxan maßgebend, während das kiryllische Alphabet in der Sowjetunion von einem Kollektiv eingeführt wurde und die Einführung des arabischen Alphabets unter der Federführung Eli Heriri vorgenommen wurde. Erstmalig wurde Kurdisch als Schriftsprache in arabischen Buchstaben von Eli Hereri und in lateinischer von Celat Bedirxan eingeführt.

Heute wird das lateinische Alphabet in drei Lesarten angewandt: Erstens die Bedirxan-Schule, zweitens die Sowjetische-Schule und drittens die unabhängige Schule. Nach dem Tod Celadet Bedirxans wurde die am weitesten verbreitete Schule von Kamran Bedirxan, Osman Sebri und Nurettin Zaza fortgeführt. Da die Schule Prof. Qanade Kurdos lediglich die Dialekte aus Kars und Agri behandelt, ist sie für das gesamte Kurmanci nicht umfassend genug.

* * *

DOKUMENT: Beschlußnummer KHK / 413 (Verfügung mit Gesetzeskraft)

Der Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten, gestützt auf Artikel 121 der Verfassung und Artikel 4 des Gesetzes Nr. 2935, zusammenkam, hat am 09.04.1990 beschlossen bei den Artikeln das Gesetz über den Ausnahmezustand Nummer 2935 und der Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 285 über die Entscheidungsbefugnisse des Gouvernements für die im Ausnahmezustand betreffend einige Änderungen vorzunehmen.

Artikel 1- Dem §11 Absatz e des Gesetzes über den Ausnahmezustand Nummer 2935 vom 25.10.1983 wird folgender zusätzlicher Absatz angefügt:

"Gegen alle Druckerzeuge, die zur ernsthaften Störungen der öffentlichen Ordnung in der Region führen, in dem sie die Aktivitäten in der Region falsch wiedergeben, oder unwahre Nachrichten und Kommentare verbreiten, oder die Bevölkerung in der Region aufregen, oder so gefaßt sind, daß die Sicherheitskräfte bei der erforderlichen Ausführung ihrer Aufgaben behindert werden, kann vom Innenministerium auf Wunsch des Gouvernements für die Gebiete im Ausnahmezustand, ohne Rücksicht darauf, ob sie innerhalb oder ausserhalb der Region gedruckt wurden, die oben genannten Maßnahmen treffen und falls nötig die Druckereien, die diese drucken, schließen."

Artikel 2- Dem § 11 Absatz k des Gesetzes Nummer 2935 wird folgender zusätzlicher Absatz hinzugefügt:

"Personen, die zum Schaden der allgemeinen Sicherheit und öffentlichen Ordnung Aktivitäten betreiben, können bei Bedarf, nach dem Ermessen des Gouverneurs für den Ausnahmezustand, und der Region entfernt werden, wobei der Zeitraum des Ausnahmezustandes nicht überschritten werden darf, und sind verpflichtet sich an dem Ort aufzuhalten, der vom Innenministerium bestimmt wird. (Bei Bedarf kann den Betroffenen eine finanzielle Unterstützung aus dem Fond für Entwicklung und Unterstützung gewähren. Die Voraussetzungen dafür werden vom Innenministerium bestimmt.

Artikel 3- Der Absatz ö des § 11 in dem Gesetz Nummer 2935 wird wie folgt geändert:

"ö- (Dem Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand steht zu d.Ü.) Gewerkschaftliche Aktivitäten, wie Streiks, die Durchführung des Rechts auf Aussperrung, Willensbekundungen, Volksentscheide zu verbieten oder an eine Genehmigung zu binden.

Aktionen wie Zerstörungen, Plünderungen, Besetzungen, Blokaden, Boykotts, Verlangsamung der Arbeit, Einschränkung der Arbeitsfreiheit und Schließung der Betriebe können verboten, verhindert, oder vorgebeugt werden."

Artikel 4- Der § 33 des Gesetzes

Nummer 2935 wird einschließlich der Überschrift wie folgt geändert:

"Rechtliche Unanfechtbarkeit

§ 33- Mit diesem Gesetz können im Zusammenhang mit der verwaltungstechnischen Anwendung der vom Innenministerium und den Gouverneuren zugestandenen Kompotenzen keine rechtlichen Schritten von den Justizinstanzen unternommen werden."

Artikel 5- Der Zusatzartikel 1 des Gesetzes Nummer 2935 wird wie folgt geändert und um folgenden Artikel ergänzt: "Zusatzartikel 1- Für Straftäter im Zusammenhang mit Verbrechen nach § 125 des türkischen Strafgesetzbuch (Separatismus d.Ü.), die Aktionen nach § 169 desselben Gesetzes (Unterstützung von separatistischen Umtrieben d.Ü.) duchführen, wird Strafmaß nach § 169 um das doppelte erhöht.

Zusatzartikel 2- Der Betrag des Schadenersatzes für Personen, die im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten in der Region im Ausnahmezustand und den benachbarten Provinzen von Publikationen, ohne Unterschied ob sie innerhalb oder ausserhalb der Region gedruckt wurden, in ihren Persönlichkeitsrechten angegriffen wurden und infolge eines Antrages auf moralische Entschädigung nach den Bestimmungen des türkischen Zivilrechtes und des Schuldenrechts zum Erhalt eines Schadenersatzes verurteilt wurden, beträgt nicht weniger als 90% des Verkaufserlöses."

Bei Publikationen, die periodisch erscheinen, wenn die Erscheinungsform weniger als ein Monat ist, vom durchschnittlichen Verkaufserlös des Vormonats, wenn die Erscheinungsform monatlich oder längerfristig ist, vom Gesamterlös der letzten verkauften Auflage, bei Druckerzeugnissen, die nicht periodisch erscheinen, vom durchschnittlichen Verkaufserlös der auflagenstärksten Tageszeitung in einem Monat.

Zusatzartikel 3- Beim Tatbestand des Vergehens der Beleidigung, die in § 480 des türkischen StGB genannt sind, durch die Verbreitung von Falschmeldungen, Nachrichten, Ereignissen, Fotokopien, und Dokumenten und bei der Verbreitung von allen Arten von Ereignissen und Dokumenten in willkürlicher Form in der Region im Ausnahmezustand und den benachbarten Provinzen, können den Tätern zusätzlich zu den in § 480 genannten Strafen, schwere Geldstrafen in Höhe von 30 bis 100 Milionen TL verhängt werden. Wenn dieses Vergehen durch ein Periodika begangen wird, die in Artikel 3 des Pressegesetzes Nummer 5680 genannt sind, werden auch die Inhaber mit einer schweren Geldstrafe bestraft, die bis zu 90% des Verkaufserlöses betragen kann. Wenn die Erscheinungsform dieser Publikationen weniger als einen Monat beträgt, vom durchschnittlichen Monatserlös des Vormonats, wenn die Erscheinungsform monatlich oder längerfristig ist, vom Gesamterlös der letzten verkauften Auflage. Allerdings darf diese Strafe nicht unter 30 Millionen TL betragen. Für die verantwortlichen Redakteure gelten die Hälfte der Strafen, wie für die Inhaber.

Die Anwendung dieses Gesetzes ist gebunden an eine eigenständige Anzeige in jedem Einzelfall. Wenn keine Anzeige vorliegt, wird die Unwahrheit vom Amts wegen nicht ermittelt. Die Anzeige in diesem Punkt muß in der in § 480 türkischen StGB vorgesehenen Frist erstattet werden.

Wenn die Vergehen durch Beleidigung, wie sie in §§ 158, 159 und 268 des türkischen StGB stehen, in derselben Form wie im ersten und zweiten Absatz begangen wurden, werden die Täter, die in diesen Artikeln genannt sind, nach den Strafmaßen, wie sie in den obigen Absätzen benannt sind, bestraft.

Wenn der § 481 des türk. StGB angewendet wird, findet die Anwendung dieser Gesetze nicht statt.

Zusatzartikel 4- Bei Sendungen mit Bezug auf die Region im Ausnahmezustand oder Sendungen, die diese Region beeinflussen können, ist die Generaldirektion der Türkischen Radio- und Fernsehgesellschaft (TRT - d.Ü.) dazu verpflichtet, sich mit dem Innenministerium und dem Generalsekretäriat des Nationalen Sicherheitsrates zu koordinieren und zusammenzuarbeiten.

Zusatzartikel 5- Der Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand beantragt bei Straftaten, die in die Aufgabenbereiche der Staatssicherheitsgerichte (DGM, d.Ü.) fallen, die Eröffnung von Verfahren in öffentlicher Klage und diese werden von den Staatsanwaltschaften bei den Staatssicherheitsgerichten geführt.

Artikel 6- Die Ziffer g im zweiten Absatz im Artikel 4 der Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 285 vom 10.7.1987 über das Geltungsrecht des Gouvernements für die Gebiete im Ausnahmezustand wird wie folgt geändert:

"g) Der Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand kann von den zuständigen Einrichtungen und Institutionen verlangen, daß Personen im öffentlichen Dienst, deren Tätigkeit für die Sicherheit, Ruhe und öffentliche Ordnung in den Provinzen seines Aufgabensbereichs bedenklich gehalten werden oder von deren Dienst man keinen Gebrauch machen kann, versetzt werden, oder zeitweise, oder ganz ausserhalb ihres Aufgabenbereichs eingesetzt werden. Diese Anträge werden unverzüglich bewilligt. Hinsichtlich diesem Personal werden die Bestimmungen ihrer eigenen Gesetze angewendet."

Artikel 7- Der Ziffer h des Absatz 2 im Artikel 4 der Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 285 werden folgende Unterziffern angefügt:

"Alle, die sich in diesem Gebiet aufhalten können auf Wunsch innerhalb und außerhalb der Region im Ausnahmezustand umgesiedelt werden. Desweiteren kann ihnen eine Arbeit zugeteilt werden. Zu diesem Zweck wurden die in dem Zusatzverzeichnis genannten Kader benannt und dem Innenministerium unterstellt. Bei Bedarf können diese Personen vom Innenministerium, ohne die Hierarchie zu ändern, durch gemeinschaftlichen Beschluß diesen Kadern zugeteilt werden, in dem ihre Klassifizierung, Betitelung und Gradierung geändert wird. Das Innenministerium ist berechtigt, diesen Kader um 25% zu erhöhen. Für jene mit Arbeiterstatus unter den Umgesiedelten, werden höchstens 40.000 Arbeitsplätze geschaffen und dem Innenministerium unterstellt.

Bei den Umsiedlungen gelten die Bestimmungen des Umsiedlungsgesetzes Nummer 2510"

Artikel 8- Die Stelle, in dem Artikel 5 der Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 285 und dem geänderten Artikel 5 der Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 287 vom 24.07.1987, wo "30%" steht, wird als "40%" geändert.

Artikel 9- Der Artikel 7 der Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 285 wird einschließlich der Überschrift wie folgt geändert:

"**Artikel 7-** Unanfechtbarkeit

Gegen diese Verfügung mit Gesetzeskraft und die verwaltungstechnische Anwendung der anerkannten Befugnisse durch den Innenminister, die Zuständigen im Innenministerium, den Gouvernuer für die Gebiete im Ausnahmezustand und die anderen betreffenden Personen ist eine Klage vor den Rechtsintanzen nicht möglich."

Artikel 10- Die Verfügung mit Gesetzeskraft tritt mit dem Datum ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Artikel 11- Die Entscheidung dieser Verfügung mit Gesetzeskraft trifft der Ministerrat.

(Übersetzt v. Kurdistan-Komitee, Köln)

Im folgenden veröffentlichen wir einen Artikel über die Kosten der TR für den Sicherheitsbereich, den wir der türkischen Zeitschrift 2000'e Dogru vom 31.12.1989 entnommen haben.

Die Türkei - ein Blasebalg für die Inflation

- Der Haushalt 1990 sieht ungefähr 1 Trillion TL (ca. 700 Mio. DM) für Ausgaben im militärischen Bereich für den Südosten vor.

- Während Schulen in diesem Gebiet geschlossen werden, sind 177 neue Militärkomplexe eingerichtet worden.

- Die Ausgaben für Gefängnisse betragen 35 Mrd. TL (ca 2,5 Mio DM)

- Durch eine Zunahme der Aktivitäten der Armee werden die Ausgaben noch steigen.

Der Haushalt 1990, der als der schlechteste in der Geschichte der TR angesehen wird, wird innerhalb diesen Jahres ein Defizit von 10 Trillionen TL ausweisen.

Für 10 neue Gefängnisse, die im Südosten vorgesehen sind, betragen die Kosten 35 Mrd. TL. Die Ausgaben für die Dorfschützer betragen jährlich 60 Mrd. TL. Die Kosten für die Errichtung 60 neuer Gendarmeriestationen beliefen sich seit 1987 auf 11 Mrd. TL.

In diesem unter dem Ausnahmezustand stehenden Gebiet beträgt das Analphabetentum fast 50%. Während die Zahl der Krankenbetten auf 10.000 Einwohner in der Türkei bei 21 liegt, beläuft sie sich im Südosten auf 5. Die Summe der Investitionen im Südosten beträgt 4% der Investitionen in der gesamten Türkei.

Die Ausgaben für Sicherheit im Südosten gliedern sich auf 4 Bereiche. Zuerst das seit 1985 bestehende Dorfschützersystem. Deren Zahl betrug bis 1987 5000. Danach erhöhte sie sich 1988 auf 12.000 und 1989 auf 30.000. Damit hat sich die Summe der Gehälter für Dorfbeschützer seit 1985 auf ca. 150 Mrd. TL erhöht.

Zusätzlich werden die Dorfbeschützer mit Schuhen, Parkas, Hemden etc. versorgt. Medikamente und ärztliche Versorgung sind für sie kostenlos, und für 220 Mio. TL wurden 112 Häuser für sie gebaut. Die Gesamtzahl der an Dorfschützer ausgegebenen Waffen ist nicht bekannt. Anfangs bekamen sie ihre Waffen im Bereich von 13 Provinzen vom Verteidigungsministerium und vom Amt für Sicherheit und Polizeiwesen zugeteilt. Als dies nicht mehr ausreichte, wurden 1989 für 500 Mio. TL noch 2749 Maschinenpistolen über das MKE (die staatliche Maschinen-Chemie-Industrie) besorgt.

Der größte Teil der 4000 Gendarmerieeinheiten ist im Südosten stationiert. Als der Etat von 130 Mrd. TL jährlich 1986 nicht mehr ausreichte, wurde er um 9 Mrd. TL erhöht. Wovon 2 Mrd. TL vom MKE für die Errichtung von Gebäuden für die Gendarmerie-Kommandos bereitgestellt wurden. 1987 wurde das Budget der Gendarmerie abermals um 34% erhöht. In diesem Jahr, das als Jahr der Neuorganisierung bezeichnet wurde, wurden viele Gendarmerieeinheiten zu Spezialteams umgebildet. Neue Kommando-Verbände wurden in Nazimiye, Kigi, Ceylanpinar und Bitlis aufgestellt. Im nördlichen Teil des Südostens wurden 70 neue Gendarmerie-Truppen stationiert und 32 zusätzliche Posten eingerichtet. Im gleichen Jahr wird die Gendarmerie mit Funkanlagen von der PTT (der staatlichen Post-Telefon-Gesellschaft) und Computeranlagen ausgerüstet. Im Jahre 1987 werden für die Gendarmerie insgesamt 800 Funkgeräte, 615 Nachtsichtfeldstecher, 300 kugelsichere Westen, 9000 Gasmasken, 150 Handscheinwerfer, 900 militärische Kompasse und 5000 Signalraketen gekauft.

1988 waren 62% der 265 Mrd. TL, die der Gendarmerie zur Verfügung standen, für den Südosten bestimmt. Um die Gendarmerie neu zu strukturieren, wird eine 'Spezial-Gendarmerie' wiederbelebt, die eigentlich 1963 abgeschafft worden war. Außerdem werden zwei neue Gendarmerie-Ausbildungszentren in Ankara und Emirdag eröffnet. Die Zahl der Ausbildungsplätze in den bestehenden Ausbildungseinrichtungen wird erhöht. Das Budget der Gendarmerie steigt 1989 um 57% auf ca. 135 Mrd. TL. Von diesem Geld werden für 38 Mrd. Panzerwagen, Hubschrauber und Infrarotnachtsichtgeräte gekauft. Das Infrarotkamera-Nachtsicht-System wird erstmals 1990 flächendeckend zur Beobachtung aller möglichen Guerilla-Aktivitäten eingesetzt werden.

Das Budget der Gendarmerie-Kommandos beträgt für 1990 878 Mrd. TL.

Das technische Sicherheitssystem wurde 1985 eingeführt. Die westdeutsche Firma Friedrich Gappel wurde beauftragt, in Erzurum - mit türkischer Beteiligung - elektrischen Stacheldraht zur Sicherung der Grenze zu produzieren. 3 Mrd. TL wurden für dieses Projekt bewilligt. Das Projekt wurde von der TEK (Türkische Elektrizitätswerke) und dem Amt für Dorfangelegenheiten unterstützt.

Die im Bau befindlichen Gefängnisse im Südosten sind:

Bitlis - 4,71 Mrd. TL
Bingöl - 2,55 Mrd. TL
Mardin 1,89 Mrd. TL
Beytussebap (Hakkari) - 375 Mio. TL.
Savsat (Artvin) - 467 Mio. TL.
Siirt - 7,85 Mrd. TL
Mus - 3,975 Mrd. TL
Batman (Siirt) - 3,12 Mrd. TL.

Angesichts der Inflation müssen diese Kosten 30% höher angesetzt werden.

Der Supergouverneur hat zuerst im Jahre 1988 ein Anwachsen des Budgets des Innenministeriums um 342% verursacht. Aber auch andere staatliche Einrichtungen haben Kosten bei seiner Einrichtung übernommen. So hat die Stiftung der türkischen Polizei 150 Landrover zur Verfügung gestellt. Für die Einrichtung einer polizeilichen Lufttransportflotte wurden 6 Flugzeughallen mit entsprechenden Treibstoffdepots errichtet. Außerdem wurden 256 qkm Land für den Bau von Landebahnen verstaatlicht.

Das Amt für die Lufttransportflotte chartert hierfür probeweise 5 Hubschrauber, 3 BK 117, 1 NA 60/A und 1 2A 330d-Hubschrauber. Die Kosten dafür betragen monatlich für 90 Betriebsstunden 73.000 DM, 680.000 Francs und 700.000 Dollar, zahlbar an MBB (deutsch), Euro-Special (französisch) und Socie (USA). Nach einer Probezeit wurden 4 Hubschrauber für 80 Mio. Francs von der Firma Euro-Special gekauft. Der Spezialgouverneur H. Kozakcioglu teilte mit, daß er damit über 60 Hubschrauber verfüge. 1990 wird der Anteil des Supergouverneurs am Haushalt 49 Mrd. betragen, und der Kauf von Hubschraubern wird fortgesetzt werden. Die Gehälter der Spezialteams im Osten betragen monatlich über 1,5 Mio. TL. Der Staat, der die Krise im Südosten militärisch zu beantworten versucht, verschärft damit seine ökonomische Krise.

Schritt für Schritt Kurdistan

III

ÇEWLIK

Ansiedlung und Bevölkerungsverteilung:
Fläche: 8.319 km^2
Bevölkerungszahl: 213.707
Bevölkerungsdichte pro km^2 = 27
Landkreise: Genc, Karliova, Salhan, Kigi
Zahl der Dörfer: 328
Höhenlage über dem Meeresspiegel: 1125m

Die Niederlassungen in unserer Region Bingöl sind meistens am Berghang oder Gewässerrand gelegen. Der größte Teil der Bevölkerung lebt auf dem Land; in besiedelten Gebieten ist die Bevölkerungsdichte gering. Außer in Bingöl trifft man kaum bewohntes gebiet, das eine Bevölkerungszahl über 10.000 erreicht. Aufgrund dieser Bevölkerungsverteilung ist hier die Entwicklung von Städten ziemlich zurückgeblieben.

Da Bingöl eine steile und gebirgige Oberfläche hat, ist die landwirtschaftliche Produktion sehr gering. Auch die vielen dicht bewaldeten Berge sind ein Hindernis für die landwirtschaftliche Entwicklung. Aufgrund dieser geographischen Bedingungen strömt die Bevölkerung aus den ländlichen Gebieten ins Zentrum nach Bingöl, wo sich die Menschen am Stadtrand ansiedeln. Da Viehzucht hier den Hauptlebensunterhalt darstellt, ist die Zahl der Arbeitslosen sehr hoch. Die herrschende Arbeitslosigkeit ist daran zu erkennen, daß die vielen Cafehäuser im Stadtzentrum von Menschenmassen gefüllt sind.

Bingöl ist in Nordwest-Kurdistan eine der Regionen mit der größten Anzahl an Auswanderern.

Die 1970 in Bingöl begonnene Auswanderungswelle weitete sich über die türkische Grenzen bis nach ganz Europa und Asien aus. Das wichtigste Auswanderungsland ist die BRD. Vor allem nach dem Militärputsch am 12. September 1980 nahm die Auswanderung zu. Die Auswanderung, die sich nach Europa ausweitete, ist auch irgendwie etwas Besonderes geworden: Fast von jeder Familie sind ein paar Mitglieder nach Europa ausgewandert.

Bingöl ist von der Einwohnerzahl her gesehen, eine kleine Stadt in Nordwest-Kurdistan, hat 4 Landkreise (Genc, Kigi, Karliova, Salhan), 17 Bezirkzentren und 328 Dörfer.

Zentralregion: Das Zentrum grenzt an Elazig und liegt im Norden des Gebietes. Die Zentralregion ist durch die anderen gebirgigen und bewaldeten Landkreise abgegrenzt. 40% der Bevölkerung lebt in der Zentalregion. Die Dörfer liegen hauptsächlich im südlichen Teil der Region. Im Nord-Osten und Osten gibt es nur wenige Dörfer.

Auf 100 km^2 kommen durchschnittlich 5 Dörfer. Zum Ort Bingöl selbst gehören insgesamt 90 Dörfer, darunter Yamac, Sancak und Agaceli. Der Lebensunterhalt ist hauptsächlich Viehzucht. Auf dem vorhandenen Flachland wird Ackerbau betrieben. Die Produktionen sind auf den Konsum ausgerichtet. Die Bevölkerungszahl beträgt 75.520. Sprachen sind Kurmanci (kurdisches Dialekt) und Zazi (kurdisches Dialekt)

GENC: Genc ist von der Bevölkerungszahl her der größte Landkreis in Bingöl. Der südöstliche Teil ist sehr gebirgig. Das Land ist hier ziemlich bergig und uneben. Genc befindet sich im Süden der Stadt und grenzt an dem Landkreis Palu bei Elazig und den Landkreis Lice bei Diyarbakir. Ausgeschlossen sind die Bezirke Servi, Sögütlü, Yayla und Yenisu sowie 65 Dörfer.

Die Einwohnerzahl liegt bei 40.401. 90% der Gesamtbevölkerung wohnt im Zentrum des Landkreises. Die Entfernungen zwischen den einzelnen Dörfer sind recht gering. Durchschnittlich kommen 4 Dörfer auf 100 km^2. Der Landkreis Genc selbst liegt auf einer Ebene, jedoch gibt es wenig bebaubares Land. Hier wird viel Weizen angebaut. Der Hauptlebensunterhalt ist die Viehzucht. Die Verkehrsanbindung wird durch die Straße Diyarbakir-Bingöl und die Eisenbahnlinie Elazig-Tatvan gewährleistet. Genc ist 23 km von Bingöl entfernt. Hier wird Zazi (kurdisches Dialekt) gesprochen.

KARLIOVA: Karliova liegt im Norden und ist über die Straße zwischen Bingöl und Erzurum zu erreichen. Nach dem kolonialistischen Status soll Karliova vor 1936 Landkreis von Mus gewesen sein. 19% der Gesamtbevölkerungszahl von 30.789 wohnt im Zentrum des Landkreises, der einen Bezirk und 40 Dörfer hat. Nur wenig voneinander entfernt liegen die Dörfer meistens am Fluß- und Strassenrand. In den Bergen gibt es wenige Dörfer. Auf rund 100 km^2 kommen durchschnittlich 3 Dörfer. Der Hauptlebensunterhalt ist auch hier die Viehzucht. Karliova liegt 75 km von Bingöl entfernt. In diesem Landkreis wird Kurmanci, in einigen Dörfern auch Zazi gesprochen.

KIGI: Der Landkreis Kigi befindet sich nördlich von der Zentralregion, über die Straßenverbindung Elazig-Mus wird die Verkehrsanbindung gewährleistet. Der Boden hier ist bergig und uneben. Außer den Bezirken Adakle, Yayladere und Yedisu hat Kigi 91 Dörfer. Die Einwohnerzahl beträgt 50.035, davon leben 12% im Zentrum. Die Dörfer sind nur wenig voneinander entfernt. Auf 100 km^2 kommen 4 Dörfer. Der Hauptlebensunterhalt ist Getreideanbau und Viehzucht. In Kigi wird Kurmanci und Zazi gesprochen.

SOLHAN: Der Landkreis Solhan liegt östlich der Zentralregion. Die Verkehrsanbindung ist über die Straße von Elazig nach Mus möglich. Auch Solhan ist bergig und uneben. Neben dem Bezirk Yenibasak gehören noch 22 Dörfer zu diesem Landkreis. Die Einwohnerzahl des Landkreises beträgt 26.957, 27% dieser Menschen wohnen im Zentrum. Viele Dörfer sind hier am Euphrat zu finden. Auf 100 km^2 kommen 2 Dörfer. Der Hauptlebensunterhalt ist die Viehzucht. Am Flußufer wird Getreide angebaut. Solhan wurde an der Straße zwischen Elazig und Mus gegründet und von Bingöl entfernt. Hier wird Kurmanci und Zazi gesprochen.

(Obengenannte statistische Daten stammen aus dem Jahre 1980)

Kulturelles Leben:

Bingöl besitzt neben einzigartigen natürlichen Schönheiten eine strenge oder ziemlich introvertierte Kulturstruktur.

Diese Struktur hat zwar gewisse Ähnlichkeit mit in anderen Gebieten vorkommenden Strukturen, hat aber hier eine in sich gekehrte Eigentümlichkeit. Nach dem der Aufstand von Seyh Said mit Blutvergießen niedergeschlagen wurde, war das Volk schwerem, unerträglichen

Druck ausgesetzt, wodurch sich großer Haß entwickelte. Das Volk, das nicht in der Lage war, disen Haß (in aktiven Widerstand) umzukehren, befand sich in einer sehr mißlichen Lage. Dadurch, daß die Gegend, in der die Mehrheit der Bevölkerung lebt, sehr steil und uneben ist, ist sie schwer zugänglich. Deshalb gibt es auch keine Beweise über die Unter-



drückung durch die Kolonialherrschaft. So wurde die individuelle Autorität eine typische Eigenart der hier lebenden Menschen. Diese Eigenart hat sich zu einem Charakter entwickelt.

Der langandauernde Winter ist eine Jahreszeit, in der hohe Arbeitslosigkeit herrscht. In den langen Winterabenden finden lustige Unterhaltungen statt. Eines der häufigsten Themen sind die Abenteuer der Schäfer. Wir wollen hier das Abenteuer eines Schäfers berichten, das an die zuvor erwähnte Autorität erinnert und ein Beispiel für diese ist:

Eines Tages, als der Schäfer Nazo seine Schafe weidet, sieht er plötzlich 3 bewaffnete Personen, die genau gleiche Kleidung in der gleichen Farbe und Waffen vom gleichen Typ tragen. Er macht sich sofort auf den Weg zu ihnen. Als er sie anspricht, wird er mit einer fremden Sprache und herablassendem Verhalten überrascht. Dieses Verhalten versetzt ihm *"einen Schlag gegen seine Freiheit."* Nie, so hat sein Vater ihm erzählt, seien solche Personen unanständig zu Schäfern gewesen. Jetzt erinnert er sich an die Worte seines Vaters, greift nach seinem Gewehr und schießt einen der 3 Soldaten über den Haufen. Als er die anderen beiden auch noch erschießen will, wird er durch den Kolbenstoß der beiden Soldaten zum Boden geworfen. Und Nazo wird mit Handschellen in die Stadt, zur Gendarmeriewache gebracht. Nachdem er 2 Tage lang in einem düsteren Raum gefangengehalten und gefoltert wurde, soll er sich vor dem Gericht verantworten. Natürlich haben die Dorfbewohner und seine Freunde auch von dem Ereignissen erfahren und versammeln sich am Prozeßtag im Gerichtssaal. Nazo sieht immer noch ziemlich wütend aus, denn er hat seine Niederlage nicht verwinden können. Als er seine Freunde aus dem Dorf sieht, bekommt er noch mehr Mut. Seine Schritte sind sicher und er setzt sich auf den für ihm im Gericht vorgesehenen Platz.

Nachdem Nazo die Angaben zu seiner Person gemacht hat, stellt ihm der Richter weitere Fragen:

"Waraum hast du den Soldaten erschossen?"

Nazo, still und kaltblütig: (Er kann kein türkisch) antwortet mit Zazi auf Fragen *"Herr Richter, betreffen alle ihre Fragen nur diese einzige Person, und wurde ich seinetwegen tagelang in einem düsteren Raum festgehalten und gefoltert?"*

Der Richter und das ganze Gericht sind über diese Frage völlig überrascht. Nazo aber erzählt, ohne sein kaltblütiges Verhalten zu ändern, weiter:

"Ich und der Reso, der Müllerssohn (er zeigt auf den im Saal anwesenden Reso) *haben vor einer Woche im Siwon-Gebirge 5 von der gleichen Sorte erschossen. Aber da wurden wir nicht so behandelt wie jetzt. Auch diese 5 Personen hatten versucht, uns zu beleidigen. Nicht wahr, Reso?"* Noch bevor Reso *"Ja, es stimmt"* sagen konnte, wurden er und Nazo von den diensthabenden Soldaten festgenommen. Sie wurden angeklagt, die Mörder der 5 vermißten Soldaten zu sein.

Bingöl ist eine Gegend, die für folkloristische Tänze sehr berühmt ist. Die bekanntesten Tänze sind: Cepik, Ücayak und Adlerfangen. Die Lieder sind mehrstimmig. Die von Grupppen gesungenen Lieder handeln vorwiegend von Legenden.

Soziales Leben und die ökonomische Lage:

Das Volk hier leidet unter einer hohen Arbeitslosigkeit. Der Hauptlebensunterhalt ist Viehzucht. Die Erzeugnisse durch den Ackerbau sind sehr gering. Da der Boden für die Landwirtschaft ungeeignet ist, gibt es auch keine Großgrundbesitzer. Diese Art von Feudal-Wirtschaft ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen und existiert fast nicht mehr. Der Grund dafür, ist die herrschende Arbeitslosigkeit, die gleichzeitig auch die Ursache für die massenhafte Auswanderung ist. Die Einheimischen sorgen für ihren Lebensunterhalt entweder durch Saisonsarbeit oder durch Arbeiten im Ausland. Dieser Zustand führt einerseits zur Auflösung der Feudal-Organisationen, andererseits entsteht Individualismus und Gleichgültigkeit.

Die Industrialisierung in Bingöl hat sich nicht gut entwickelt. Im Stadtzentrum gibt es außer einer Mehlfabrik, Fisch-Fleischbetrieb und einer Molkerei keine weiteren kollektiven Betriebe. Diese Betriebe befinden sich in der Hand der kollaborierenden kapitalistischen Ausbeuter.

Die in Bingöl ohnehin nur begrenzt betriebene Landwirtschaft wird übermäßig ausgebeutet. Reis, Zuckerrüben u.ä. Erzeugnisse werden nachdem sie in den türkischen Metropolen verarbeitet werden, zu übermäßig hohen Preisen wieder im selben Gebiet zum Verkauf angeboten. Die durch dieses Gebiet führende Eisenbahnlinie spielt eine große Rolle: Sie transportiert Wertgegenstände. Vor den Augen der Bevölkerung werden lebendiges Material, Chrom und Braunkohle geplündert. Auf der anderen Seite darf das Volk vom hier gelegenen Keban-Stausee keinen Nutzen ziehen, obwohl er nur 100 km von der Stadt entfernt liegt. Die auf den eigenen Vorteil bedachte Politik der Ausbeuter wird von Tag zu Tag deutlicher, und ruft den Widerstand des Volkes hervor.

Bei diesem Widerstand spielt unser nationaler Befreiungskampf eine wichtige Rolle. Früher sah das Volk seine unerträgliche Lebensart als Schicksal an. Aber nun hat es seine bisherige Zurückhaltung aufgegeben, in dem es unter Führung der Freiheitskämpfer den Befreiungskampf erweitert.

* * *

ÜBER DIE ENTWICKLUNGEN IN DER UdSSR UND IN DEN OSTEUROPÄISCHEN LÄNDERN

In der Welt beobachtet man heute auf politischer Ebene unübersehbare Veränderungen. Zweifellos erlebt man die wichtigste Dimension dieser Veränderungen in der UdSSR und in den osteuropäischen Ländern. Diese Veränderungen beschränken sich nicht auf die Länder, in denen sie entstanden sind, sondern wirken sich sowohl auf das gesamte Europa, als auch auf andere Kontinente und auf andere politische Systeme aus. Manche bewerten diese neue Entwicklung zu Recht als "politisches Erdbeben". Imperialistische Kräfte hingegen, die mit den Entwicklungen zufrieden sind und dies alles wahrscheinlich nicht in dem Umfang erwartet hatten, bringen bei jeder Gelegenheit ihre Zufriedenheit zum Ausdruck. Einige sind der Ansicht, daß der Sozialismus Bankrott gemacht habe, manche gehen davon aus, die marxistisch-leninistischen Thesen seien erschöpft. Während wieder andere meinen, daß sich der Kapitalismus universell durchgesetzt habe.

Offensichtlich haben diese Entwicklungen viele Kräfte verwirrt und andere unvorbereitet getroffen und sie entwickeln sich nicht in jedem Fall nach vorne gerichtet. Das wesentliche bei der Bewertung der Entwicklungen ist es, die Kriterien der allgemeinen Grundlagen der sozialistischen Lehre zu beachten. Ebenso muß untersucht werden, ob die Einflüsse dieser Entwicklungen auf die Weltrevolution und nationale Befreiungsbewegungen positiv oder negativ sind. Denn der Sozialismus ist eine Wissenschaft, er kann sich erneuern und verändern. Der Sozialismus bietet der Menschheit, ohne national und geographisch einen Unterschied zu machen, die Grundlage für Gleichberechtigung und Befreiung. Deshalb kann eine Entfernung vom Kern dieser Lehre schwerwiegende Probleme mit sich bringen. Wir glauben, daß wenn es Probleme beim Aufbau des Sozialismus gibt, dies daran liegt, daß man sich vom Kern der sozialistischen Lehre und von seinem sich ständig erneuernden Charakter entfernt hat.

"Der Sozialismus ist keine Lehre aus irgendwelchen abgeschlossenen Dogmen"

Daß der Sozialismus die universelle Wissenschaft der Befreiung der Menschheit ist, bringt der Generalsekretär der PKK wie folgt zum Ausdruck: *"Wir bewerten den Sozialismus als eine unverzichtbare Lehre bei der Befreiung aller Völker, gleichgültig auf welchen Entwicklungsstufe sie leben. Aber wir werden sowohl die rechte als auch die linke Interpretation des Sozialismus stets kritisieren. Wir glauben, daß der Sozialismus durch solche Kritiken bereichert wird. Wir werden den Sozialismus nicht als eine Lehre bewerten, die aus abgeschlossenen und überholten Dogmen besteht, sondern im Gegenteil: Durch die Untersuchung der Geschichte als auch durch den konkreten alltäglichen Kampf der Menschen kann vertieft und sein Bewußtsein vervollkommnet werden. Dadurch kann sich die Menschheit entwickeln, daran haben wir keinen Zweifel..."*

"Neben den alten Strukturen, die durch das kapitalistisch-imperialistische System am Leben gehalten und genährt werden, ist es zwar möglich, daß ideologische Ausgeburten, Gedanken und Strömungen existieren, die selbst im realisierten Sozialismus als "neu" thematisiert werden, im Grunde aber kapitalistischer Sumpf betrachtet werden müssen. Deren Existenz kann uns aber nicht dazu bringen, am Sozialismus zu zweifeln. Genauso wie wir den Sozialismus nicht als Dogma betrachten, sehen wir seine rechten und linken Definitionen nicht als Sozialismus und wir wissen auch, daß Fehler auftreten können. Wir wissen, daß durch die permanente Entwicklung der Geschichtsinterpretation, durch die geführten Kämpfe, durch die Beschäftigung mit neu auftretenden Problemen und das Erreichen richtiger Lösungen der Sozialismus bereichert wird. Unsere Aufgabe ist es weniger, neue Beiträge zu leisten, als die universellen Befreiungsprinzipien des Sozialismus und seine Grundsätze, die undiskutierbar sind auf das Schicksal unseres Landes anzuwenden, das zu einem unauflösbaren Knäuel geworden ist. Auf diese Grundlage haben wir uns beschränkt und dafür all unsere Kraft eingesetzt."

Wir sind der Auffassung, daß dies bei der Betrachtung der Probleme des Sozialismus die richtige wissenschaftliche Methode ist. Wenn man die sozialistisch-revolutionären Kämpfe untersucht, dann stellt man fest, daß bei jeder Revolution für gesellschaftliche und nationale Befreiung die Verantwortung hierfür bei der Vorhut der Revolution liegt. Dank dieses Verantwortungsbewußtseins ist die sozialistische Lehre bereichert worden, der Sozialismus beherrscht ein Drittel der Welt und hat unbestrittenen Dienste bei der gleichberechtigten Entwicklung der Gesellschaft geleistet.

Die UdSSR, die das sozialistische System anführt, wendet sich einer politischen Veränderung zu, die viele Dimensionen hat. Die hier begonnenen Entwicklungen haben sich in allen sozialistischen Ländern zu Bewegungen umgewandelt, die gesellschaftliche Forderungen zur Sprache bringen, denen von Zeit zu Zeit sogar mit Gewalt Hochdruck verliehen wird. Neben ihrer hauptsächlich politischen Seite haben diese Veränderungen auch ideologische Aspekte. Diese politischen Veränderungen, *"die sich schon lange abzeichneten, zielen nicht darauf ab, daß der Sozialismus seine vorhandenen Kräfte gegen das kapitalistisch-imperialistische System einsetzt und es bekämpft, sondern sie drücken aus, daß sich ein Haltung druchgesetzt hat, die diese*

Kräfte zwar nicht leugnet, ihr aber zunehmend eine sekundäre Rolle zuweist, während die Versöhnung mit den Machtzentren des kapitalistisch-imperialistischen Systems in den Vordergrund gestellt wird." (A. ÖCALAN)

Es handelt sich hier nicht um einen "taktischen" Kompromiss. Taktische Kompromisse gibt es im Sozialismus und in der sowjetischen Revolution. Die Frage besteht darin, die Revolution voranzubringen. Daran kann es keinen Zweifel geben. Die Bolschewiki haben, indem sie Nutzen aus taktischen Kompromisse in ihrer Geschichte zogen, sowohl den Sozialismus in der Sowjetunion aufgebaut als auch Beiträge zur Entwicklung vieler angrenzender sozialistischen Länder geleistet und darüber hinaus vielen nationalen Befreiungsbewegungen zum Sieg verholfen. Aber die Kompromisse, die im gewissen Sinne nicht neu sind, die sich in der Sowjetunion entwickeln, gehen über Taktik hinaus. Obwohl die ideologisch-politischen Ursprünge dieser Veränderungen weit zurückliegen, könnte man sagen, daß konkreter Anfang in den 60er Jahren liegt.

Der Generalsekretär der PKK, erläutet die Geschichte und die Bedeutung dieser Veränderung wie folgt:

"Es handelt sich um eine Haltung, die nach 1960 entwickelt wurde und im allgemeinen nationale Befreiungsbewegungen und speziell die Revolution an zweiter Stelle setzt, die das Ziel verfolgt durch langfristige friedliche Koexistenz mit dem Imperialismus zu leben, welche sich in der Chruschtschow-Phase deutlich wurde, in der Breschnew-Phase auch Anwendung fand und heute mit Gorbatschow als weitgehend bestimmende Politik aktualisiert wird. Anstatt die Revolutionen und die nationalen Befreiungskämpfe zu ihrer Grundlage zu machen und ihre Außenpolitik danach zu orientieren, diese in ihrem Kampf gegen den Imperialismus allseits zu unterstützen und zu stärken -denn die Hauptkraft des sozialistischen Systems ist der Kampf der Völker- appelliert das Sowjetsystem mit äußerst weichen, als Entspannung bezeichneten Versöhnungsmethoden an die mächtigen Kreise des imperialistisch-kapitalistischen Systems, nach dem Motto: "Laß uns die Angelegenheiten der Welt gemeinsam leiten, wir haben genug gegeneinander gekämpft und sind müde". Es wird gesagt, "ihr habt viel verloren, wir ebenso. Auf diese Weise können wir uns nicht entwickeln. Es ist erforderlich, daß wir die schwierigen Probleme der Welt zusammen lösen, daß wir viele Wirtschafts- und Handelsbeziehungen entfalten und gemeinsame Lösungen für die vielen regionalen Probleme finden. Sowohl euer als auch unser System soll weiterbestehen bleiben, sie sollen sich aber nicht bekämpfen, denn es besteht eine nukleare Kriegsgefahr.." Diese politik betrifft nicht nur die Sowjetunion, sondern wird heute unter ihrer Führung vom gesamten sozialistischen System akzeptiert."

Die Sowjetunion ging von 1917 bis 1960 stets den Weg des ständigen Widerstandes gegen Imperialismus und Faschismus. Die sozialistische Entwicklung seit 1960 hat eine neue Sitution hervorgebracht. Gorbatschow hat das, was die anderen vor ihm sagten, "entschlossener" ausgedrückt. Er hat den Mittelweg deutlich offengelegt. Dies ist der Grund, weshalb Gorbatschow als entschlossener und kühner Reformer auftritt. Wie der Genosse A. ÖCALAN darlegt, *"steht die neue Situation auch im Zusammenhang mit der gegenseitigen Blockade der Systeme vor allem nach dem 2. Weltkrieg und dem Schrecken, die die nukleare Waffen über den Häuptern errichtet haben. Diese Politik, die zuerst von Chruschtschow, Breschnew und später Grobatschow verfolgt wurde, wird damit gerechtfertigt, daß der Ausbruch eines nuklearen Krieges eine Frage des Sozialismus, Kapitalismus und dadurch der Menschheit sei. Im gewissen Sinne ist das "die Anerkennung des Fortbestandes von Kapitalismus und Sozialismus nebeneinander" anstatt der Vernichtung der gesamten Menschheit. Auch wenn es darum geht, von den Revolutionen Zugeständnisse zu machen, muß dies gemacht werden, oder aber die Revolutionen müssen sich ein wenig an diese Situation anpassen, indem sie sich diese Realität vor Augen führen. Es ist bekannt, daß das kapitalistisch-imperialistische System die Nuklearwaffen als ein wichtiges Erpressungsmittel betrachtet und stets wie ein Schwert des Schreckens über den Menschen schweben läßt... Die nuklearen Gefahren sind aber nicht der Hauptgrund für diese politische Ausrichtung. Der eigentliche Grund ist die Phase, an die die sowjetische Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Unterbau und ihrer politischen Struktur angelangt. Gleichzeitig ist es die Phase, die die Schwäche in der Struktur der Oktoberrevolution erreicht hat. Es ist heute die Phase, die die Diskussionen über die Revolution, die Kritiken und Liquidationen erreicht haben. Wir wissen, daß angefangen in der Zeit vor und nach der Oktoberrevolution bis hinein in die bolschewistische Fraktion die Revolution stürmische Zeiten druchlebt hat. Eine Zusammenfassung davon sieht man in den Politiken, den Reformbemühungen unserer Tage".*

Tatsächlich, der sozialistische Überbau hat sich in einem erschreckenden bürokratischen Apparat verwandelt. Dies führte zu Stockungen im sozialistischen Unterbau, in der Wirtschaft und Kultur. Obwohl man bei der Lösung der nationalen Frage in strategischer Hinsicht richtige Methoden verfolgte, wurden viele Forderungen der Völker nicht erfüllt. Das Prinzip, die Welt durch Revolution zu ändern, wurde als Sekundär betrachtet -ob gleich der sozialistische Aufbau nur durch das Voranschreiten der Weltrevolution von Dauer sein kann- ihre kommunistischen Parteien wurden quasi zu Zweigstellen der Sowjetunion herabgesetzt. Es war unvermeidlich, daß diese Situation zu recht zu Massenprotesten der Werktätigen und Völker -allen voran in der UdSSR- führte.

Gorbatschow hat sich durch den Druck der schwerwiegenden Probleme den Reformen zugewendet. Wie auch der Genosse A. ÖCALAN betont, *"muß man die Bemühungen Gorbatschows als notwendige Hinderung zu Reformen unter dem Druck der noch schweren Realitäten bewerten, anstatt sie als vollkommen opportunistisch zu betrachten."* Aber *"wenn der Sozialismus nicht gebunden an eine Nation und auch nicht gebunden an eine Zeit; von einer Person, einen Volk, die als wissenschaftlicher Ausdruck der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, sich entwickeln will, wenn er Sklave ist, sich befreien möchte, dies insbesondere in der Entwicklung einer gleichberechtigten Welt ohne Ausbeutung schaffen will, völlig freiwillig als eine das problemlösende Anleitung zum Handeln bei der Anwendung auf sein eigenes konkretes Problem aufgenommen wird, müssen wir die Bemühungen der sozialistischen Staaten, ihre Probleme durch Diskussionen zu lösen, mit Verständnis begegnen"*, sagt der Generalsekretär der PKK. Aber dem Imperialismus werden Konzessionen gemacht. Bereits jetzt werden viele Länder den kapitalistischen Einflüssen überlassen, die Zahl dieser Länder kann sich noch erhöhen. In der Wirtschaft, Politik und im Staatsapparat geht man zur Liberalisierung über.

Wenn diese Veränderungen für die Völker und Werktätigen die Demokratie

bringt, -und das ist möglich- wenn es dazu führt, daß die Stockungen in Bürokratie und Ökonomie überwunden werden, dann kann man dieser Seite der Veränderungen nicht sagen. Man kann sie verteidigen. Anscheinend wird aber zur Sozialdemokratisierung hintendiert.

Zitieren wir diese Seite der Veränderungen vom Generalsekretär, Abdullah ÖCALAN: *"Der Punkt, an dem der Gorbatschow-Versuch angelangt ist, ist der, daß die Systeme sich einander nähern, entwickelt die bereits begonnene Sozialisierung des Kapitalismus und Kapitalisierung des Sozialismus. Sprich, einerseits wird der Kapitalismus etwas sozialisiert und andererseits wird der Sozialismus etwas kapitalisiert. Und natürlich wollen auch hier die Sozialdemokraten die Führung übernehmen. Das ist eigentlich eine normale Entwicklung. Nicht etwa eine Entwicklung, die die Sozialdemokraten erfunden hätten. Das ist auch das Wesen, was die Sozialdemokraten mit dem Begriff 'sozialer Wohlfahrstaat' durchsetzen. Auch der Kapitalismus hat sich dem Sozialismus etwas genähert, um akzeptiert werden zu können. Was ist die größte Lösung der Sozialdemokraten? Die Welt rückt von den klassischen kommunistischen Diktaturen, kapitalistischen Konservatismus und dem wilden Kapitalismus allmählich in die Mitte. Sowohl die Diktatur des Proletariats als auch die festgefügte Diktatur der Bourgeoisie, befinden sich in einer Phase der Kompromisse. Nun tritt der 'Volksstaat' als ein mittleres System hervor, in dem es weder radikale Bourgeoisie noch radikalen Werktätige und ebenso wenig übermäßige Armut geben soll. Im Rahmen dieser von ihnen vertretenen politischen Auffassung sagen sie 'wir sind weder Sozialist noch Kommunist noch Liberale'. In vielen europäischen Ländern sind die Sozialdemokraten in diesem Rahmen an die Macht gekommen. Angesichts der von diesen Entwicklungen geschaffenen Situation hielt es die Sowjetunion für erforderlich, sich von den Grundsätzen des Kommunismus noch etwas mehr zu entfernen, und das kapitalistische System entfernte sich notwendigerweise ebenso von seinen Grundsätzen. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands möchte hierbei die Führung übernehmen. Trotzdem in diese Richtung eine bestimmte Strecke zurückgelegt worden ist, ist es sehr schwer und unwahrscheinlich, daß die Welt sich grundlegend von den Blöcken entfernen wird."*

D.h. die Annäherung zwischen den Systemen kann keineswegs eine allgemeine Einigung hervorbringen. Darüberhinaus wurde eine solche Behauptung bzw. Erwartung alle Entwicklungen und Probleme auf der Welt der Barmherzigkeit der Supermächte überlassen, was jedoch als negative Seite der Entwicklung betrachtet werden müßte.

Der Generalsekretär der PKK weist daraufhin, daß die Annäherung der Supermächte nicht als internationaler Frieden akzeptiert werden darf, und daß diesbezügliche Erklärungen den Tatsachen widersprechen. Er faßt seine Einstellung im Hinblick hierauf wie folgt:

"... Von nun an sind die Auffassungen und Aufforderungen wie 'genereller Frieden' und ungestörte 'Friedensphase' nichts anderes als eine Utopie. Gleichgültig ob sie sagen, daß 'es keine Revolutionen mehr gibt' oder, daß 'die Revolutionen weiter fortdauern' -ab und zu mal betonen sie beides-, ist die grundlegende Methode, die unsere Epoche nach vorn bringt, die Revolution. Insbesondere in abhängigen Ländern ist dieser Weg eine Methode von unbedingter Notwendigkeit. Außerdem kommt die Beendigung bzw. Fortführung der Revolutionen nicht als ein Resultat der Verhandlungen oder Aussöhnung zwischen der USA und UdSSR zustande. Sei es in unterentwickelten oder in entwickelten Ländern die Wege und Methoden, die die Veränderungen bestimmen, entstehen als Ergebnis der spezifischen Bedingungen der jeweiligen Länder. Verhandlungen und Kompromisse zwischen den USA und der UdSSR können dabei lediglich Einfluß nehmen. Entscheidend sind die jeweiligen Länder und ihre gesellschaftlichen Kräfte sowie Tendenzen"...

"In der Form der Realisierung des Sozialismus in der Sowjetunion gibt es eine Menge Besonderheiten, die den Kapitalismus stärken, Möglichkeit schaffen für den Angriff des Kapitalismus. Allem voran kommt der Bürokratismus", sagt Genosse A. ÖCALAN. Diese Schwächen haben sich mit der Zeit vermehrt. Sie haben als Resultat dem Imperialismus beachtliche Möglichkeiten eingeräumt. Der Imperialismus nutzt natürlich diese Situation heute aus. *"Das ist kein Beweis dafür, daß der Sozialismus nicht funktioniert und Bankrott gemacht hat, sondern es ist der Ausdruck dafür, daß die Haltungen, die mit dem Sozialismus nicht zu vereinbaren sind und die Eigenschaften des reellen Sozialismus liquidiert werden. Der Kapitalismus will für die Bemühungen dieser Besonderheiten zu liquidieren, den Sozialismus teuer bezahlen lassen"*, erklärt Genosse ÖCALAN.

Das ist die tatsächliche Situation. Es gibt zwei Wege, die die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder einschlagen können. Sie legen ihren Schwerpunkt entweder auf revolutionäre Methoden oder auf Reformen. Es ist offensichtlich, daß sie sich in der jetzigen Phase auf Reformen konzentrieren und zwar mit ihren oben genannten Schwächen. Die Reformen können nur dann konstruktiv sein, wenn das Grundprinzip des Sozialismus, nämlich sich zu erneuern, nicht vernachlässigt wird. Wird dies aber nicht beachtet, so ist es eine Tatsache, daß viele Werte verloren gehen und die heute an stehenden aktuellen politischen Probleme, deren Lösung von den Werktätigen und Völkern gefordert wird, sich erschweren werden.

Wie wirken sich die Umgestaltungen auf die nationalen und gesellschaftlichen Befreiungskämpfe der Völker aus?

Realität ist, daß die extremen Gegensätzlichkeit zwischen den Systemen die Revolution in der Welt negativ beeinflußt, in vielen Regionen die Revolutionen ins Stocken gebracht hat. Eine solche Situation ist in Palästina und Afghanistan bereits eingetreten. Die zwei Mächte der beiden Systeme stellten sich mit all ihren Kräften wegen eines Stückes Erde gegeneinander, nur um ihre Stellungen nicht zu verlieren. Der Generalsekretär der PKK erklärt zu dieser Situation und dem möglichen Einfluß politischer Entwicklungen auf die Überwindung dieser Stockungen folgendes:

"Die Tatsache, daß die Gleichgewichte unter dem Einfluß der nuklearen Waffen blockiert werden, muß überwunden werden. Die weltweite Entwicklung einer Revolutionswelle, einer Revolution ist nicht abhängig von dieser massiven Machtzentralisierung, sondern sie kann auf der Grundlage entstehen, daß die Systeme direkt ineinander übergehen. Wenn sich die Systeme ein wenig vermischen, ja sogar eine Entspannung tritt, kann die Chance, daß die Weltrevolution in die Offensive geht, sich vergrößern. Denn die anderen Metho-

den haben zur Blockade geführt. Es kommt zu einer ganz kleinen Entwicklung und das imperialistische System stürtzt sich in seiner Gesamtheit darauf. Die Revolution entwickelt sich nicht mehr und wie wir bereits erklärt haben, hat sich der Export der Konter-Revolution in diese Zentralisierung noch weiter entwickelt. Wenn diese Phase der Entspannung und der Annäherung der Systeme in den Form auftritt, wie wir es dargestellt haben, wenn Stillstand und Stagnationen verhindert werden und die Entwicklung der objektiven Grundlage der stagnierenden revolutionären Prozesse vorangebracht werden, wenn dafür Beziehungen mit dem kapitalistischen System aufgemommen werden, dann können wir diese Beziehungen nicht als vollkommen reaktionär und als Restauration des Kapitalismus bezeichnen."

Trotz der Absichten der beteiligten Parteien bringt dieser Prozeß die dargestellten Resultate hervor. Denn *"falls sich die Entspannung auf allen Ebenen bishin zu wichtigen regionalen Problemen entwickelt, ist es realistischer, dies als der Entstehung die Möglichkeit einer neuen Situation zu bestimmen anstatt es als die völlige Revolution zusehen. Die permanente Existenz der Gleichgewichte führen lediglich zu Stagnation. Sowie die Ereignisse in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern eine Übergangsphase vom verkommenen Sozialismus zum notwendig erneuerten Sozialismus bedeuten -abgesehen davon, ob dies zu realisieren ist-, gilt dasselbe auch für viele Gebiete der Welt, in denen die revolutionären Kämpfe fortdauern. Diese Entspannung bietet den beteiligten Kräfte die Möglichkeiten, erneut offensiv zu werden. Die Lebendigen und Starken werden sich durchsetzen können, während die anderen, deren Klassenbasis und ideologisch-politische Haltungen opportunistisch sind, untergehen."*

Trotzdem gibt es in der Sowjetunion Tendenzen, die sich offenbaren. *"In der neuen politischen Ausrichtung der SU ist die Politik des 'Weltfriedens' eine Hauptgrundlage. Dessen Auswirkung auf die Befreiungskämpfe, stellt sich in der Form dar, daß die 'regionalen Konflikte enden sollen'. Dies impliziert, daß die Sowjetunion darauf beharrt, daß die nationalen Befreiungskräfte sich von ihren revolutionären Methoden entfernen müssen. Allerdings ist es noch zu früh, aus dieser Haltung zu folgern, daß 'die SU vollkommen gegen die Revolution ist'. Eine solche Feststellung wäre unrealistisch. Gleichwohl ist es nicht möglich, von einer klassischen Unterstüzung der UdSSR für die nationalen Befreiungsbewegungen zu sprechen."* (Generalsekretär der PKK)

Auf diesem Gebiet wird den Regionalkonflikten eine Lösung mittels friedlicher Methoden und Verhandlungen aufoktroyiert. Zu diesem Zweck führen die UdSSR und die USA permanente Verhandlungen durch. Die Auswirkungen hiervon zeigen sich im Nahen Osten bei der Beendigung des Iran-Irak Krieges, in Afghanistan, in der Frage Palästinas und in Nicaragua.

Wir haben eben dargelegt, daß "das Zeitalter des Friedens" in der heutigen Situation gegenwärtig eine Utopie ist. Können die Probleme der Völker auf dem Verhandlungs- und Aussöhnungsweg gelöst werden? Wir wissen, daß die Dynamik und Problematik eines jeden Volkes unterschiedlich ist. Diese Besonderheiten sind die Grundlage der Revolution. Im Hinblick auf die friedlichen Methoden führt der Generalsekretär Abdullah ÖCALAN weiter wie folgt aus:

"Die Haltung der UdSSR gegenüber den Problemen der unterentwickelten, abhängigen Länder, die man als 3. Weltländer bezeichnet, ist die Aufoktroyierung des friedlichen Weges, sie versucht damit Ergebnisse vorzubringen. Sie sagt: 'Wir versuchen die Demokratie in unserem Land friedlich zu verwirklichen, macht das auch'. Indessen besteht aber zwischen der dortigen Situation der Erneuerung und den anwachsenden revolutionären Bedingungen in den Ländern der sogenannten 3. Welt ein himmelweiter Unterschied. Wie nun kann der gordische Knoten des Mittleren Ostens gelöst werden? Können dort einerseits die Staaten als andererseits auch die oppositionellen Kräfte auf die Gewalt verzichten? Das ist unmöglich. Wenn man im Mittleren Osten auch nur einen Tag auf Staatsterror und Staatsgewalt verzichtete, würde die Landkarte des Mittleren Ostens auf dem Kopf gestellt. Ließen sie friedliche Demonstrationen der Völker zu, würden nur wenige Staaten auf den Beinen bleiben können. Folglich ist eine Haltung nach dem Motto, 'macht die friedlichen Methoden zu Grundlage bei der Lösung der Probleme in unserer Region' zu früh und unrealistisch. Der Punkt, den sie erreichen wollen ist der, daß sie gefährliche Abspaltungen hinter denen die USA und die SU stehen, vermeiden wollen. In diesem Rahmen verlaufen die Verhandlungen."

Den Kräften des Mittleren Ostens wird derartige Wege aufoktroyiert. Es wird gesagt, die Palästinenser sollen sich mit einem kleinen Staat zufrieden geben und gleichzeitig die Legitimation Israels anerkennen. Die USA setzen Israel unter Druck, während die UdSSR Druck auf die Palästinenser und auf Syrien ausübt. Wenn hier von Kämpfen geredet wird, dann gibt es seit 1983 praktisch keine Gefechte dort. Wird Syrien Abstand vom Recht auf seine eigene Verteidigung nehmen und inwiefern können solche Methoden zu einer demokratischen Lösung führen? Man erlebt eine Sackgasse. Es ist ja bekannt, daß die revolutionären Methoden in der arabischen Gesellschaft schwach entwickelt sind. Gleichzeitig entsprechen die Probleme der Region nicht für eine demokratische Lösung ohne eine Revolution. In dieser Situation ist es nicht ausgeschlossen, daß sowohl die USA als auch die UdSSR die Lösungen mit ihren Methoden aufzwingen, anstatt die Kräfte der Region zu überzeugen. Da ist z.B. der Iran-Irak-Konflikt. Der Frieden konnte gesichert werden, indem der Iran allein gelassen und Druck auf den Irak ausgeübt wurde, aber das Ziel wurde nicht erreicht. In beiden Ländern drückt die Demokratiefrage in eine Schwere, daß sie nur mit einer Revolution gelöst werden kann. Außerdem ist auch der islamische Radikalismus im Iran noch immer nicht liquidiert worden.

Niemand hält es außerdem für möglich, daß es ohne den Krieg zwischen den Kräften eine Lösung geben kann.

Inwieweit konnten die Probleme der Länder Lateinamerikas gelöst werden, wo mit massivem Druck friedliche Methoden aufgezwungen werden? Ist man dort zu mindestens auf den Weg des Friedens gelangt? Was in Nicaragua und El Salvador passiert, ist offen. Es ist also nicht richtig, die Methode des Kompromisses zwischen den Systemen als universellen Maßstab für die Lösung der Fragen der Menschheit zu bestimmen. Denn die Gesellschaftsstrukturen der Völker und die daraus abzuleitenden Methoden des Kampfes sind unterschiedlich.

Die anderen Besonderheiten der politischen Veränderungen in der UdSSR, wie sie sich negativ oder positiv auf die nationalen Befreiungsbewegungen auswirken, beschreibt der Generalsekretär der PKK wie folgt:

"Vielleicht wird die Sowjetunion die nationalen Befreiungsbewegungen nicht so wie in der Vergangenheit unterstützen, aber

sie wird sich ihnen auch nicht entgegenstellen. Deshalb kann diese neue Ausrichtung nicht als 'absolut schlecht' bezeichnet werden. Sie wird entsprechend ihrer Politik eine Haltung mit Abstand einnehmen. Diese Haltung hat zwei verschiedene Resultate:

Erstens: *Weil die ehemalige Ebene der Beziehungen zu den klassischen kommunistischen Parteien nicht mehr besteht und weil sie auf diesem Gebiet freizügiger ist und Hindernisse in der Form, 'was nicht im Interesse der SU ist, wird nicht unterstützt' nicht mehr bestehen und der Druck den oppositionellen Kräften die eigene Politik genauso aufzuzwingen, weitgehend überwunden wurde, ist dies positiv.*

Zweitens: *Weil eine Bewegung, die die Tendenz aufweist, sich zu entwickeln, nicht immer unterstützt werden kann, wenn man ihr keine Hilfe zukommen läßt, ist das negativ...*

Eine andere positive Seite kann wie folgt bestimmt werden: Die These vom 'nicht kapitalistischen Weg' wird kaum mehr Beachtung finden. Diese Methode, die insbesondere in der Chruschtschow-Ära angefangen und in der Breschnew-Ära ziemlich strapaziert wurde, ist nun keinen Pfifferling mehr wert. In einer Phase,inder die SU in sich zur Demokratie hinwendet und dies zufestigen versucht, ist die Anwendung und erfolgreiche Durchführung der These vom 'nicht kapitalistischen Weg', die zur Quelle von so negativen Entwicklungen wurde, daß sehr strenge Diktaturen dabei sich uns nicht in den Weg stellt als besonders gültig, ist ein anderes Ausmaß des Positiven."

Wieweit werden sich die politischen Entwicklungen auf die PKK und den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans auswirken?

Der Generalsekretär der PKK betrachtet dieses Problem von zwei Seiten:

Erstens: Der Platz der PKK, die den Sozialismus als eine befreiungsideologie versteht, bezüglich dieser Veränderungen, und **zweitens;** die Auswirkung der Veränderungen auf dem türkischen Kolonialismus.

Der Generalsekretär der PKK, A. ÖCALAN, stellt zum Thema der spezifischen Situation der PKK folgendes fest:

"Die PKK wollte sich bei ihrer Entstehung auf die Grundlage stellen, die die Epoche erforderte und sie machte sich bei Thesen, die dies ausdrückten, zu ihrem Fundament. Sie stützte ihren Ausdruck und ihre Denkweise auf eine bestimmte zeitgenössische Auffassung. Desweiteren versuchte sie sich der Geschichte in diesem Lichte zu nähern. Davon ausgehend versuchte sie ihr eigenes Revolutionsmodell zu errichten...

Das historische Verständnis, auf das wir die Revolution Kurdistans stützen wollen, war die Einsicht in die Notwendigkeit der proletarischen Revolutionen und die der nationalen Befreiungskämpfe gegen Imperialismus und Kapitalismus. Die theoretische Herangehensweise zu diesem Aspekt, die ideologische Definition und ihre Umsetzung auf konkrete Bedingungen sind bei uns unverzichtbare Prinzipien. So sind wir aufgestanden und haben versucht den Tatsachen gerecht zu werden. Das ist die Grundlage für unsere Existenz.

"Wir sind nicht in einer Haltung, die den offiziellen reellen Sozialismus entspricht, seine Kopie, Imitation ist, die sich aber den konkreten Sozialismus vor Augen führt, ihn als eine Realität anerkennt und desweiteren, die nationalen Befreiungsbewegungen auf der Basis des Volkskrieges zu Grundlagen nimmt, vorangeschritten, indem wir die Aufmerksamkeit auf diese seine Besonderheit gelenkt haben."

Weil die PKK den Sozialismus mit diesem richtigen Kern erfaßt und fest daran bindet, ist sie zu einer Bewegung geworden, die die Revolution in dieser respektablen Form vertritt. In den 70er Jahren, als die PKK noch eine Gruppe war, die ihre ersten ideologischen Feststellungen machte, gab es in der Türkei zwei sehr strenge Auffassungen. Ein anderer Teil nahm die Haltung der Volksrepublik China zum Maßstab, entwickelte diese, negierte den konkreten Sozialismus und ging sogar soweit, die UdSSR als einen imperialistischen Staat zu bewerten. Als China und die UdSSR sich näher kamen, machten diese Bankrott. Dann gab es noch die Linie des Mittelweges. Ihr Ziel war es, die Kreise zu sammeln, die sich an beiden dogmatischen Haltungen störten. Es war klar, daß mit einem solch dogmatischen Begriff des Sozialismus keine ernstzunehmende gesellschaftliche Opposition aufzubauen war. Diese chaotische Situation dauerte bis zu den 80er Jahren an. Als die faschistische Generäle putschten, wurde die Linke derart zersplittert getroffen.

Die PKK hat den Sozialismus in ihren entwickelnden Kern begriffen, die linken und rechten Abweichungen kritisiert. Sie hat den Sozialismus in ihrem nationalen Befreiungskampf, basierend auf der Realität Kurdistans zum Faktum einer sich entwickelnden Praxis gewandelt.

Diese Realität, von der die PKK ausgeht, betont der Generalsekretär der PKK folgendermaßen: *"In den von der PKK erbrachten Anstrengungen ist tatsächlich ein von uns unternommener Aufbruch, der die ideologische Seite betont und ziemlich kritisch ist. Die bei uns realisierte Haltung, die sich aufrichtig und selbstbewußt auf die revolutionärste Ideologie unseres Zeitalters, den wissenschaftlichen Sozialismus stützt, ist eine Haltung die von Schablonenhaftigkeit, Dogmatismus und Nationalismus weit entfernt ist."*

Das ist der Grund dafür, daß die PKK den zerstörerischen Angriffen des türkischen faschistischen Kolonialismus standhielt, den Widerstand ununterbrochen fortsetzte, und zu einer starken Volksopposition geworden ist. Unter Berücksichtigung der in Kurdistan vorhandenen Bedingungen entstand diese Entwicklung der PKK aus dem revolutionären Charakter der sozialistischen Theorie sowie ihrer richtigen Umsetzung und Entwicklung durch die PKK.

Die PKK hat schon 1984 betont, daß die dogmatischen Linien zum Scheitern verurteilt sind. Das passiert heute. Ebenso hat die PKK die Aufmerksamkeit auf den Stillstand im Überbau der sozialistischen Staaten gerichtet. Heute gestehen die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder selbst ein, daß sie sich in einer ausweglosen Lage befinden. Die PKK hat, in dem sie diese sozialistische Kritik übte, ihre eigentliche Aufgabe im revolutionären Kampf in Kurdistan gesehen und diesen geschaffen. Die dem sozialistischen Wesen entsprechend richtige Entwicklung der PKK hat sie in der Realität des Mittleren Ostens zu einer avantgardistischen sozialistischen Kraft gemacht.

In diesem Zusmmenhang hat der Generalsekretär der PKK auch herausgearbeitet, welche Auswirkungen die Entwicklungen auf die Bourgeoisie der Türkei haben werden. Denn, wenn sich die Systeme einander annähern, wird das völlig auf Gewalt gestützte türkische kolonialistische System noch mehr sein wahres

häßliches Gesicht zeigen. Eine sich selbst zu Markte tragende, von günstigen Gelegenheiten profitierende kraft. Aber heute gibt es diese Möglichkeiten nicht mehr. Hören wir die Ursachen für diese Situation von dem Generalsekretär der PKK:

"Heute gibt es den Spezialkriegsapparat und als dessen Kopf den Nationalen Sicherheitsrat der Türkei. Deren Beziehungen sind verfassungsmäßig verankert und sind wenig offiziell. Dahinter aber, auch hinter dem Rücken des Generalstabs, steht eine illegale Kraft, die mit einer Organisationszentrale und einer zentralen Führung arbeiten. Wir können diese Kraft auch als eine Partei bezeichnen. Die türkische Republik wird von einer illegalen Partei regiert. Warum? Denn die Realität der Türkei kann mit nichts anderem verwaltet werden, als mit einer illegalen Kraft und Methode; deswegen.

Heute ist ein Staatspräsident in der Türkei nicht in der Lage zu sagen 'ich bin die Verwaltung, der Führer und der Kopf des Staates', er sollte nur einmal versuchen, zu führen... Es gibt ein Parlament, das nicht einmal atmen kann, sich nicht auf den Beinen halten kann, sie existiert zwar, aber dieses Parlament ist nicht einmal ein Feigenblatt für das Regime. Es hat überhaupt keine Kraft, befindet sich auf einer Stufe, die man als nichtexistent bezeichnen kann. Die Regierung besteht aus Komparsen. Auch der Generalstab ist nicht in der Lage aufzutreten und zu sagen 'ich lenke den Staat'. Das würde weder die NATO noch die USA noch Europa zulassen; das könnte in der Gesellschaft lange Zeit nicht hingenommen werden. Aus diesem Grund zieht sie die Geheimhaltung vor. Illegale Memmoranden und illegale Verwaltungsformen sind die alltägliche Funktionsweise des Generalstabes. Wie wird das Staatspräsidentenamt geleitet? Darüber entscheiden die MIT und alle Geheimdienstorganisationen zusammen.

"Das bedeutet, die Türkische Republik wird mehr von einer Mischung von Institutionen des Spezialkrieges, von den Sicherheits- und Nachrichtendienstorganisationen, die sich auf die Armee stützen, verwaltet. Die bürgerlichen Parteien wiederum können noch nicht einmal Komparsen sein. Hier muß von einer historischen Besonderheit der Türken gesprochen werden. In diesem System herrscht traditionell das Prinzip 'die Armee regiert die Nation' vor.

In der ganzen Geschichte ist die Armee immer diesem Prinzip entsprechend vorgegangen, hat sich das zur Mission gemacht. Sie führt innere und äußere Angriffe durch, stellt den Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten auf, setzt in den vorhandenen zivilen bürgerlichen Parteien auf Führungsebene zur Hälfte ihre Leute ein. Die staatstragenden Parteien sind alle ganz und gar mit dem Amt für Spezialkrieg verbunden, stehen unter deren Einfluß..."

Mit dem faschistischen Militärputsch vom 12. September 1980 ist dieser Charakter der türkischen Republik ganz offen zutage getreten. Angeblich ist man zu einem zivilen Regime übergeganen. Angeblich ist sie zur Demokratie übergegangen, die bedeutungslosen, verschwommenen Parteien gehen wie Hunde aufeinander los. Alle bürgerlichen Parteien kommen zusammen, um die Struktur des Staates, die angesichts der Realität Kurdistans und der PKK in Schwierigkeiten ist, zu schützen. Die vorhandene Führung ist mit der Restauration des 12. September-Regimes beschäftigt. Die von den bürgerlichen Oppositionsparteien eingebrachten Alternativen unterscheiden sich nicht voneinander. Das Regime stagniert. Die Krise steckt im Unterbau. Mit vorübergehenden Vorkehrmaßnahmen kann diese Stagnation nicht behoben werden. Die Entspannung zwischen den Systemen wirkt sich auf die Türkei negativ aus. Die Türkische Republik ist jetzt für die NATO nicht mehr so wichtig wie früher. Das 12. September-Regime ist im In- und Ausland isoliert. Genauso wie diese Situation die gesellschaftliche Opposition vertieft hat, führt sie auch im Überbau des Systems zu tiefgreifenden Widersprüchen.

Die demokratische Alternative des stagnierenden Regimes der Türkischen Republik kann nicht von den staatstragenden Parteien kommen. Der Generalsekretär der PKK zählt die Möglichkeiten so auf: *"Kann auf der Basis der Türkei eine neue Möglichkeit zur Demokratie entstehen? Die objektive Basis für eine solche Möglichkeit ist sehr stark entwickelt. Alles erzwingt geradezu einen revolutionär-demokratischen Aufbruch. Auf dieser Basis könnten Entwicklungen zu erwarten sein. Der Widerstand er PKK wirkt sich auf eine revolutionär-demokratische Entwicklung in der Türkei jetzt konkreter und spürbarer aus. Die wichtigste Aufgabe der oppositionellen revolutionären Gruppen in der Türkei besteht in der Zukunft in der Partei und Frontbildung. In dem Maße, in dem diese Frage gelöst wird, ist es möglich, daß die Türkei in eine wichtige Situation des demokratischen Kampfes gezogen wird und dies wird sich in den 90er Jahren auf jedem Fall beschleunigen. Das Regime will durch einige Zugeständnisse diese Entwicklung zum Stocken bringen, sie degenerieren. Wie dem auch sei, die PKK und den nationalen Befreiungskampf aufzuhalten, das dürfte sehr schwierig sein."*

Das bürgerliche türkische Regime kann in sich keine Erneuerung wie in Osteuropa hervorbringen. Es besteht die starke Möglichkeit, nicht einer Erneuerung, sondern daß sich die Krise nochmehr vertieft. Das eigentlich wichtige hierbei ist die Lage der revolutionären Kräfte bereit sind, steht die Revolution vor der Tür.

Die gleiche Chance besteht noch mehr für die Revolution der nationalen Befreiung Kurdistans. Wir beenden unseren Artikel, der sich vor allem mit den letzten politischen Veränderungen in den sozialistischen Ländern befaßt mit einer Bewertung des Generalsekretärs Abdullah ÖCALAN:

"Genauso wie wir bisher den Sozialismus richtig verteidigt haben, werden wir ihn auch in Zukunft verteidigen; gleichzeitig wenden wir ihn in einer schöpferischen Form an. Das Richtige zu verteidigen heißt eben zu wissen, es schöpferisch anzuwenden. Die schöpferische Anwendung hat das Recht, zu sprechen. Die anderen werden keinen größeren Einfluß auf die Entwicklung, und den Erfolg des Sozialismus haben. Damit haben wir kaum Probleme. Denn die Herangehensweise unserer Bewegung an den Sozialismus in dieser Form, seine Praktizierung in unserem Land, wird durch die nicht zu unterschätzende Entwicklung bestätigt. Die richtigen Entwicklungen in anderen Teilen der Welt werden sich ohne Zweifel früher oder später verstärken. Es wird sich ein richtiger Begriff von Internationalismus entwickeln. An vielen Stellen gibt es diese Art von Verständnis."

Bemerkung: Die Zitate in unserem Artikel sind den Analysen des Generalsekretärs der PKK vom April und November 1989 entnommen.

Wir grüßen mit der Ausweitung des Volksaufstandes, den Funken des Serhildan, den unsterblichen Kommandanten SÜLEYMAN ARSLAN (Hüseyin)!

Unter den 13 Märtyrern, die am 13. März 1990 bei der Auseinandersetzung in Savur, welche zum Funken für das Feuer des Volksaufstandes vom Frühjahr 1990 wurde, fielen, war auch der Kommandant Süleyman ARSLAN (Hüseyin). Genosse Hüseyin wurde am 1.7.1960 in Adana geboren. Er stammt aus Dersim und seine Mutter ist Türkin und sein Vater Kurde. Genosse Hüseyin, der sich seit 1983 fast ununterbrochen in den Reihen der Volksbefreiungsarmee in Kurdistan befindet, hat an zahlreichen Aktionen an führender Stelle teilgenommen und zu ihrem Erfolg beigetragen. 1988 war Genosse Hüseyin der Politkommissar der wichtigsten Hauptkampfgruppe in Botan. Im Dezember desselben Jahres wurde er zum Mitglied des Militärrates der ARGK gewählt. In dieser Funktion hat er insbesondere bei der Vorbereitung des Volksaufstandes mitgewirkt, in dem er die Volksmassen erfolgreich zu organisieren verstand. Im Jahre 1989 wurde Genosse Hüseyin Verantwortlich für das Gebiet Pervari. Im Januar 1990 wurde Genosse Hüseyin auf der Sitzung des ZK, als Mitglied des Zentralkomitees berufen.

Wir verneigen uns vor seinem Andenken in Ehrfurcht.



"Meine Tochter Dilar bereitet sich darauf vor, eine Genossin zu werden, auch wenn sie noch klein ist. Ich glaube, wenn wir uns treffen, wird sie ein Bewußtsein haben, um mit uns über jedes Thema zu diskutieren. In einem gewissen Sinne ist sie das Kind der Revolution. Sie ist mit dem revolutionären Kampf aufgewachsen, war immer mit Genossen zusammen. Ich konnte ihr persönlich nie helfen, denn ich sah sie nicht. Aber zwischen Revolutionären aufwachsen, dieses Leben so früh spüren, ist nichts, was man so schnell vergißt. Diese Erfahrungen werden die Persönlichkeit, den Charakter prägen. Die Vorzüge dieses Lebens werden später besser zu verstehen sein. Ich weiß nicht, ob ich sie sehe oder nicht. Aber ich kann sagen, daß ich ein guter Vater und ein guter Genosse werden kann. Das wird sie später besser verstehen."
(Aus einem Brief des Genossen Hüseyin an seine Tochter Dilar.)



